Europäisches Parlament
2024-2029

Sonderausschuss zur Wohnraumkrise in der Europäischen Union

2025/2070(INI)

22.10.2025

ÄNDERUNGSANTRÄGE 1201–1456

Entwurf eines Berichts
Borja Giménez Larraz
(PE772.037v01-00)

Wohnraumkrise in der Europäischen Union, mit dem Ziel, Lösungsansätze für angemessenen, nachhaltigen und erschwinglichen Wohnraum vorzuschlagen
(2025/2070(INI))

AM_Com_NonLegReport

Änderungsantrag 1201
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. unterstützt die Rolle der EIB bei der Mobilisierung ***öffentlicher und privater Finanzmittel*** für die Schaffung erschwinglichen Wohnraums; unterstützt den Aktionsplan der EIB-Gruppe für erschwinglichen Wohnraum und ihre Absicht, mit der Kommission zusammenzuarbeiten, um die gemeinsamen Herausforderungen bei der Ermöglichung des Zugangs zu Finanzmitteln für erschwinglichen Wohnraum anzugehen***, einschließlich der Förderung von Investitionen in innovatives Bauen, um Kosten und Bauzeit zu senken***; unterstützt die Einrichtung einer gesamteuropäischen Investitionsplattform ***zusammen mit nationalen Förderbanken und -instituten, die darauf abzielt, die Mittel für den Wohnungssektor aufzustocken und die Mitgliedstaaten bei Bedarf dabei zu unterstützen, günstige politische Rahmenbedingungen zu entwickeln, wobei die Rolle der EIB als*** Investitionsbank ***erhalten und ihr Triple-A-Status gewahrt bleibt; begrüßt die Arten von Projekten, die finanziert werden, wie bezahlbarer*** Wohnraum ***für Schlüsselberufe, Studentenwohnheime und Wohnheime für ältere Menschen***; ***unterstützt die Einrichtung der Initiative „Mehr Wohnraum. Besserer Wohnraum“ als Baustein für die gesamteuropäische Investitionsplattform;***	21. unterstützt die Rolle der EIB bei der Mobilisierung ***von Finanzmitteln*** für die Schaffung erschwinglichen Wohnraums; unterstützt den Aktionsplan der EIB-Gruppe für erschwinglichen Wohnraum und ihre Absicht, mit der Kommission zusammenzuarbeiten, um die gemeinsamen Herausforderungen bei der Ermöglichung des Zugangs zu Finanzmitteln für erschwinglichen Wohnraum anzugehen; unterstützt die Einrichtung einer gesamteuropäischen Investitionsplattform ***für bezahlbaren und nachhaltigen Wohnraum; betont, dass lokale Behörden sowie gemeinnützige Wohnungsanbieter über diese Plattform oder direkt von der EIB langfristige Darlehen zu einem Zinssatz von 0 % in Anspruch nehmen können sollten; begrüßt das neue One-Stop-Shop-Portal der Europäischen*** Investitionsbank ***(EIB) für den Wohnungsbau, das Beratung und Finanzierungen zur Unterstützung von Innovationen im Bausektor, zum Bau erschwinglicher Wohnungen und zu Investitionen in Energieeffizienz und die Renovierung von*** Wohnraum ***in ganz Europa anbietet***;

Or. en

Änderungsantrag 1202

Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, David Casa, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. unterstützt die Rolle der EIB bei der Mobilisierung öffentlicher und privater Finanzmittel für die Schaffung erschwinglichen Wohnraums; unterstützt den Aktionsplan der EIB-Gruppe für erschwinglichen Wohnraum und ihre Absicht, mit der Kommission zusammenzuarbeiten, um die gemeinsamen Herausforderungen bei der Ermöglichung des Zugangs zu Finanzmitteln für erschwinglichen Wohnraum anzugehen, einschließlich der Förderung von Investitionen in innovatives Bauen, um Kosten und Bauzeit zu senken; unterstützt die Einrichtung einer gesamteuropäischen Investitionsplattform zusammen mit nationalen Förderbanken und -instituten, die darauf abzielt, die Mittel für den Wohnungssektor aufzustocken und die Mitgliedstaaten bei Bedarf dabei zu unterstützen, günstige politische Rahmenbedingungen zu entwickeln, wobei die Rolle der EIB als Investitionsbank erhalten und ihr Triple-A-Status gewahrt bleibt; begrüßt die Arten von Projekten, die finanziert werden, wie bezahlbarer Wohnraum für Schlüsselberufe, Studentenwohnheime und Wohnheime für ältere Menschen; unterstützt die Einrichtung der Initiative „Mehr Wohnraum. Besserer Wohnraum“ als Baustein für die gesamteuropäische Investitionsplattform;	21. unterstützt die Rolle der EIB bei der Mobilisierung öffentlicher und privater Finanzmittel für die Schaffung erschwinglichen Wohnraums; unterstützt den Aktionsplan der EIB-Gruppe für erschwinglichen Wohnraum und ihre Absicht, mit der Kommission zusammenzuarbeiten, um die gemeinsamen Herausforderungen bei der Ermöglichung des Zugangs zu Finanzmitteln für erschwinglichen Wohnraum anzugehen, einschließlich der Förderung von Investitionen in innovatives Bauen, um Kosten und Bauzeit zu senken***; betont, dass der Aktionsplan in enger Zusammenarbeit mit nationalen Förderbanken und -institutionen umgesetzt werden sollte, um deren Fachwissen und Verbindungen zu nutzen***; unterstützt die Einrichtung einer gesamteuropäischen Investitionsplattform zusammen mit nationalen Förderbanken und -instituten, die darauf abzielt, die Mittel für den Wohnungssektor aufzustocken und die Mitgliedstaaten bei Bedarf dabei zu unterstützen, günstige politische Rahmenbedingungen zu entwickeln, wobei die Rolle der EIB als Investitionsbank erhalten und ihr Triple-A-Status gewahrt bleibt; begrüßt die Arten von Projekten, die finanziert werden, wie bezahlbarer Wohnraum für Schlüsselberufe, Studentenwohnheime und Wohnheime für ältere Menschen; unterstützt die Einrichtung der Initiative „Mehr Wohnraum. Besserer Wohnraum“ als Baustein für die gesamteuropäische Investitionsplattform;

Änderungsantrag 1203
Oihane Agirregoitia Martínez

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. unterstützt die Rolle der EIB bei der Mobilisierung öffentlicher und privater Finanzmittel für die Schaffung erschwinglichen Wohnraums; unterstützt den Aktionsplan der EIB-Gruppe für erschwinglichen Wohnraum und ihre Absicht, mit der Kommission zusammenzuarbeiten, um die gemeinsamen Herausforderungen bei der Ermöglichung des Zugangs zu Finanzmitteln für erschwinglichen Wohnraum anzugehen, einschließlich der Förderung von Investitionen in innovatives Bauen, um Kosten und Bauzeit zu senken; unterstützt die Einrichtung einer gesamteuropäischen Investitionsplattform zusammen mit nationalen Förderbanken und -instituten, die darauf abzielt, die Mittel für den Wohnungssektor aufzustocken und die Mitgliedstaaten bei Bedarf dabei zu unterstützen, günstige politische Rahmenbedingungen zu entwickeln, wobei die Rolle der EIB als Investitionsbank erhalten und ihr Triple-A-Status gewahrt bleibt; begrüßt die Arten von Projekten, die finanziert werden, wie bezahlbarer Wohnraum für Schlüsselberufe, Studentenwohnheime und Wohnheime für ältere Menschen; unterstützt die Einrichtung der Initiative „Mehr Wohnraum. Besserer Wohnraum“ als Baustein für die gesamteuropäische Investitionsplattform;	21. unterstützt die Rolle der EIB bei der Mobilisierung öffentlicher und privater Finanzmittel für die Schaffung erschwinglichen ***und zugänglichen*** Wohnraums***, sowie ihre Rolle als langfristiger und zinsgünstiger Vermittler, um den Bau von Sozialwohnungen und die Sanierung direkt zu fördern***; unterstützt den Aktionsplan der EIB-Gruppe für erschwinglichen Wohnraum und ihre Absicht, mit der Kommission zusammenzuarbeiten, um die gemeinsamen Herausforderungen bei der Ermöglichung des Zugangs zu Finanzmitteln für erschwinglichen Wohnraum anzugehen, einschließlich der Förderung von Investitionen in innovatives Bauen, um Kosten und Bauzeit zu senken; unterstützt die Einrichtung einer gesamteuropäischen Investitionsplattform zusammen mit nationalen Förderbanken und -instituten, die darauf abzielt, die Mittel für den Wohnungssektor aufzustocken und die Mitgliedstaaten bei Bedarf dabei zu unterstützen, günstige politische Rahmenbedingungen zu entwickeln, wobei die Rolle der EIB als Investitionsbank erhalten und ihr Triple-A-Status gewahrt bleibt; begrüßt die Arten von Projekten, die finanziert werden, wie bezahlbarer Wohnraum für Schlüsselberufe, Studentenwohnheime und Wohnheime für ältere Menschen; unterstützt die Einrichtung der Initiative „Mehr Wohnraum. Besserer Wohnraum“ als Baustein für die gesamteuropäische Investitionsplattform;

Änderungsantrag 1204
Manon Aubry, Arash Saeidi, Anthony Smith, Giorgos Georgiou, Estrella Galán, Damien Carême, Rima Hassan, Younous Omarjee, Marina Mesure, Catarina Martins, Emma Fourreau, Gaetano Pedulla'
im Namen der Fraktion The Left
Irene Montero, Ilaria Salis, Martin Schirdewan
im Namen des Sonderausschusses zur Wohnraumkrise in der Europäischen Union
Leila Chaibi

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. unterstützt die Rolle der EIB bei der Mobilisierung öffentlicher und privater Finanzmittel für die Schaffung erschwinglichen Wohnraums; unterstützt den Aktionsplan der EIB-Gruppe für erschwinglichen Wohnraum und ihre Absicht, mit der Kommission zusammenzuarbeiten, um die gemeinsamen Herausforderungen bei der Ermöglichung des Zugangs zu Finanzmitteln für erschwinglichen Wohnraum anzugehen, einschließlich der Förderung von Investitionen in innovatives Bauen, um Kosten und Bauzeit zu senken; unterstützt die Einrichtung einer gesamteuropäischen Investitionsplattform zusammen mit nationalen Förderbanken und -instituten, die darauf abzielt, die Mittel für den Wohnungssektor aufzustocken und die Mitgliedstaaten bei Bedarf dabei zu unterstützen, günstige politische Rahmenbedingungen zu entwickeln***, wobei die Rolle der EIB als Investitionsbank erhalten und ihr Triple-A-Status gewahrt bleibt***; begrüßt die Arten von Projekten, die finanziert werden, wie bezahlbarer Wohnraum für Schlüsselberufe, Studentenwohnheime und Wohnheime für ältere Menschen; unterstützt die Einrichtung der Initiative „Mehr Wohnraum. Besserer Wohnraum“ als	21. unterstützt die Rolle der EIB bei der Mobilisierung öffentlicher und privater Finanzmittel für die Schaffung erschwinglichen Wohnraums***; weist erneut auf die Bedeutung nationaler öffentlicher Investitionsbanken hin, die Finanzmittel in wesentlich höherem Umfang als die EIB bereitstellen***; unterstützt den Aktionsplan der EIB-Gruppe für erschwinglichen Wohnraum und ihre Absicht, mit der Kommission zusammenzuarbeiten, um die gemeinsamen Herausforderungen bei der Ermöglichung des Zugangs zu Finanzmitteln für erschwinglichen Wohnraum anzugehen, einschließlich der Förderung von Investitionen in ***Renovierungen und*** innovatives Bauen, um Kosten und Bauzeit zu senken; unterstützt die Einrichtung einer gesamteuropäischen Investitionsplattform zusammen mit nationalen Förderbanken und -instituten, die darauf abzielt, die Mittel für den Wohnungssektor aufzustocken und die Mitgliedstaaten bei Bedarf dabei zu unterstützen, günstige politische Rahmenbedingungen zu entwickeln; begrüßt die Arten von Projekten, die finanziert werden, wie bezahlbarer Wohnraum für Schlüsselberufe, Studentenwohnheime***, Genossenschaften*** und Wohnheime für

Baustein für die gesamteuropäische Investitionsplattform;	ältere Menschen***, als interessante Lösungen, jedoch nur dann, wenn öffentlicher und sozialer Wohnungsbau nicht verfügbar ist***; unterstützt die Einrichtung der Initiative „Mehr Wohnraum. Besserer Wohnraum“ als Baustein für die gesamteuropäische Investitionsplattform;

Or. en

Änderungsantrag 1205
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, David Casa, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. unterstützt die Rolle der EIB bei der Mobilisierung öffentlicher und privater Finanzmittel für die Schaffung erschwinglichen Wohnraums; unterstützt den Aktionsplan der EIB-Gruppe für erschwinglichen Wohnraum und ihre Absicht, mit der Kommission zusammenzuarbeiten, um die gemeinsamen Herausforderungen bei der Ermöglichung des Zugangs zu Finanzmitteln für erschwinglichen Wohnraum anzugehen, einschließlich der Förderung von Investitionen in innovatives Bauen, um Kosten und Bauzeit zu senken; unterstützt die Einrichtung einer gesamteuropäischen Investitionsplattform zusammen mit nationalen Förderbanken und ***-instituten***, die darauf abzielt, die Mittel für den Wohnungssektor aufzustocken und die Mitgliedstaaten bei Bedarf dabei zu unterstützen, günstige politische Rahmenbedingungen zu entwickeln, wobei die Rolle der EIB als Investitionsbank erhalten und ihr Triple-A-Status gewahrt bleibt; begrüßt die Arten von Projekten, die	21. unterstützt die Rolle der EIB bei der Mobilisierung öffentlicher und privater Finanzmittel für die Schaffung erschwinglichen Wohnraums; unterstützt den Aktionsplan der EIB-Gruppe für erschwinglichen Wohnraum und ihre Absicht, mit der Kommission zusammenzuarbeiten, um die gemeinsamen Herausforderungen bei der Ermöglichung des Zugangs zu Finanzmitteln für erschwinglichen Wohnraum anzugehen, einschließlich der Förderung von Investitionen in innovatives Bauen, um Kosten und Bauzeit zu senken; unterstützt die Einrichtung einer gesamteuropäischen Investitionsplattform zusammen mit nationalen Förderbanken***, der Entwicklungsbank des Europarates*** und ***Instituten***, die darauf abzielt, die Mittel für den Wohnungssektor aufzustocken und die Mitgliedstaaten bei Bedarf dabei zu unterstützen, günstige politische Rahmenbedingungen zu entwickeln, wobei die Rolle der EIB als Investitionsbank erhalten und ihr Triple-A-Status gewahrt

finanziert werden, wie bezahlbarer Wohnraum für Schlüsselberufe, Studentenwohnheime und Wohnheime für ältere Menschen; unterstützt die Einrichtung der Initiative „Mehr Wohnraum. Besserer Wohnraum“ als Baustein für die gesamteuropäische Investitionsplattform;	bleibt; begrüßt die Arten von Projekten, die finanziert werden, wie bezahlbarer Wohnraum für Schlüsselberufe, Studentenwohnheime und Wohnheime für ältere Menschen; unterstützt die Einrichtung der Initiative „Mehr Wohnraum. Besserer Wohnraum“ als Baustein für die gesamteuropäische Investitionsplattform;

Or. en

Änderungsantrag 1206
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, David Casa, Markus Ferber, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. unterstützt die Rolle der EIB bei der Mobilisierung öffentlicher und privater Finanzmittel für die Schaffung erschwinglichen Wohnraums; unterstützt den Aktionsplan der EIB-Gruppe für erschwinglichen Wohnraum und ihre Absicht, mit der Kommission zusammenzuarbeiten, um die gemeinsamen Herausforderungen bei der Ermöglichung des Zugangs zu Finanzmitteln für erschwinglichen Wohnraum anzugehen, einschließlich der Förderung von Investitionen in innovatives Bauen, um Kosten und Bauzeit zu senken; unterstützt die Einrichtung einer gesamteuropäischen Investitionsplattform zusammen mit nationalen Förderbanken und -instituten, die darauf abzielt, die Mittel für den Wohnungssektor aufzustocken und die Mitgliedstaaten bei Bedarf dabei zu unterstützen, günstige politische Rahmenbedingungen zu entwickeln, wobei die Rolle der EIB als Investitionsbank erhalten und ihr Triple-A-Status gewahrt bleibt; begrüßt die Arten von Projekten, die	21. unterstützt die Rolle der EIB bei der Mobilisierung öffentlicher und privater Finanzmittel für die Schaffung erschwinglichen Wohnraums; unterstützt den Aktionsplan der EIB-Gruppe für erschwinglichen Wohnraum und ihre Absicht, mit der Kommission zusammenzuarbeiten, um die gemeinsamen Herausforderungen bei der Ermöglichung des Zugangs zu Finanzmitteln für erschwinglichen Wohnraum anzugehen, einschließlich der Förderung von Investitionen in innovatives Bauen, um Kosten und Bauzeit zu senken; unterstützt die Einrichtung einer gesamteuropäischen Investitionsplattform zusammen mit nationalen Förderbanken und -instituten, die darauf abzielt, die Mittel für den Wohnungssektor aufzustocken und die Mitgliedstaaten bei Bedarf dabei zu unterstützen, günstige politische Rahmenbedingungen zu entwickeln, wobei die Rolle der EIB als Investitionsbank erhalten und ihr Triple-A-Status gewahrt bleibt; begrüßt die Arten von Projekten, die

finanziert werden, wie bezahlbarer Wohnraum für Schlüsselberufe, Studentenwohnheime und Wohnheime für ältere Menschen; unterstützt die Einrichtung der Initiative „Mehr Wohnraum. Besserer Wohnraum“ als Baustein für die gesamteuropäische Investitionsplattform;	finanziert werden, wie bezahlbarer Wohnraum für Schlüsselberufe, Studentenwohnheime und Wohnheime für ältere Menschen***, unter Berücksichtigung der Unterstützung innerhalb der lokalen Gemeinschaft***; unterstützt die Einrichtung der Initiative „Mehr Wohnraum. Besserer Wohnraum“ als Baustein für die gesamteuropäische Investitionsplattform;

Or. en

Änderungsantrag 1207
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, David Casa, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Marco Falcone, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. unterstützt die Rolle ***der*** EIB bei der Mobilisierung öffentlicher und privater Finanzmittel für die Schaffung erschwinglichen Wohnraums; unterstützt den Aktionsplan der EIB-Gruppe für erschwinglichen Wohnraum und ihre Absicht, mit der Kommission zusammenzuarbeiten, um die gemeinsamen Herausforderungen bei der Ermöglichung des Zugangs zu Finanzmitteln für erschwinglichen Wohnraum anzugehen, einschließlich der Förderung von Investitionen in innovatives Bauen, um Kosten und Bauzeit zu senken; unterstützt die Einrichtung einer gesamteuropäischen Investitionsplattform zusammen mit nationalen Förderbanken und -instituten, die darauf abzielt, die Mittel für den Wohnungssektor aufzustocken und die Mitgliedstaaten bei Bedarf dabei zu unterstützen, günstige politische Rahmenbedingungen zu entwickeln, wobei die Rolle der EIB als Investitionsbank erhalten und ihr Triple-A-Status gewahrt	21. unterstützt die Rolle***, die die*** EIB***, nationale Förderbanken und -institutionen*** bei der Mobilisierung öffentlicher Mittel und privater Finanzmittel für die Schaffung erschwinglichen Wohnraums ***spielen***; unterstützt den Aktionsplan der EIB-Gruppe für erschwinglichen Wohnraum und ihre Absicht, mit der Kommission zusammenzuarbeiten, um die gemeinsamen Herausforderungen bei der Ermöglichung des Zugangs zu Finanzmitteln für erschwinglichen Wohnraum anzugehen, einschließlich der Förderung von Investitionen in innovatives Bauen, um Kosten und Bauzeit zu senken; unterstützt die Einrichtung einer gesamteuropäischen Investitionsplattform zusammen mit nationalen Förderbanken und -instituten, die darauf abzielt, die Mittel für den Wohnungssektor aufzustocken und die Mitgliedstaaten bei Bedarf dabei zu unterstützen, günstige politische Rahmenbedingungen zu entwickeln, wobei

bleibt; begrüßt die Arten von Projekten, die finanziert werden, wie bezahlbarer Wohnraum für Schlüsselberufe, Studentenwohnheime und Wohnheime für ältere Menschen; unterstützt die Einrichtung der Initiative „Mehr Wohnraum. Besserer Wohnraum“ als Baustein für die gesamteuropäische Investitionsplattform;

die Rolle der EIB als Investitionsbank erhalten und ihr Triple-A-Status gewahrt bleibt; begrüßt die Arten von Projekten, die finanziert werden, wie bezahlbarer Wohnraum für Schlüsselberufe, Studentenwohnheime und Wohnheime für ältere Menschen; unterstützt die Einrichtung der Initiative „Mehr Wohnraum. Besserer Wohnraum“ als Baustein für die gesamteuropäische Investitionsplattform;

Or. en

Änderungsantrag 1208
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, David Casa, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. unterstützt die Rolle ***der*** EIB bei der Mobilisierung öffentlicher und privater Finanzmittel für die Schaffung erschwinglichen Wohnraums; unterstützt den Aktionsplan der EIB-Gruppe für erschwinglichen Wohnraum und ihre Absicht, mit der Kommission zusammenzuarbeiten, um die gemeinsamen Herausforderungen bei der Ermöglichung des Zugangs zu Finanzmitteln für erschwinglichen Wohnraum anzugehen, einschließlich der Förderung von Investitionen in innovatives Bauen, um Kosten und Bauzeit zu senken; unterstützt die Einrichtung einer gesamteuropäischen Investitionsplattform zusammen mit nationalen Förderbanken und -instituten, die darauf abzielt, die Mittel für den Wohnungssektor aufzustocken und die Mitgliedstaaten bei Bedarf dabei zu unterstützen, günstige politische Rahmenbedingungen zu entwickeln, wobei	21. unterstützt die Rolle***, die die*** EIB bei der Mobilisierung öffentlicher und privater Finanzmittel für die Schaffung erschwinglichen Wohnraums ***spielt***; unterstützt den Aktionsplan der EIB-Gruppe für erschwinglichen Wohnraum und ihre Absicht, mit der Kommission zusammenzuarbeiten, um die gemeinsamen Herausforderungen bei der Ermöglichung des Zugangs zu Finanzmitteln für erschwinglichen Wohnraum anzugehen, einschließlich der Förderung von Investitionen in innovatives Bauen, um Kosten und Bauzeit zu senken; unterstützt die Einrichtung einer gesamteuropäischen Investitionsplattform zusammen mit nationalen Förderbanken und -instituten, die darauf abzielt, die Mittel für den Wohnungssektor aufzustocken und die Mitgliedstaaten bei Bedarf dabei zu unterstützen, günstige politische Rahmenbedingungen zu entwickeln, wobei

die Rolle der EIB als Investitionsbank erhalten und ihr Triple-A-Status gewahrt bleibt; begrüßt die Arten von Projekten, die finanziert werden, wie bezahlbarer Wohnraum für Schlüsselberufe, Studentenwohnheime und Wohnheime für ältere Menschen; unterstützt die Einrichtung der Initiative „Mehr Wohnraum. Besserer Wohnraum“ als Baustein für die gesamteuropäische Investitionsplattform;	die Rolle der EIB als Investitionsbank erhalten und ihr Triple-A-Status gewahrt bleibt; begrüßt die Arten von Projekten, die finanziert werden, wie bezahlbarer Wohnraum für Schlüsselberufe, Studentenwohnheime und Wohnheime für ältere Menschen; unterstützt die Einrichtung der Initiative „Mehr Wohnraum. Besserer Wohnraum“ als Baustein für die gesamteuropäische Investitionsplattform;

Or. en

Änderungsantrag 1209
Nikolina Brnjac

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. erkennt die ergänzende Rolle der Europäischen Investitionsbank (EIB) und der nationalen Förderbanken und -institutionen (NPBI) bei der Mobilisierung öffentlicher Mittel und der Nutzung privater Finanzierung für bezahlbares Wohnen an und betont, dass ein ausgewogener und komplementärer Ansatz erforderlich ist; betont, dass der Aktionsplan der EIB-Gruppe für erschwinglichen Wohnraum in Partnerschaft mit NPBI umgesetzt werden sollte, wobei auf deren langjähriges Fachwissen und regionale Verbindungen bei der Finanzierung von erschwinglichem und sozialem Wohnraum zurückgegriffen werden sollte; befürwortet die Entwicklung einer gesamteuropäischen Investitionsplattform, die darauf abzielt, die für den Wohnungssektor verfügbaren Finanzmittel zu erhöhen; bekräftigt jedoch, dass dies auf der Grundlage eines offenen Architekturmodells entwickelt werden sollte, das eine sinnvolle und

wirksame Beteiligung der NPBI sicherstellt; betont, dass NPBI von Anfang an in die Entwicklung von Portalen oder Instrumenten auf EU-Ebene einbezogen werden sollten, um sicherzustellen, dass alle Bereitstellungskanäle vielfältig und ausgewogen sind;

Or. en

Änderungsantrag 1210
Nora Mebarek

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. erkennt die ergänzende Rolle der Europäischen Investitionsbank (EIB) und der nationalen Förderbanken und -institutionen (NPBI) bei der Mobilisierung öffentlicher Mittel und der Mobilisierung privater Finanzmittel für den erschwinglichen Wohnungsbau an und betont, dass ein ausgewogener und komplementärer Ansatz erforderlich ist; betont, dass der Aktionsplan der EIB-Gruppe für erschwinglichen Wohnraum in Partnerschaft mit NPBI umgesetzt werden sollte, wobei auf deren langjähriges Fachwissen und regionale Verbindungen bei der Finanzierung von erschwinglichem und sozialem Wohnraum zurückgegriffen werden sollte; befürwortet die Entwicklung einer gesamteuropäischen Investitionsplattform, die darauf abzielt, die für den Wohnungssektor verfügbaren Finanzmittel zu erhöhen; bekräftigt jedoch, dass dies auf der Grundlage eines offenen Architekturmodells entwickelt werden sollte, das eine sinnvolle und wirksame Beteiligung der NPBI sicherstellt; betont, dass NPBI von Anfang an in die Entwicklung von

Portalen oder Instrumenten auf EU-Ebene einbezogen werden sollten, um sicherzustellen, dass alle Bereitstellungskanäle vielfältig und ausgewogen sind;

Or. en

Änderungsantrag 1211
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Marco Falcone, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. betont, dass die Bemühungen zur Bewältigung der Wohnraumkrise finanziell tragbar sein müssen; ist der Ansicht, dass bei öffentlichen Investitionen der Effizienz und dem Preis-Leistungs-Verhältnis Vorrang eingeräumt werden sollte und die Schuldentragfähigkeit oder Haushaltsverpflichtungen der Mitgliedstaaten nicht untergraben werden sollten; stellt fest, dass die öffentlichen Haushalte in der Union angespannt sind; betont, dass die Lösung zur Finanzierung des Wohnungsbaus nicht nur darin bestehen kann, mehr öffentliche Gelder auszugeben; betont, dass die öffentlichen Ausgaben für Bauvorhaben oder andere Ausgabenposten im Wohnungsbausektor ebenso wie andere Ausgabenarten den Haushaltsvorschriften der Union unterliegen;

Or. en

Änderungsantrag 1212
Rachel Blom, Julie Rechagneux, Klara Dostalova, Mathilde Androuët

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. fordert, dass es den Mitgliedstaaten trotz der geltenden Bestimmungen gestattet sein sollte, staatliche Beihilfen für den Bau, die Bereitstellung oder die Renovierung von Wohnungen für Haushalte mit mittlerem Einkommen (im Folgenden „Wohnraum für die Mittelschicht“) zu gewähren, sofern diese Beihilfen erforderlich sind, um Marktversagen zu beheben, durch das der Zugang zu angemessenem und erschwinglichem Wohnraum verhindert wird; betont, dass die nationalen Behörden am besten in der Lage sind, den Wohnraumbedarf zu bewerten und Förderregelungen zu konzipieren, die auf ihre spezifischen Märkte zugeschnitten sind;

Or. nl

Änderungsantrag 1213
Marco Falcone, Flavio Tosi, Caterina Chinnici, Letizia Moratti, Massimiliano Salini, Salvatore De Meo, Giusi Princi, Fulvio Martusciello

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. ist der Ansicht, dass ein gezielter und verhältnismäßiger Einsatz staatlicher Beihilfen unter uneingeschränkter Achtung der Wettbewerbsregeln der EU als wesentliches Instrument zur Unterstützung des Baus, der Renovierung und der Modernisierung von sozialem und erschwinglichem Wohnraum dienen kann; betont, dass solche Maßnahmen, wenn sie ordnungsgemäß in die Binnenmarktvorschriften eingebettet sind,

nicht nur zur Gewährleistung des Rechts auf Wohnraum, sondern auch zur Förderung der Beschäftigung, des territorialen Zusammenhalts und der wirtschaftlichen Stabilität lokaler Gemeinschaften beitragen können;

Or. en

Änderungsantrag 1214
Klara Dostalova, Julie Rechagneux, Ondřej Knotek, Jaroslav Bžoch, Rachel Blom, Tomáš Kubín

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. betont, dass der Zugang zu erschwinglichem Wohnraum nicht davon abhängig gemacht werden darf, ob zusätzliche Umwelt- oder Klimaziele erreicht werden; betont, dass sich die Wohnungspolitik in erster Linie auf die Bereitstellung sicherer und erschwinglicher Wohnungen für die Bürger konzentrieren sollte, während ökologische Ziele durch separate, spezielle Instrumente verfolgt werden können;

Or. en

Änderungsantrag 1215
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, Markus Ferber, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 21 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21b. betont, dass Subventionen keine tragfähige langfristige Lösung sind, um

die Erschwinglichkeit von Wohnraum zu erhöhen, wenn das Angebot begrenzt bleibt; weist darauf hin, dass Subventionen letzten Endes von den Marktteilnehmern eingepreist werden und dadurch sogar zu weiter steigenden Preisen führen können; ist der Ansicht, dass die meisten Subventionen daher eine unwirksame Verwendung öffentlicher Mittel darstellen;

Or. en

Änderungsantrag 1216
Marco Falcone, Flavio Tosi, Caterina Chinnici, Letizia Moratti, Massimiliano Salini, Salvatore De Meo, Giusi Princi, Fulvio Martusciello

Entschließungsantrag
Ziffer 21 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21b. weist darauf hin, dass das Parlament selbst den Grundsatz aufgestellt hat, dass Ausgaben im Zusammenhang mit Wohnungspolitiken von den Haushaltszwängen ausgenommen werden können;

Or. en

Änderungsantrag 1217
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 21 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21c. weist darauf hin, dass eine steigende Wohnraumnachfrage ohne eine gleichzeitige Ausweitung des

Wohnungsangebots lediglich zu höheren Preisen führen wird; betont, dass Maßnahmen, die sich auf die Nachfrage auswirken, daher mit Maßnahmen einhergehen müssen, die das Wohnungsangebot ankurbeln;

Or. en

Änderungsantrag 1218
Aodhán Ó Ríordáin, Andreas Schieder, Gabriele Bischoff, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Nora Mebarek, Isilda Gomes, Joanna Scheuring-Wielgus, Yannis Maniatis, Marko Vešligaj

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Unterstützung der Wohnungsnachfrage	***Sicherstellung des Zugangs zu erschwinglichem und menschenwürdigem Wohnraum für alle***

Or. en

Änderungsantrag 1219
Aodhán Ó Ríordáin, Andreas Schieder, Gabriele Bischoff, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Nora Mebarek, Isilda Gomes, Joanna Scheuring-Wielgus, Yannis Maniatis, Marko Vešligaj

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. betont, dass der gleichberechtigte Zugang zu menschenwürdigem, sicherem und erschwinglichem Wohnraum ein grundlegendes Menschenrecht ist und dass viele Europäerinnen und Europäer nach wie vor aufgrund von Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt von diesem Recht ausgeschlossen werden; verurteilt alle Formen der unmittelbaren oder

mittelbaren Diskriminierung aufgrund der ethnischen oder rassischen Herkunft, des Geschlechts, der sexuellen Ausrichtung oder der Geschlechtsidentität, des Beschäftigungsstatus, einer Behinderung, des Alters, der Religion oder Weltanschauung, des Familienstands, der Staatsangehörigkeit oder der sozioökonomischen Situation;

Or. en

Änderungsantrag 1220
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 16 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Sicherstellung geschlechter- und jugendgerechter, zugänglicher und diskriminierungsfreier Wohnmodelle

Or. en

Änderungsantrag 1221
Aodhán Ó Ríordáin, Andreas Schieder, Gabriele Bischoff, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Nora Mebarek, Isilda Gomes, Joanna Scheuring-Wielgus, Yannis Maniatis, Marko Vešligaj

Entschließungsantrag
Ziffer 21 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21b. stellt mit Besorgnis fest, dass schutzbedürftige Gruppen, darunter Kinder und Jugendliche, Frauen, Alleinerziehende, LGBTIQ+-Personen, Roma oder fahrende Gemeinschaften, Migranten und Flüchtlinge, Menschen mit Behinderungen, Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen und Menschen,

die von Armut, instabiler Beschäftigung oder Arbeitslosigkeit betroffen sind, unverhältnismäßig stark von der Ausgrenzung von Wohnraum und der Ungleichbehandlung auf den Miet- und Immobilienmärkten betroffen sind; fordert die Kommission auf, rechtliche Maßnahmen vorzuschlagen, um Diskriminierung in der EU umfassend zu bekämpfen, die Gleichstellungsstellen zu stärken und die Gleichstellung und Barrierefreiheit zu verbindlichen Bedingungen für öffentliche Investitionen und von der EU finanzierte Wohnungsbauprojekte zu machen, um sicherzustellen, dass in der europäischen Wohnungspolitik niemand zurückgelassen wird;

Or. en

Änderungsantrag 1222
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. betont, dass Wohnraum auch als zentrales feministisches Thema angegangen werden muss; bedauert zutiefst, dass Frauen und nicht-binäre Personen aufgrund anhaltender geschlechtsspezifischer Ungleichheiten und Diskriminierungen – einschließlich des geschlechtsspezifischen Lohn- und Rentengefälles sowie unbezahlter Betreuungs- und Pflegearbeit – beim Zugang zu angemessenem Wohnraum benachteiligt sind, da sie im Durchschnitt über ein geringeres Einkommen, weniger Kapital und eingeschränkte Möglichkeiten verfügen, Hypotheken aufzunehmen; bedauert zutiefst, dass all diese Faktoren dazu führen, dass sie einen höheren Anteil ihres verfügbaren

Einkommens für Wohnkosten aufbringen müssen; verurteilt, dass alleinlebende Frauen, alleinerziehende Frauen sowie Frauen, die von intersektionalen Diskriminierungen betroffen sind – etwa Migrantinnen, Frauen mit Behinderungen, Frauen mit rassifiziertem oder ethnischem Hintergrund oder LGBTIQ+-Personen – einem deutlich höheren Risiko ausgesetzt sind, unter unsicheren, unwürdigen und gefährlichen Bedingungen zu leben, von Wohnungslosigkeit bedroht zu sein und Gewalt zu erfahren;

Or. en

Änderungsantrag 1223
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 21 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21b. ist der Auffassung, dass die Bewältigung der aktuellen Krise beim Zugang zu erschwinglichem, nachhaltigem und menschenwürdigem Wohnraum eine horizontale, ganzheitliche, geschlechtsspezifische und intersektionale Perspektive erfordert, um alle Ebenen der Diskriminierung, die Frauen und nicht-binäre Personen erfahren, umfassend anzugehen; ist ferner der Ansicht, dass die Annahme spezifischer Maßnahmen zum Schutz von Opfern geschlechtsspezifischer Gewalt entscheidend ist, einschließlich der sofortigen Bereitstellung von Notunterkünften in Schutz- und Betreuungszentren; ist fest davon überzeugt, dass zusätzliche Maßnahmen zur Förderung von angemessenem und sicherem Wohnraum für Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt notwendig sind, darunter die Bereitstellung von

Mietzuschüssen und weiterer finanzieller Unterstützung zur Deckung von Wohnkosten, da diese Maßnahmen für ihre Genesung und soziale Reintegration von entscheidender Bedeutung sind, ihnen ermöglichen, gefährliche Situationen zu verlassen und eine sichere, unabhängige und gewaltfreie Zukunft aufzubauen.

Or. en

Änderungsantrag 1224
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 21 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21c. betont, wie wichtig es ist, geschlechtssensible Gestaltung und Planung von Wohnraum zu integrieren; ist fest davon überzeugt, dass eine „frauenorientierte Wohnungspolitik“ insbesondere die alltäglichen Lebensmuster von Frauen berücksichtigen muss, die neben Erwerbstätigkeit nach wie vor überproportional die Last unbezahlter Betreuungs-, Pflege- und Hausarbeit tragen, und dabei zentrale Ziele verfolgen sollte, um häusliche und familiäre Aufgaben zu erleichtern, nachbarschaftliche Unterstützungsstrukturen zu fördern und sichere sowie komfortable Wohnumgebungen zu gestalten, in denen sich Frauen insbesondere nachts sicher fühlen;

Or. en

Änderungsantrag 1225
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 21 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21d. betont, dass die Gleichstellung der Geschlechter in allen wohnungspolitischen und städtebaulichen Entwicklungsprozessen und Planungsebenen konsequent angesprochen werden muss, indem unterschiedliche Bedürfnisse und Lebensrealitäten bei Personen jeden Geschlechts und in allen Lebensphasen – einschließlich der Bedürfnisse von Kindern, Betreuungspersonen, Migrantinnen und älteren Frauen – ermittelt und systematisch berücksichtigt werden;

Or. en

Änderungsantrag 1226
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 21 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21e. verurteilt, dass die Finanzialisierung und ein spekulationsgetriebener Wohnungsmarkt die Fähigkeit junger Menschen untergraben, ein stabiles, nachhaltiges und menschenwürdiges Zuhause zu finanzieren, und in erheblichem Maße zu einem lähmenden Gefühl finanzieller Unsicherheit beitragen; missbilligt, dass explodierende Mietpreise und unzureichender Mieterschutz viele junge Menschen den Zugang zu bezahlbarem und sicherem Wohnraum erschweren und sie dadurch schlechten Wohnbedingungen, Räumungen und Ausbeutung ausgesetzt sind;

Or. en

Änderungsantrag 1227
Aodhán Ó Ríordáin, Andreas Schieder, Gabriele Bischoff, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Nora Mebarek, Isilda Gomes, Joanna Scheuring-Wielgus, Yannis Maniatis, Marko Vešligaj

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. betont, dass jüngeren und künftigen Generationen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, insbesondere in Gebieten mit geringer wirtschaftlicher Unabhängigkeit und in denen junge Menschen länger brauchen, um ihre Familie zu verlassen; fordert die Mitgliedstaaten und die lokalen Behörden auf, Maßnahmen zu fördern, die jungen Menschen den Zugang zu Wohnungsbaukrediten ermöglichen, einschließlich Anreizen wie ermäßigten Transaktionsraten für junge Käufer und Erstkäufer; fordert Befreiungen von der Transaktionssteuer für Erstkäufer, die das Grundstück für einen bestimmten Zeitraum bewohnen; unterstützt die Bereitstellung zinsgünstiger Darlehen für Erstkäufer; fordert nachdrücklich die Einführung von Garantien, die bis zu 100 % der Investitionen abdecken, um jungen Erstkäufern den Zugang zu Krediten zu erleichtern, ohne die finanzielle Stabilität der Haushalte zu gefährden oder den Marktpreis zu erhöhen;	22. betont, dass jüngeren und künftigen Generationen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, insbesondere in Gebieten mit geringer wirtschaftlicher Unabhängigkeit und in denen junge Menschen länger brauchen, um ihre Familie zu verlassen***, und zwar nicht aus freien Stücken, sondern aufgrund hoher Mietkosten, steigender Hypothekenzinsen und eines Mangels an Sozial- und Erstwohnungen; stellt fest, dass junge Menschen zunehmend auf den Mietmarkt als Hauptform des Wohnens angewiesen sind[1a], und fordert daher stärkere Mieterrechte und Schutzmaßnahmen, um Stabilität, Erschwinglichkeit und Sicherheit des Wohnens für die jüngeren Generationen sicherzustellen***; fordert ***die Kommission auf, regionale und lokale bewährte Verfahren zu Wohnungsinitiativen für junge Menschen zu prüfen und zu fördern, darunter Programme für Erstkäufer, eine stärkere Regulierung der Mieten oder Subventionen; fordert*** die Mitgliedstaaten und die lokalen Behörden auf, Maßnahmen zu fördern, die jungen Menschen den Zugang zu ***erschwinglichem Miet- oder selbst genutztem Wohneigentum und*** Wohnungsbaukrediten ermöglichen, einschließlich Anreizen wie ermäßigten Transaktionsraten für junge Käufer und Erstkäufer; fordert Befreiungen von der Transaktionssteuer für Erstkäufer, die das Grundstück für einen bestimmten Zeitraum

bewohnen; unterstützt die Bereitstellung zinsgünstiger Darlehen für Erstkäufer; fordert nachdrücklich die Einführung von Garantien, die bis zu 100 % der Investitionen abdecken, um jungen Erstkäufern den Zugang zu Krediten zu erleichtern, ohne die finanzielle Stabilität der Haushalte zu gefährden oder den Marktpreis zu erhöhen; ***betont, dass bezahlbarer Wohnraum für junge Menschen, die in den Arbeitsmarkt eintreten, als strategische Dimension der Sozial- und Arbeitspolitik anerkannt werden muss; fordert die Mitgliedstaaten auf, den Wohnraumbedarf junger Menschen in ihre nationalen Reformprogramme im Rahmen des Europäischen Semesters zu integrieren; fordert, dass mit den EU-Mitteln spezielle Anreize für den Bau von erschwinglichem und sozialem Wohnraum für junge Menschen geschaffen werden;***

[1a] Paz-Pardo, G., „Younger generations and the lost dream of home ownership“ (Jüngere Generationen und der verlorene Traum vom Eigenheim), Website der Europäischen Zentralbank, 26. Januar 2022.

Or. en

Änderungsantrag 1228
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. betont, dass jüngeren und künftigen Generationen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss***, insbesondere in Gebieten mit geringer wirtschaftlicher Unabhängigkeit und in denen junge Menschen länger brauchen, um ihre***	22. ***ist der Ansicht, dass es notwendig ist, das Mietwesen für Wohnraum zu stärken, insbesondere durch die Förderung längerfristiger Mietverhältnisse und Mechanismen zur dauerhaften Sicherung der***

Familie zu verlassen; fordert die Mitgliedstaaten und die lokalen Behörden auf, Maßnahmen zu fördern, die jungen Menschen den Zugang zu Wohnungsbaukrediten ermöglichen, ***einschließlich Anreizen wie ermäßigten Transaktionsraten für junge Käufer und Erstkäufer; fordert Befreiungen von der Transaktionssteuer für Erstkäufer, die das Grundstück für einen bestimmten Zeitraum bewohnen; unterstützt die Bereitstellung zinsgünstiger Darlehen für Erstkäufer; fordert nachdrücklich die Einführung von Garantien,*** die bis zu 100 % der Investitionen abdecken, ***um jungen Erstkäufern den Zugang zu Krediten zu erleichtern,*** ohne die finanzielle Stabilität der Haushalte zu gefährden oder den Marktpreis zu erhöhen;

Erschwinglichkeit, insbesondere in Gebieten mit einer deutlich höheren Nachfrage nach Wohnraum, mit besonderem Fokus auf jungen Menschen, allein lebenden Frauen und Einelternhaushalten; ist der Ansicht, dass Immobilieneigentümer rechtlich verpflichtet sein müssen, menschenwürdige und sichere Lebensbedingungen sicherzustellen, wobei alle Mietobjekte vor deren Vermietung durchsetzbare Mindeststandards erfüllen müssen; betont, dass jüngeren und künftigen Generationen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss***; unterstreicht, dass der Zugang junger Menschen zu Wohnraum nicht auf Eigentum beschränkt sein sollte, sondern auch sozialen und öffentlichen Wohnraum, Mietkostenprogramme, genossenschaftliches Wohnen sowie andere sichere Mietoptionen umfassen muss***; fordert die Mitgliedstaaten und die lokalen Behörden auf, Maßnahmen zu fördern, die jungen Menschen den Zugang zu Wohnungsbaukrediten ermöglichen, ***und erkennt dabei an, dass der Zugang zu Hypotheken für junge Menschen mit geringerem finanziellen Hintergrund verbessert werden muss, unter anderem durch effektivere und robustere öffentliche Bürgschaftssysteme,*** die bis zu 100 % der Investitionen abdecken, ohne die finanzielle Stabilität der Haushalte zu gefährden oder den Marktpreis zu erhöhen;

Or. en

Änderungsantrag 1229
Niels Geuking

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

22. betont, dass jüngeren und künftigen Generationen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, insbesondere in Gebieten mit geringer wirtschaftlicher Unabhängigkeit und in denen junge Menschen länger brauchen, um ihre Familie zu verlassen; fordert die Mitgliedstaaten und die lokalen Behörden auf, Maßnahmen zu fördern, die jungen Menschen den Zugang zu Wohnungsbaukrediten ermöglichen, einschließlich Anreizen wie ermäßigten Transaktionsraten für junge Käufer und Erstkäufer; fordert Befreiungen von der Transaktionssteuer für Erstkäufer, die das Grundstück für einen bestimmten Zeitraum bewohnen; unterstützt die Bereitstellung zinsgünstiger Darlehen für Erstkäufer; fordert nachdrücklich die Einführung von Garantien, die bis zu 100 % der Investitionen abdecken, um jungen Erstkäufern den Zugang zu Krediten zu erleichtern, ohne die finanzielle Stabilität der Haushalte zu gefährden oder den Marktpreis zu erhöhen;	22. betont, dass jüngeren und künftigen Generationen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, insbesondere in Gebieten mit geringer wirtschaftlicher Unabhängigkeit und in denen junge Menschen länger brauchen, um ihre Familie zu verlassen; fordert die Mitgliedstaaten und die lokalen Behörden auf, Maßnahmen zu fördern, die jungen Menschen den Zugang zu Wohnungsbaukrediten ermöglichen, einschließlich Anreizen wie ermäßigten Transaktionsraten für junge Käufer und Erstkäufer; fordert Befreiungen von der Transaktionssteuer für Erstkäufer, die das Grundstück für einen bestimmten Zeitraum bewohnen; unterstützt die Bereitstellung zinsgünstiger Darlehen für Erstkäufer; fordert nachdrücklich die Einführung von Garantien, die bis zu 100 % der Investitionen abdecken, um jungen Erstkäufern den Zugang zu Krediten zu erleichtern, ohne die finanzielle Stabilität der Haushalte zu gefährden oder den Marktpreis zu erhöhen; ***betont, wie wichtig es ist, administrative und transaktionsbezogene Verfahren, einschließlich zusätzlicher und wohnungsbezogener Kosten, zu vereinfachen, um Transparenz, Planbarkeit und Erschwinglichkeit – insbesondere für junge Menschen und Erstkäufer in der gesamten Union – zu erhöhen;***

Or. en

Änderungsantrag 1230
Klara Dostalova, Julie Rechagneux, Ondřej Knotek, Jaroslav Bžoch, Rachel Blom, Tomáš Kubín

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. betont, dass jüngeren und künftigen	22. betont, dass jüngeren und künftigen

Generationen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, insbesondere in Gebieten mit geringer wirtschaftlicher Unabhängigkeit und in denen junge Menschen länger brauchen, um ihre Familie zu verlassen; fordert die Mitgliedstaaten und die lokalen Behörden auf, Maßnahmen zu fördern, die jungen Menschen den Zugang zu Wohnungsbaukrediten ermöglichen, einschließlich Anreizen wie ermäßigten Transaktionsraten für junge Käufer und Erstkäufer; fordert Befreiungen von der Transaktionssteuer für Erstkäufer, die das Grundstück für einen bestimmten Zeitraum bewohnen; unterstützt die Bereitstellung zinsgünstiger Darlehen für Erstkäufer; fordert nachdrücklich die Einführung von Garantien, die bis zu 100 % der Investitionen abdecken, um jungen Erstkäufern den Zugang zu Krediten zu erleichtern, ohne die finanzielle Stabilität der Haushalte zu gefährden oder den Marktpreis zu erhöhen;	Generationen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, insbesondere in Gebieten mit geringer wirtschaftlicher Unabhängigkeit und in denen junge Menschen länger brauchen, um ihre Familie zu verlassen; fordert die Mitgliedstaaten und die lokalen Behörden auf, Maßnahmen zu fördern, die jungen Menschen den Zugang zu Wohnungsbaukrediten ermöglichen, einschließlich Anreizen wie ermäßigten Transaktionsraten für junge Käufer und Erstkäufer; fordert Befreiungen von der Transaktionssteuer für Erstkäufer, die das Grundstück für einen bestimmten Zeitraum bewohnen; unterstützt die Bereitstellung zinsgünstiger Darlehen für Erstkäufer; fordert nachdrücklich die Einführung von Garantien, die bis zu 100 % der Investitionen abdecken, um jungen Erstkäufern den Zugang zu Krediten zu erleichtern, ohne die finanzielle Stabilität der Haushalte zu gefährden oder den Marktpreis zu erhöhen; ***betont, dass Finanzierungsinstrumente allein nicht ausreichen, es sei denn, sie gehen mit einem Anstieg des Wohnungsangebots einher, und fordert die Mitgliedstaaten daher auf, die Unterstützung junger Menschen mit Maßnahmen zur Beschleunigung des Wohnungsbaus zu kombinieren;***

Or. en

Änderungsantrag 1231
Borja Giménez Larraz, Nikolina Brnjac, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, David Casa, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Marco Falcone, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. betont, dass jüngeren und künftigen Generationen besondere Aufmerksamkeit	22. betont, dass jüngeren und künftigen Generationen besondere Aufmerksamkeit

gewidmet werden muss, insbesondere in Gebieten mit geringer wirtschaftlicher Unabhängigkeit und in denen junge Menschen länger brauchen, um ihre Familie zu verlassen; fordert die Mitgliedstaaten und die lokalen Behörden auf, Maßnahmen zu fördern, die jungen Menschen den Zugang zu Wohnungsbaukrediten ermöglichen, einschließlich Anreizen wie ermäßigten Transaktionsraten für junge Käufer und Erstkäufer; fordert Befreiungen von der Transaktionssteuer für Erstkäufer, die das Grundstück für einen bestimmten Zeitraum bewohnen; unterstützt die Bereitstellung zinsgünstiger Darlehen für Erstkäufer; ***fordert nachdrücklich*** die Einführung ***von Garantien, die*** bis zu 100 % ***der Investitionen abdecken***, ***um jungen Erstkäufern den Zugang zu Krediten zu erleichtern,*** ohne die finanzielle Stabilität der Haushalte zu gefährden oder den Marktpreis zu erhöhen;

gewidmet werden muss, insbesondere in Gebieten mit geringer wirtschaftlicher Unabhängigkeit und in denen junge Menschen länger brauchen, um ihre Familie zu verlassen; fordert die Mitgliedstaaten und die lokalen Behörden auf, Maßnahmen zu fördern, die jungen Menschen den Zugang zu Wohnungsbaukrediten ermöglichen, einschließlich Anreizen wie ermäßigten Transaktionsraten für junge Käufer und Erstkäufer; fordert Befreiungen von der Transaktionssteuer für Erstkäufer, die das Grundstück für einen bestimmten Zeitraum bewohnen; unterstützt die Bereitstellung zinsgünstiger Darlehen für Erstkäufer; ***weist darauf hin, dass*** die Einführung ***staatlich garantierter Bürgschaften, die jungen Erstkäufern den Zugang zu*** bis zu 100 % ***ihres Finanzierungsbedarfs ermöglichen, insbesondere durch die Übernahme des Anteils der Anzahlung, der nicht durch bestehende Hypotheken finanziert wird***, ohne die finanzielle Stabilität der Haushalte zu gefährden oder den Marktpreis zu erhöhen***, dazu beitragen könnte, jungen Menschen im Kontext bestimmter Bedürfnisse der Mitgliedstaaten den Zugang zu erschwinglichem Wohnraum zu erleichtern***;

Or. en

Änderungsantrag 1232
Dirk Gotink, Markus Ferber

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. betont, dass jüngeren und künftigen Generationen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, insbesondere in Gebieten mit geringer wirtschaftlicher Unabhängigkeit und in denen junge	22. betont, dass jüngeren und künftigen Generationen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, insbesondere in Gebieten mit geringer wirtschaftlicher Unabhängigkeit und in denen junge

Menschen länger brauchen, um ihre Familie zu verlassen; fordert die Mitgliedstaaten und die lokalen Behörden auf, Maßnahmen zu fördern, die jungen Menschen den Zugang zu Wohnungsbaukrediten ermöglichen, einschließlich Anreizen wie ermäßigten Transaktionsraten für junge Käufer und Erstkäufer; fordert Befreiungen von der Transaktionssteuer für Erstkäufer, die das Grundstück für einen bestimmten Zeitraum bewohnen; unterstützt die Bereitstellung zinsgünstiger Darlehen für Erstkäufer; ***fordert nachdrücklich die Einführung von Garantien, die bis zu 100 % der Investitionen abdecken, um jungen Erstkäufern den Zugang zu Krediten zu erleichtern, ohne die finanzielle Stabilität der Haushalte zu gefährden oder den Marktpreis zu erhöhen;***	Menschen länger brauchen, um ihre Familie zu verlassen; fordert die Mitgliedstaaten und die lokalen Behörden auf, Maßnahmen zu fördern, die jungen Menschen den Zugang zu Wohnungsbaukrediten ermöglichen, einschließlich Anreizen wie ermäßigten Transaktionsraten für junge Käufer und Erstkäufer; fordert Befreiungen von der Transaktionssteuer für Erstkäufer, die das Grundstück für einen bestimmten Zeitraum bewohnen; unterstützt die Bereitstellung zinsgünstiger Darlehen für Erstkäufer;

Or. en

Änderungsantrag 1233
Borja Giménez Larraz, Nikolina Brnjac, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, David Casa, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Marco Falcone, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. betont, dass jüngeren und künftigen Generationen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, insbesondere in Gebieten mit geringer wirtschaftlicher Unabhängigkeit und in denen junge Menschen länger brauchen, um ihre Familie zu verlassen; fordert die Mitgliedstaaten und die lokalen Behörden auf, Maßnahmen zu fördern, die jungen Menschen den Zugang zu Wohnungsbaukrediten ermöglichen, einschließlich Anreizen wie ermäßigten Transaktionsraten für junge Käufer und	22. betont, dass jüngeren und künftigen Generationen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, insbesondere in Gebieten mit geringer wirtschaftlicher Unabhängigkeit und in denen junge Menschen länger brauchen, um ihre Familie zu verlassen; fordert die Mitgliedstaaten und die lokalen Behörden auf, Maßnahmen zu fördern, die jungen Menschen den Zugang zu Wohnungsbaukrediten ermöglichen, einschließlich Anreizen wie ermäßigten Transaktionsraten für junge Käufer und

Erstkäufer; fordert Befreiungen von der Transaktionssteuer für Erstkäufer, die das Grundstück für einen bestimmten Zeitraum bewohnen; unterstützt die Bereitstellung zinsgünstiger Darlehen für Erstkäufer; ***fordert nachdrücklich die Einführung von Garantien, die bis zu 100 % der Investitionen abdecken, um jungen Erstkäufern den Zugang zu Krediten zu erleichtern, ohne*** die finanzielle Stabilität ***der Haushalte zu gefährden oder den Marktpreis zu erhöhen***;	Erstkäufer; fordert Befreiungen von der Transaktionssteuer für Erstkäufer, die das Grundstück für einen bestimmten Zeitraum bewohnen; unterstützt die Bereitstellung zinsgünstiger Darlehen für Erstkäufer; ***ist der Auffassung, dass staatlich garantierte Bürgschaften sicherstellen müssen, dass Banken gründliche Risikobewertungen durchführen, sorgfältig prüfen, wem sie Hypotheken gewähren, und ihre Kreditportfolios verantwortungsbewusst verwalten, um so Anreize auszugleichen, Banken zur Kreditvergabe zu ermutigen,*** die finanzielle Stabilität ***sicherzustellen und zu einem nachhaltigen und fairen System der Immobilienfinanzierung beizutragen***;
	Or. en

Änderungsantrag 1234
Andreas Schieder

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. betont, dass jüngeren und künftigen Generationen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, insbesondere in Gebieten mit geringer wirtschaftlicher Unabhängigkeit und in denen junge Menschen länger brauchen, um ihre Familie zu verlassen; fordert die Mitgliedstaaten und die lokalen Behörden auf, Maßnahmen ***zu fördern, die jungen Menschen den Zugang zu Wohnungsbaukrediten ermöglichen, einschließlich Anreizen wie ermäßigten Transaktionsraten für junge Käufer und Erstkäufer; fordert Befreiungen von der Transaktionssteuer für Erstkäufer, die das Grundstück für einen bestimmten Zeitraum bewohnen; unterstützt die Bereitstellung zinsgünstiger Darlehen für Erstkäufer***; fordert ***nachdrücklich die***	22. betont, dass jüngeren und künftigen Generationen ***beim Zugang zu sicherem, erschwinglichem und qualitativ hochwertigem Wohnraum*** besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, insbesondere in Gebieten mit geringer wirtschaftlicher Unabhängigkeit und in denen junge Menschen länger brauchen, um ihre Familie zu verlassen; fordert die Mitgliedstaaten und die lokalen Behörden auf, Maßnahmen ***zur Förderung der Wohnraumneutralität zu ergreifen, um eine breite Palette geeigneter Wohnraumlösungen unabhängig von Einkommen, Alter oder Geschlecht bereitzustellen; fordert die Mitgliedstaaten und lokalen Behörden auf, ein breites Spektrum an erschwinglichen Wohnlösungen anzubieten, die der***

Einführung von Garantien, die bis zu 100 % der Investitionen ***abdecken, um jungen Erstkäufern den Zugang zu Krediten zu erleichtern, ohne die finanzielle Stabilität der Haushalte zu gefährden oder den Marktpreis zu erhöhen;***

Vielfalt junger Menschen gerecht werden, einschließlich sozialer, öffentlicher, genossenschaftlicher, Ausbildungs- und Studierendenwohnungen sowie Co-Housing-Optionen, die entweder das Zusammenleben von jungen Menschen untereinander oder von jungen Menschen mit älteren Personen in unzureichend genutzten Unterkünften ermöglichen; fordert Investitionen ***in erschwingliche Mietoptionen und Wohnungsbeihilfen, um allen jungen Menschen unabhängig von ihrem Einkommen oder ihrer finanziellen Situation einen gerechten Zugang zu Wohnraum sicherzustellen;***

Or. en

Änderungsantrag 1235
Julie Rechagneux, Marie Dauchy, Anne-Sophie Frigout, France Jamet, Mathilde Androuët, Catherine Griset, György Hölvényi, Marie-Luce Brasier-Clain, Aleksandar Nikolic, Mélanie Disdier, Klara Dostalova, Rachel Blom

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. betont, dass jüngeren und künftigen Generationen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, insbesondere in Gebieten mit geringer wirtschaftlicher Unabhängigkeit und in denen junge Menschen länger brauchen, um ihre Familie zu verlassen; fordert die Mitgliedstaaten und die lokalen Behörden auf, Maßnahmen zu fördern, die jungen Menschen den Zugang zu Wohnungsbaukrediten ermöglichen, einschließlich Anreizen wie ermäßigten Transaktionsraten für junge Käufer und Erstkäufer; fordert Befreiungen von der Transaktionssteuer für Erstkäufer, die das Grundstück für einen bestimmten Zeitraum bewohnen; unterstützt die Bereitstellung zinsgünstiger Darlehen für Erstkäufer; fordert nachdrücklich die Einführung von	22. betont, dass jüngeren und künftigen Generationen ***als Eckpfeiler der Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten der Union*** besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, insbesondere in Gebieten mit geringer wirtschaftlicher Unabhängigkeit und in denen junge Menschen länger brauchen, um ihre Familie zu verlassen; fordert die Mitgliedstaaten und die lokalen Behörden auf, Maßnahmen zu fördern, die jungen Menschen den Zugang zu Wohnungsbaukrediten ermöglichen, einschließlich Anreizen wie ermäßigten Transaktionsraten für junge Käufer und Erstkäufer; fordert Befreiungen von der Transaktionssteuer für Erstkäufer, die das Grundstück für einen bestimmten Zeitraum bewohnen; unterstützt die Bereitstellung

Garantien, die bis zu 100 % der Investitionen abdecken, um jungen Erstkäufern den Zugang zu Krediten zu erleichtern, ohne die finanzielle Stabilität der Haushalte zu gefährden oder den Marktpreis zu erhöhen;	zinsgünstiger Darlehen für Erstkäufer; fordert nachdrücklich die Einführung von Garantien, die bis zu 100 % der Investitionen abdecken, um jungen Erstkäufern den Zugang zu Krediten zu erleichtern, ohne die finanzielle Stabilität der Haushalte zu gefährden oder den Marktpreis zu erhöhen;

Or. en

Änderungsantrag 1236
Julie Rechagneux, Marie-Luce Brasier-Clain, Aleksandar Nikolic, Rachel Blom

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. betont, dass jüngeren und künftigen Generationen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, insbesondere in Gebieten mit geringer wirtschaftlicher Unabhängigkeit und in denen junge Menschen länger brauchen, um ihre Familie zu verlassen; fordert die Mitgliedstaaten und die lokalen Behörden auf, Maßnahmen zu fördern, die jungen Menschen den Zugang zu Wohnungsbaukrediten ermöglichen, einschließlich Anreizen wie ermäßigten Transaktionsraten für junge Käufer und Erstkäufer; fordert Befreiungen von der Transaktionssteuer für Erstkäufer, die das Grundstück für einen bestimmten Zeitraum bewohnen; unterstützt die Bereitstellung zinsgünstiger Darlehen für Erstkäufer; fordert nachdrücklich die Einführung von Garantien, die bis zu 100 % der Investitionen abdecken, um jungen Erstkäufern den Zugang zu Krediten zu erleichtern, ohne die finanzielle Stabilität der Haushalte zu gefährden oder den Marktpreis zu erhöhen;	22. betont, dass jüngeren und künftigen Generationen ***als Grundlage der Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union*** besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, insbesondere in Gebieten mit geringer wirtschaftlicher Unabhängigkeit und in denen junge Menschen länger brauchen, um ihre Familie zu verlassen; fordert die Mitgliedstaaten und die lokalen Behörden auf, Maßnahmen zu fördern, die jungen Menschen den Zugang zu Wohnungsbaukrediten ermöglichen, einschließlich Anreizen wie ermäßigten Transaktionsraten für junge Käufer und Erstkäufer; fordert Befreiungen von der Transaktionssteuer für Erstkäufer, die das Grundstück für einen bestimmten Zeitraum bewohnen; unterstützt die Bereitstellung zinsgünstiger Darlehen für Erstkäufer; fordert nachdrücklich die Einführung von Garantien, die bis zu 100 % der Investitionen abdecken, um jungen Erstkäufern den Zugang zu Krediten zu erleichtern, ohne die finanzielle Stabilität der Haushalte zu gefährden oder den Marktpreis zu erhöhen;

Or. fr

Änderungsantrag 1237
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, David Casa, Maravillas Abadía Jover, Inese Vaidere, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Marco Falcone, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. betont, dass jüngeren und künftigen Generationen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, insbesondere in Gebieten mit geringer wirtschaftlicher Unabhängigkeit und in denen junge Menschen länger brauchen, um ihre Familie zu verlassen; fordert die Mitgliedstaaten und die lokalen Behörden auf, Maßnahmen zu fördern, die jungen Menschen den Zugang zu Wohnungsbaukrediten ermöglichen, einschließlich Anreizen wie ermäßigten Transaktionsraten für junge Käufer und Erstkäufer; fordert Befreiungen von der Transaktionssteuer für Erstkäufer, die das Grundstück für einen bestimmten Zeitraum bewohnen; unterstützt die Bereitstellung zinsgünstiger Darlehen für Erstkäufer; fordert nachdrücklich die Einführung von Garantien, die bis zu 100 % der Investitionen abdecken, um jungen Erstkäufern den Zugang zu Krediten zu erleichtern, ohne die finanzielle Stabilität der Haushalte zu gefährden oder den Marktpreis zu erhöhen;	22. betont, dass jüngeren und künftigen Generationen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, insbesondere in Gebieten mit geringer wirtschaftlicher Unabhängigkeit und in denen junge Menschen länger brauchen, um ihre Familie zu verlassen; fordert die Mitgliedstaaten und die lokalen Behörden auf, Maßnahmen zu fördern, die ***mit vereinfachten Verfahren*** jungen Menschen den Zugang zu Wohnungsbaukrediten ermöglichen, einschließlich Anreizen wie ermäßigten Transaktionsraten für junge Käufer und Erstkäufer; fordert Befreiungen von der Transaktionssteuer für Erstkäufer, die das Grundstück für einen bestimmten Zeitraum bewohnen; unterstützt die Bereitstellung zinsgünstiger Darlehen für Erstkäufer; fordert nachdrücklich die Einführung von Garantien, die bis zu 100 % der Investitionen abdecken, um jungen Erstkäufern den Zugang zu Krediten zu erleichtern, ohne die finanzielle Stabilität der Haushalte zu gefährden oder den Marktpreis zu erhöhen;

Or. en

Änderungsantrag 1238

Manon Aubry, Arash Saeidi, Anthony Smith, Giorgos Georgiou, Estrella Galán, Damien Carême, Rima Hassan, Younous Omarjee, Marina Mesure, Catarina Martins, Emma Fourreau, Gaetano Pedulla'
im Namen der Fraktion The Left
Irene Montero, Ilaria Salis, Martin Schirdewan
im Namen des Sonderausschusses zur Wohnraumkrise in der Europäischen Union
Leila Chaibi

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. betont, dass jüngeren und künftigen Generationen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, insbesondere in Gebieten mit geringer wirtschaftlicher Unabhängigkeit und in denen junge Menschen länger brauchen, um ihre Familie zu verlassen; fordert die Mitgliedstaaten und ***die*** lokalen Behörden auf, Maßnahmen zu fördern, die jungen Menschen den Zugang zu ***Wohnungsbaukrediten*** ermöglichen, ***einschließlich Anreizen wie ermäßigten Transaktionsraten*** für junge Käufer und Erstkäufer***; fordert Befreiungen von der Transaktionssteuer für Erstkäufer, die das Grundstück für einen bestimmten Zeitraum bewohnen; unterstützt die Bereitstellung zinsgünstiger Darlehen für Erstkäufer***; fordert nachdrücklich die Einführung von Garantien, die bis zu 100 % der Investitionen abdecken, um jungen Erstkäufern den Zugang zu Krediten zu erleichtern, ohne die finanzielle Stabilität der Haushalte zu gefährden oder den Marktpreis zu erhöhen;	22. betont, dass jüngeren und künftigen Generationen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, insbesondere in Gebieten mit geringer wirtschaftlicher Unabhängigkeit und in denen junge Menschen länger brauchen, um ihre Familie zu verlassen; fordert die Mitgliedstaaten und lokalen Behörden auf, Maßnahmen zu fördern, die jungen Menschen ***zu Beginn ihrer Hochschulausbildung*** den Zugang zu ***menschenwürdigem und erschwinglichem Wohnraum*** ermöglichen, ***sowie Wohnungsbaudarlehen, wenn sie den Kauf einer Immobilie in Betracht ziehen, einschließlich Anreizmaßnahmen wie Mietobergrenzen, wie sie von vielen Kommunen eingeführt wurden, und reduzierte Transaktionsgebühren*** für junge Käufer und Erstkäufer ***von Wohnimmobilien***; fordert nachdrücklich die Einführung von Garantien, die bis zu 100 % der Investitionen abdecken, um jungen Erstkäufern den Zugang zu Krediten zu erleichtern, ohne die finanzielle Stabilität der Haushalte zu gefährden oder den Marktpreis zu erhöhen;

Or. en

Änderungsantrag 1239
Brigitte van den Berg, Barry Cowen, Martin Hojsík, Oihane Agirregoitia Martínez

Entschließungsantrag

Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. betont, dass jüngeren und künftigen Generationen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, insbesondere in Gebieten mit geringer wirtschaftlicher Unabhängigkeit und in denen junge Menschen länger brauchen, um ihre Familie zu verlassen; fordert die Mitgliedstaaten und die lokalen Behörden auf, Maßnahmen zu fördern, die jungen Menschen den Zugang zu Wohnungsbaukrediten ermöglichen, einschließlich Anreizen wie ermäßigten Transaktionsraten für junge Käufer und Erstkäufer; fordert Befreiungen von der Transaktionssteuer für Erstkäufer, die das Grundstück für einen bestimmten Zeitraum bewohnen; unterstützt die Bereitstellung zinsgünstiger Darlehen für Erstkäufer; fordert nachdrücklich die Einführung von Garantien, die bis zu 100 % der Investitionen abdecken, um jungen Erstkäufern den Zugang zu Krediten zu erleichtern, ohne die finanzielle Stabilität der Haushalte zu gefährden ***oder den Marktpreis*** zu ***erhöhen***;	22. betont, dass jüngeren und künftigen Generationen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, insbesondere in Gebieten mit geringer wirtschaftlicher Unabhängigkeit und in denen junge Menschen länger brauchen, um ihre Familie zu verlassen; fordert die Mitgliedstaaten und die lokalen Behörden auf, Maßnahmen zu fördern, die jungen Menschen den Zugang zu Wohnungsbaukrediten ermöglichen, einschließlich Anreizen wie ermäßigten Transaktionsraten für junge Käufer und Erstkäufer; fordert Befreiungen von der Transaktionssteuer für Erstkäufer, die das Grundstück für einen bestimmten Zeitraum bewohnen; unterstützt die Bereitstellung zinsgünstiger Darlehen für Erstkäufer; fordert nachdrücklich die Einführung von Garantien, die bis zu 100 % der Investitionen abdecken, um jungen Erstkäufern den Zugang zu Krediten zu erleichtern, ohne die finanzielle Stabilität der Haushalte zu gefährden ***und Marktverzerrungen*** zu ***begrenzen***;

Or. en

Änderungsantrag 1240
Aodhán Ó Ríordáin, Andreas Schieder, Gabriele Bischoff, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Nora Mebarek, Isilda Gomes, Joanna Scheuring-Wielgus, Yannis Maniatis, Marko Vešligaj

Entschließungsantrag
Ziffer 22 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22a. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Regulierung und makroprudenzielle Maßnahmen auf den Hypothekenmärkten zu stärken, die Erstkäufer begünstigen, Buy-to-Let-

Finanzierungen einschränken und Kredite an Immobilienfonds begrenzen, um systemische Risiken im Zusammenhang mit Immobilienfinanzierungen zu verringern und einen gerechten Zugang zu Wohnraum zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 1241
Ciaran Mullooly

Entschließungsantrag
Ziffer 22 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22a. fordert die Mitgliedstaaten dringend auf, die Planungsvorschriften so anzupassen, dass junge Menschen auf im Besitz ihrer Familie befindlichen Grundstücken erschwingliche Wohnungen errichten können, um ländliche und generationenübergreifende Wohnlösungen zu ermöglichen;

Or. en

Änderungsantrag 1242
Ciaran Mullooly

Entschließungsantrag
Ziffer 22 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22b. fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, einen geeigneten Rahmen zu schaffen, in dem die Kriterien festgelegt sind, nach denen Hochschulen und Universitäten Mittel für den Bau von Studentenwohnheimen aufnehmen können;

Or. en

Änderungsantrag 1243
Klara Dostalova, Julie Rechagneux, Ondřej Knotek, Jaroslav Bžoch, Rachel Blom, Tomáš Kubín

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, einen besseren Zugang zu Mietwohnungslösungen wie Wohnraum für Studierende zu fördern, insbesondere um die nationale Mobilität von Studierenden, die in eine andere Stadt umziehen, sowie für Erasmus+-Erfahrungen, akademischen Austausch und Praktika zu unterstützen;	23. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, einen besseren Zugang zu Mietwohnungslösungen wie Wohnraum für Studierende zu fördern, insbesondere um die nationale Mobilität von Studierenden, die in eine andere Stadt umziehen, sowie für Erasmus+-Erfahrungen, akademischen Austausch und Praktika zu unterstützen; ***betont, wie wichtig es ist, erschwingliche Wohnheime und praktische Wohnmöglichkeiten für Studierende auszubauen, damit die Unterstützung nicht nur den Teilnehmern an internationalen Mobilitätsprogrammen zugutekommt, sondern auch der Mehrheit der Studierenden, die mit alltäglichen Wohnungsproblemen konfrontiert sind;***

Or. en

Änderungsantrag 1244
Leila Chaibi, Irene Montero, Ilaria Salis, Martin Schirdewan, Manon Aubry, Arash Saeidi, Anthony Smith, Giorgos Georgiou, Estrella Galán, Damien Carême, Rima Hassan, Younous Omarjee, Marina Mesure, Catarina Martins, Emma Fourreau, Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, einen besseren Zugang zu Mietwohnungslösungen wie Wohnraum	23. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten ***nachdrücklich*** auf, einen besseren Zugang zu

für Studierende zu fördern, insbesondere um die nationale Mobilität von Studierenden, die in eine andere Stadt umziehen, sowie für Erasmus+-Erfahrungen, akademischen Austausch und Praktika zu unterstützen;

Mietwohnungslösungen wie Wohnraum für Studierende zu fördern, insbesondere um die nationale Mobilität von Studierenden, die in eine andere Stadt umziehen, sowie für Erasmus+-Erfahrungen, akademischen Austausch und Praktika zu unterstützen; ***fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die missbräuchliche Vermietung von Immobilien, die häufig nicht den Mindeststandards entsprechen, durch Zwangsmaßnahmen gegen solche Vermieter zu bekämpfen;***

Or. en

Änderungsantrag 1245
Aodhán Ó Ríordáin, Andreas Schieder, Gabriele Bischoff, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Nora Mebarek, Isilda Gomes, Joanna Scheuring-Wielgus, Yannis Maniatis, Marko Vešligaj

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. fordert die Kommission und ***die*** Mitgliedstaaten auf, einen besseren Zugang zu Mietwohnungslösungen wie Wohnraum für Studierende zu fördern, insbesondere um die nationale Mobilität von Studierenden, die in eine andere Stadt umziehen, sowie für Erasmus+-Erfahrungen, akademischen Austausch und Praktika zu unterstützen;	23. fordert die Kommission und Mitgliedstaaten auf, einen besseren Zugang ***von Studierenden*** zu Mietwohnungslösungen wie ***speziellem öffentlichem*** Wohnraum für Studierende zu fördern, insbesondere um die nationale Mobilität von Studierenden, die in eine andere Stadt umziehen, sowie für Erasmus+-Erfahrungen, akademischen Austausch und Praktika zu unterstützen; ***fordert ferner, dass spezielle Leitlinien zu Wohnrechten in Erasmus+ 2028-2033 aufgenommen werden, um sicherzustellen, dass alle Studierenden, insbesondere internationale Studierende, in jedem Mitgliedstaat über ihre Rechte informiert werden;***

Or. en

Änderungsantrag 1246
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, David Casa, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Marco Falcone, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, einen besseren Zugang zu Mietwohnungslösungen wie Wohnraum für Studierende zu fördern, insbesondere um die nationale Mobilität von Studierenden, die in eine andere Stadt umziehen, sowie für Erasmus+-Erfahrungen, akademischen Austausch und Praktika zu unterstützen;	23. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, einen besseren Zugang zu Mietwohnungslösungen wie Wohnraum für Studierende zu fördern, insbesondere um die nationale Mobilität von Studierenden, die in eine andere Stadt umziehen, sowie für Erasmus+-Erfahrungen, akademischen Austausch und Praktika zu unterstützen; ***fordert die Mitgliedstaaten auf, nationale Wohnungsbau-Strategien zu entwickeln, die Bestimmungen für Studierendenwohnraum enthalten und die Nachfrage der Studierenden vom allgemeinen Wohnungsmarkt entkoppeln, um den Bestand an öffentlichen und privaten Studierendenunterkünften zu verbessern;***

Or. en

Änderungsantrag 1247
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, David Casa, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Marco Falcone, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, einen besseren Zugang zu Mietwohnungslösungen wie Wohnraum für Studierende zu fördern, insbesondere	23. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, einen besseren Zugang zu Mietwohnungslösungen wie Wohnraum für Studierende zu fördern, insbesondere

um die nationale Mobilität von Studierenden, die in eine andere Stadt umziehen, sowie für Erasmus+-Erfahrungen, akademischen Austausch und Praktika zu unterstützen;	um die nationale Mobilität von Studierenden, die in eine andere Stadt umziehen, sowie für Erasmus+-Erfahrungen, akademischen Austausch und Praktika zu unterstützen; ***fordert die Union auf, Jugendwohnraum in ihre Investitionen und politische Agenda einzubeziehen, unter anderem durch die Unterstützung der Finanzierung von Studierendenzentren und weiteren Wohnprojekten für junge Menschen im Rahmen öffentlich-privater Partnerschaften;***

Or. en

Änderungsantrag 1248
Oihane Agirregoitia Martínez

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, einen besseren Zugang zu Mietwohnungslösungen wie Wohnraum für Studierende zu fördern, insbesondere um die nationale Mobilität von Studierenden, die in eine andere Stadt umziehen, sowie für Erasmus+-Erfahrungen, akademischen Austausch und Praktika zu unterstützen;	23. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, einen besseren Zugang zu Mietwohnungslösungen wie Wohnraum für Studierende zu fördern, insbesondere um die nationale Mobilität von Studierenden, die in eine andere Stadt umziehen, sowie für Erasmus+-Erfahrungen, akademischen Austausch und Praktika zu unterstützen; ***fordert, auch die Arbeitnehmer zu berücksichtigen, die aufgrund ihrer Arbeit zur Entsendung gezwungen wurden, was unmittelbare Auswirkungen auf die Qualität und Häufigkeit der öffentlichen Dienstleistungen hat;***

Or. es

Änderungsantrag 1249
Ciaran Mullooly, Brigitte van den Berg

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, einen besseren Zugang zu Mietwohnungslösungen wie Wohnraum für Studierende zu fördern, insbesondere um die nationale Mobilität von Studierenden, die in eine andere Stadt umziehen, sowie für Erasmus+-Erfahrungen, akademischen Austausch und Praktika zu unterstützen;	23. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, einen besseren Zugang zu Mietwohnungslösungen wie Wohnraum für Studierende zu fördern, insbesondere um die nationale Mobilität von Studierenden, die in eine andere Stadt umziehen, sowie für Erasmus+-Erfahrungen, akademischen Austausch und Praktika zu unterstützen; ***fordert die Mitgliedstaaten auf, Anreize für die Entwicklung erschwinglicher Studierendenunterkünfte in Hochschulnähe zu schaffen, um der wachsenden Nachfrage gerecht zu werden;***

Or. en

Änderungsantrag 1250
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, ***einen besseren Zugang zu*** Mietwohnungslösungen ***wie Wohnraum für Studierende zu fördern, insbesondere*** um die nationale Mobilität von Studierenden, die in eine andere Stadt umziehen, sowie für Erasmus+-Erfahrungen, akademischen Austausch und Praktika zu unterstützen;	23. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, ***bezahlbare, nachhaltige und menschenwürdige*** Mietwohnungslösungen ***sicherzustellen, unter anderem durch die Sicherstellung öffentlicher oder gemeinnütziger Eigentumsanforderungen für Wohnraum für Studierende sowie dessen deutlich verbesserte Verfügbarkeit,*** um die nationale Mobilität von Studierenden, die in eine andere Stadt umziehen, sowie für Erasmus+-Erfahrungen, akademischen Austausch und Praktika zu unterstützen;

Or. en

Änderungsantrag 1251
Georgiana Teodorescu, Antonella Sberna, Alessandro Ciriani, Lara Magoni, Nora Junco García

Entschließungsantrag
Ziffer 23 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23a. fordert die Kommission auf, ein europäisches Modell für Wohnraum für Studierende auf den Weg zu bringen, das über die bloße Unterbringung hinausgeht, um das Wohlergehen der Studierenden, das Gemeinschaftsleben und das persönliche Wachstum zu fördern; betont, dass die Sicherstellung eines erschwinglichen Zugangs zu hochwertigem Wohnraum für Studierende, in dem Bildungs- und Gemeinschaftsdienste angeboten werden, innovative öffentlich-private Finanzierungsmodelle erfordert, bei denen die Beiträge des privaten Sektors durch öffentliche Unterstützung ergänzt werden; spricht sich dafür aus, im nächsten EU-Haushalt ein Pilotprojekt einzurichten, um integrierte Modelle für Wohnraum für Studierende, die erschwinglichen Wohnraum mit Bildungs- und Gemeinschaftsprogrammen verbinden und durch öffentlich-private Finanzierungsrahmen unterstützt werden, in den Mitgliedstaaten zu replizieren und zu skalieren; fordert, die Ergebnisse des Pilotprojekts in zukünftige EU-Politiken zu Wohnraum für Studierende, Fähigkeiten junger Menschen und deren Wohlbefinden einfließen zu lassen;

Or. en

Änderungsantrag 1252

Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, David Casa, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 23 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23a. fordert die Prüfung steuerlicher Anreize für Immobilieneigentümer, die Wohnraum im Rahmen langfristiger Verträge an Familien oder junge Menschen vermieten, insbesondere in Gebieten mit stark steigenden Wohnungspreisen, die durch Marktkräfte getrieben werden; schlägt vor, dass auch andere finanzielle Anreize für Immobilieneigentümer die Preise senken und gleichzeitig die Anzahl der zur Vermietung verfügbaren Wohnungen erhöhen können; betont, wie wichtig es ist, administrative und transaktionsbezogene Verfahren, einschließlich zusätzlicher und wohnungsbezogener Kosten, zu vereinfachen, um Transparenz, Planbarkeit und Erschwinglichkeit – insbesondere für junge Menschen und Erstkäufer in der gesamten Union – zu erhöhen;

Or. en

Änderungsantrag 1253
Marco Falcone, Flavio Tosi, Caterina Chinnici, Letizia Moratti, Massimiliano Salini, Salvatore De Meo, Giusi Princi, Fulvio Martusciello

Entschließungsantrag
Ziffer 23 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23a. fordert die Kommission auf, ein europäisches Modell für Wohnraum für Studierende auf den Weg zu bringen, das

über die bloße Unterbringung hinausgeht, um das Wohlergehen der Studierenden, das Gemeinschaftsleben und das persönliche Wachstum zu fördern; betont, dass die Wohnungspolitik der EU mit den bereichsübergreifenden Zielen in den Bereichen Lebenskompetenzen, bürgerschaftliches Engagement und psychische Gesundheit im Einklang stehen sollte, wie sie in der Mitteilung „Union der Kompetenzen“ und der Europäischen Jugendstrategie 2019–2027 dargelegt sind;

Or. en

Änderungsantrag 1254
Aodhán Ó Ríordáin, Andreas Schieder, Gabriele Bischoff, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Nora Mebarek, Isilda Gomes, Joanna Scheuring-Wielgus, Yannis Maniatis, Marko Vešligaj

Entschließungsantrag
Ziffer 23 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23a. betont, dass erschwinglicher Wohnraum für Studierende als strategische Dimension der Bildungspolitik anerkannt werden muss, und fordert seine Einbeziehung in die nationalen Reformprogramme der Mitgliedstaaten im Rahmen des Europäischen Semesters; fordert, dass mit EU-Mitteln gezielte Anreize für den Bau von erschwinglichem und menschenwürdigem Wohnraum für Studierende geschaffen werden;

Or. en

Änderungsantrag 1255
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag

Ziffer 23 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23a. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Unterstützung für Renovierungsfähigkeiten zu verstärken, einschließlich energieeffizienter und kreislauforientierter Baumethoden, insbesondere für von KMU geführte Akteure und in beruflichen Ausbildungsprogrammen;

Or. en

Änderungsantrag 1256
Klara Dostalova, Julie Rechagneux, Ondřej Knotek, Jaroslav Bžoch, Tomáš Kubín

Entschließungsantrag
Ziffer 23 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23a. fordert die Mitgliedstaaten auf, Bürgschaftsregelungen oder andere Finanzierungsinstrumente einzuführen, um den Zugang junger Familien zu Hypotheken zu verbessern und sicherzustellen, dass solche Maßnahmen nicht zu einem starken Anstieg der Wohnimmobilienpreise führen;

Or. en

Änderungsantrag 1257
Marco Falcone, Flavio Tosi, Caterina Chinnici, Letizia Moratti, Massimiliano Salini, Salvatore De Meo, Giusi Princi, Fulvio Martusciello

Entschließungsantrag
Ziffer 23 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23b. betont, dass die Sicherstellung eines erschwinglichen Zugangs zu

hochwertigem Wohnraum für Studierende, in dem Bildungs- und Gemeinschaftsdienste angeboten werden, innovative öffentlich-private Finanzierungsmodelle erfordert, bei denen die öffentliche Unterstützung die Beiträge des privaten und gemeinnützigen Sektors mit nachgewiesener Erfahrung im Bereich Wohnraum für Studierende ergänzt;

Or. en

Änderungsantrag 1258
Aodhán Ó Ríordáin, Andreas Schieder, Gabriele Bischoff, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Nora Mebarek, Isilda Gomes, Joanna Scheuring-Wielgus, Yannis Maniatis, Marko Vešligaj

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 17 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Kinder

Or. en

Änderungsantrag 1259
Aodhán Ó Ríordáin, Andreas Schieder, Gabriele Bischoff, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Nora Mebarek, Isilda Gomes, Joanna Scheuring-Wielgus, Yannis Maniatis, Marko Vešligaj

Entschließungsantrag
Ziffer 23 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23b. fordert die Kommission auf, im Einklang mit der europäischen Säule sozialer Rechte und dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes eine verbindliche Verpflichtung der EU zur Beseitigung der Wohnarmut von Kindern vorzuschlagen, um sicherzustellen, dass ab 2030 kein

Kind mehr in einer kalten, überhitzten, überfüllten oder unzureichenden Unterkunft lebt; betont, dass das Leben in unsicheren oder menschenunwürdigen Wohnungen eine Verletzung der Grundrechte von Kindern darstellt und ihre Gesundheit, Bildung und Chancengleichheit untergräbt;

Or. en

Änderungsantrag 1260
Marco Falcone, Flavio Tosi, Caterina Chinnici, Letizia Moratti, Massimiliano Salini, Salvatore De Meo, Giusi Princi, Fulvio Martusciello

Entschließungsantrag
Ziffer 23 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23c. fordert, dass im Rahmen der derzeitigen und künftigen europäischen Finanzierungsinstrumente, die Wohnraum umfassen, sowie im Rahmen der gesamteuropäischen Investitionsplattform für nachhaltigen und erschwinglichen Wohnraum durch die Europäische Investitionsbank (EIB) eine spezielle Finanzierungslinie für hochwertigen Wohnraum für Studierende eingerichtet wird, in deren Rahmen neben der bloßen Unterbringung auch Bildungs- und Gemeinschaftsdienste angeboten werden;

Or. en

Änderungsantrag 1261
Aodhán Ó Ríordáin, Andreas Schieder, Gabriele Bischoff, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Nora Mebarek, Isilda Gomes, Joanna Scheuring-Wielgus, Yannis Maniatis, Marko Vešligaj

Entschließungsantrag
Ziffer 23 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23c. fordert die Mitgliedstaaten auf, verbindliche nationale Ziele und Maßnahmen zu verabschieden, um die Zwangsräumung von Unterkünften, in denen Kinder wohnen, zu verhindern, einschließlich eines ausdrücklichen Verbots der Räumung von Unterkünften, in denen Familien mit Kindern wohnen; fordert ein sofortiges öffentliches Eingreifen für bedürftige Familien durch die Aktivierung spezieller öffentlicher Mittel, die direkt von den lokalen Behörden verwaltet werden, um vorübergehend Unterkünfte zur Verfügung zu stellen oder ein dauerhaftes Mietverhältnis sicherzustellen und die kurzfristige Schutzbedürftigkeit anzugehen;

Or. en

Änderungsantrag 1262
Aodhán Ó Ríordáin, Andreas Schieder, Gabriele Bischoff, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Nora Mebarek, Isilda Gomes, Joanna Scheuring-Wielgus, Yannis Maniatis, Marko Vešligaj

Entschließungsantrag
Ziffer 23 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23d. fordert eine erhebliche Aufstockung der Europäischen Garantie für Kinder mit einem eigenen Budget von mindestens 20 Mrd. EUR, um den Zugang zu angemessenem Wohnraum und den damit verbundenen sozialen Bedürfnissen sicherzustellen; fordert eine jährliche Überwachung und Berichterstattung über die Fortschritte bei der Beendigung der Wohnarmut bei Kindern in der gesamten Union;

Or. en

Änderungsantrag 1263
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 23 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23b. ist fest davon überzeugt, dass die Finanzialisierung und Spekulation im Bereich des Wohnraums für Studierende zurückgedrängt werden muss, indem Anforderungen an öffentliches oder gemeinnütziges Eigentum sichergestellt werden, um dafür zu sorgen, dass Wohnraum für Studierende dauerhaft menschenwürdig, nachhaltig und für Studierende erschwinglich bleibt;

Or. en

Änderungsantrag 1264
Georgiana Teodorescu, Antonella Sberna, Alessandro Ciriani, Lara Magoni, Nora Junco García

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. fordert die Mitgliedstaaten auf, ***maßgeschneiderte*** Programme zu prüfen***, einschließlich der Bereitstellung erschwinglichen Wohnraums***, um die Schwierigkeiten beim Zugang zu Wohnraum für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen anzugehen, wobei strategischen und systemrelevanten Arbeitskräften wie Ärzten und Pflegekräften, Lehrern und ***Sicherheitsbeamten*** besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist;	24. fordert die Mitgliedstaaten auf, ***gezielte*** Programme ***des sozialen Wohnungsbaus*** zu prüfen***, deren Zugangskriterien auf die tatsächliche Beitragsfähigkeit abgestimmt sind und die Instrumente wie einkommensindexierte erschwingliche Mieten, langfristige Mietverträge für junge Arbeitnehmer und gezielte Kreditgarantiemechanismen umfassen***, um die Schwierigkeiten beim Zugang zu Wohnraum für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen anzugehen, wobei strategischen und systemrelevanten Arbeitskräften wie Ärzten und Pflegekräften, Lehrern**,**

Polizeibeamten, Feuerwehrleuten, Sozial- und Pflegekräften und ***anderen wichtigen Beschäftigten im öffentlichen Dienst,*** besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist***, und ausgewogene vertragliche Rahmenbedingungen zu gewährleisten, die sowohl schutzbedürftige Mieter als auch kleine Vermieter vor Zahlungsausfällen oder Missbrauch schützen, die das Vertrauen in den Mietmarkt untergraben***;

Or. en

Änderungsantrag 1265
Aodhán Ó Ríordáin, Andreas Schieder, Gabriele Bischoff, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Nora Mebarek, Isilda Gomes, Joanna Scheuring-Wielgus, Yannis Maniatis, Marko Vešligaj

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. fordert die Mitgliedstaaten auf, maßgeschneiderte Programme zu ***prüfen, einschließlich der Bereitstellung erschwinglichen Wohnraums***, um die Schwierigkeiten beim Zugang zu Wohnraum für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen anzugehen***, wobei strategischen und systemrelevanten Arbeitskräften wie Ärzten und Pflegekräften, Lehrern und Sicherheitsbeamten besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist***;	24. fordert die Mitgliedstaaten auf, maßgeschneiderte Programme zu ***entwickeln***, um die Schwierigkeiten beim Zugang zu Wohnraum für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen ***sowie für Haushalte ohne Einkommen*** anzugehen; ***betont, dass diese Gruppen bei der Finanzierung durch die EU und die Mitgliedstaaten Vorrang haben müssen, mit den klaren Zielvorgaben, dass mindestens 30 % der neu finanzierten Wohnungen für Geringverdiener und 30 % für Mittelverdiener erschwinglich sein müssen***; ***fordert Unterstützung für das gesamte Spektrum erschwinglicher Wohnraumoptionen, einschließlich Miet-, öffentlicher, genossenschaftlicher und gemeinnütziger Modelle; betont, dass Maßnahmen für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen die langfristige Erschwinglichkeit, den Schutz vor spekulativem Druck und die Förderung stabiler, sicherer***

Mietverhältnisse sicherstellen müssen;

Or. en

Änderungsantrag 1266
Klara Dostalova, Julie Rechagneux, Ondřej Knotek, Jaroslav Bžoch, Rachel Blom, Tomáš Kubín

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. fordert die Mitgliedstaaten auf, maßgeschneiderte Programme zu prüfen, einschließlich der Bereitstellung erschwinglichen Wohnraums, um die Schwierigkeiten beim Zugang zu Wohnraum für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen anzugehen, wobei strategischen und systemrelevanten Arbeitskräften wie Ärzten und Pflegekräften, Lehrern und Sicherheitsbeamten besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist;	24. fordert die Mitgliedstaaten auf, maßgeschneiderte Programme zu prüfen, einschließlich der Bereitstellung erschwinglichen Wohnraums, um die Schwierigkeiten beim Zugang zu Wohnraum für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen anzugehen, wobei ***Familien und Bürgern der Mitgliedstaaten besondere Priorität eingeräumt werden sollte und*** strategischen und systemrelevanten Arbeitskräften wie Ärzten und Pflegekräften, Lehrern und Sicherheitsbeamten besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist; ***betont, dass diese Programme in erster Linie in die Zuständigkeit der nationalen und lokalen Behörden fallen sollten, da sie den lokalen Bedürfnissen Rechnung tragen und unnötige Eingriffe auf EU-Ebene vermeiden sollten;***

Or. en

Änderungsantrag 1267
Inese Vaidere

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

24. fordert die Mitgliedstaaten auf, maßgeschneiderte Programme zu prüfen, einschließlich der Bereitstellung erschwinglichen Wohnraums, um die Schwierigkeiten beim Zugang zu Wohnraum für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen anzugehen, wobei strategischen und systemrelevanten Arbeitskräften wie Ärzten und Pflegekräften, Lehrern und Sicherheitsbeamten besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist;	24. fordert die Mitgliedstaaten auf, maßgeschneiderte Programme zu prüfen, einschließlich der Bereitstellung erschwinglichen Wohnraums, um die Schwierigkeiten beim Zugang zu Wohnraum für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen anzugehen, wobei strategischen und systemrelevanten Arbeitskräften wie Ärzten und Pflegekräften, Lehrern und Sicherheitsbeamten besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist; ***betont, dass es wichtig ist, den Bedarf jener Haushalte zu berücksichtigen, deren Einkommen zwar über der Anspruchsgrenze für Sozialwohnungen liegt, jedoch nicht ausreicht, um Wohnungen zu Marktpreisen zu kaufen oder zu mieten;***

Or. en

Änderungsantrag 1268
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, David Casa, Markus Ferber, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. fordert die Mitgliedstaaten auf, maßgeschneiderte Programme zu prüfen, einschließlich der Bereitstellung erschwinglichen Wohnraums, um die Schwierigkeiten beim Zugang zu Wohnraum für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen anzugehen, wobei strategischen und systemrelevanten Arbeitskräften wie Ärzten und Pflegekräften, Lehrern und Sicherheitsbeamten besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist;	24. fordert die Mitgliedstaaten auf, maßgeschneiderte Programme zu prüfen, einschließlich der Bereitstellung erschwinglichen Wohnraums, um die Schwierigkeiten beim Zugang zu Wohnraum für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen anzugehen, wobei strategischen und systemrelevanten Arbeitskräften wie Ärzten und Pflegekräften, Lehrern und Sicherheitsbeamten besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist; ***fordert die Mitgliedstaaten auf, Wohnmodelle für strategische und systemrelevante Arbeitskräfte als bewährtes Verfahren***

einzuführen;

Or. en

Änderungsantrag 1269
Julie Rechagneux, Marie Dauchy, Anne-Sophie Frigout, France Jamet, Mathilde Androuët, Catherine Griset, György Hölvényi, Marie-Luce Brasier-Clain, Aleksandar Nikolic, Mélanie Disdier, Klara Dostalova

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. fordert die Mitgliedstaaten auf, maßgeschneiderte Programme zu prüfen, einschließlich der Bereitstellung erschwinglichen Wohnraums, um die Schwierigkeiten beim Zugang zu Wohnraum für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen anzugehen, wobei strategischen und systemrelevanten Arbeitskräften wie Ärzten und Pflegekräften, Lehrern und Sicherheitsbeamten besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist;	24. fordert die Mitgliedstaaten auf, maßgeschneiderte Programme zu prüfen, einschließlich der Bereitstellung erschwinglichen Wohnraums, um die Schwierigkeiten beim Zugang zu Wohnraum für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen ***sowie für kinderreiche Familien, die den Grundstein für die demografische Dynamik Europas bilden,*** anzugehen, wobei strategischen und systemrelevanten Arbeitskräften wie Ärzten und Pflegekräften, Lehrern und Sicherheitsbeamten besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist;

Or. en

Änderungsantrag 1270
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. fordert die Mitgliedstaaten auf, ***maßgeschneiderte Programme zu prüfen***, einschließlich der Bereitstellung erschwinglichen Wohnraums, um die Schwierigkeiten beim Zugang zu	24. fordert die Mitgliedstaaten auf, ***die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften umfassend in die Ausarbeitung und Umsetzung maßgeschneiderter Wohnungsbaupläne***

Wohnraum für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen anzugehen, wobei strategischen und systemrelevanten Arbeitskräften wie ***Ärzten und Pflegekräften***, Lehrern und Sicherheitsbeamten besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist;	***und -programme einzubeziehen***, einschließlich der Bereitstellung erschwinglichen Wohnraums, um die Schwierigkeiten beim Zugang zu Wohnraum für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen anzugehen, wobei strategischen und systemrelevanten Arbeitskräften wie ***Beschäftigten im Gesundheitswesen***, Lehrern und Sicherheitsbeamten besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist;

Or. en

Änderungsantrag 1271
Julie Rechagneux, Marie-Luce Brasier-Clain, Aleksandar Nikolic

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. fordert die Mitgliedstaaten auf, maßgeschneiderte Programme zu prüfen, einschließlich der Bereitstellung erschwinglichen Wohnraums, um die Schwierigkeiten beim Zugang zu Wohnraum für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen anzugehen, wobei strategischen und systemrelevanten Arbeitskräften wie Ärzten und Pflegekräften, Lehrern und Sicherheitsbeamten besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist;	24. fordert die Mitgliedstaaten auf, maßgeschneiderte Programme zu prüfen, einschließlich der Bereitstellung erschwinglichen Wohnraums, um die Schwierigkeiten beim Zugang zu Wohnraum für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen ***sowie für kinderreiche Familien als Grundlage der demografischen Dynamik in Europa*** anzugehen, wobei strategischen und systemrelevanten Arbeitskräften wie Ärzten und Pflegekräften, Lehrern und Sicherheitsbeamten besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist;

Or. fr

Änderungsantrag 1272
Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. fordert die Mitgliedstaaten auf, maßgeschneiderte Programme zu prüfen, einschließlich der Bereitstellung erschwinglichen Wohnraums, um die Schwierigkeiten beim Zugang zu Wohnraum für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen anzugehen, wobei strategischen und systemrelevanten Arbeitskräften wie Ärzten und Pflegekräften, Lehrern und Sicherheitsbeamten besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist;	24. fordert die Mitgliedstaaten auf, maßgeschneiderte Programme zu prüfen, einschließlich der Bereitstellung erschwinglichen Wohnraums ***und die Gewährung von Zuschüssen für Familien anstelle von subventioniertem Wohnraum***, um die Schwierigkeiten beim Zugang zu Wohnraum für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen anzugehen, wobei strategischen und systemrelevanten Arbeitskräften wie Ärzten und Pflegekräften, Lehrern und Sicherheitsbeamten besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist;

Or. en

Änderungsantrag 1273
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, David Casa, Markus Ferber, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Marco Falcone, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. fordert die Mitgliedstaaten auf, maßgeschneiderte Programme zu prüfen, einschließlich der Bereitstellung erschwinglichen Wohnraums, um die Schwierigkeiten beim Zugang zu Wohnraum für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen anzugehen, wobei strategischen und systemrelevanten Arbeitskräften wie Ärzten und Pflegekräften, Lehrern und Sicherheitsbeamten besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist;	24. fordert die Mitgliedstaaten auf, maßgeschneiderte Programme zu prüfen, einschließlich der Bereitstellung erschwinglichen Wohnraums, um die Schwierigkeiten beim Zugang zu Wohnraum für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen anzugehen***, einschließlich der Gewährung steuerlicher Anreize***, wobei strategischen und systemrelevanten Arbeitskräften wie Ärzten und Pflegekräften, Lehrern und Sicherheitsbeamten besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist;

Or. en

Änderungsantrag 1274
Oihane Agirregoitia Martínez

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. fordert die Mitgliedstaaten auf, maßgeschneiderte Programme zu prüfen, einschließlich der Bereitstellung erschwinglichen Wohnraums, um die Schwierigkeiten beim Zugang zu Wohnraum für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen anzugehen, wobei strategischen und systemrelevanten Arbeitskräften wie Ärzten und Pflegekräften, Lehrern und Sicherheitsbeamten besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist;	24. fordert die Mitgliedstaaten auf, maßgeschneiderte Programme zu prüfen, einschließlich der Bereitstellung erschwinglichen Wohnraums, um die Schwierigkeiten beim Zugang zu Wohnraum für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen anzugehen, wobei strategischen und systemrelevanten Arbeitskräften wie Ärzten und Pflegekräften, Lehrern und Sicherheitsbeamten***, sowie den am stärksten benachteiligten Haushalten,*** besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist;

Or. es

Änderungsantrag 1275
György Hölvényi, Pál Szekeres, Julie Rechagneux

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. fordert die Mitgliedstaaten auf, maßgeschneiderte Programme zu prüfen, einschließlich der Bereitstellung erschwinglichen Wohnraums, um die Schwierigkeiten beim Zugang zu Wohnraum für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen anzugehen, wobei strategischen und systemrelevanten Arbeitskräften wie Ärzten und Pflegekräften, Lehrern und Sicherheitsbeamten besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist;	24. fordert die Mitgliedstaaten auf, maßgeschneiderte Programme zu prüfen, einschließlich der Bereitstellung erschwinglichen Wohnraums, um die Schwierigkeiten beim Zugang zu Wohnraum für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen anzugehen, wobei strategischen und systemrelevanten Arbeitskräften wie Ärzten und Pflegekräften, Lehrern und Sicherheitsbeamten ***sowie Angehörigen der Grenzschutzbehörden*** besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist;

Or. en

Änderungsantrag 1276
Leila Chaibi, Irene Montero, Ilaria Salis, Martin Schirdewan, Manon Aubry, Arash Saeidi, Anthony Smith, Giorgos Georgiou, Estrella Galán, Damien Carême, Rima Hassan, Younous Omarjee, Marina Mesure, Catarina Martins, Emma Fourreau, Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. fordert die Mitgliedstaaten auf, maßgeschneiderte Programme zu prüfen, einschließlich der Bereitstellung erschwinglichen Wohnraums, um die Schwierigkeiten beim Zugang zu Wohnraum für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen anzugehen, wobei strategischen und systemrelevanten Arbeitskräften wie Ärzten und Pflegekräften, Lehrern und Sicherheitsbeamten besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist;	24. fordert die Mitgliedstaaten auf, maßgeschneiderte Programme zu prüfen, einschließlich der Bereitstellung erschwinglichen Wohnraums, um die Schwierigkeiten beim Zugang zu Wohnraum für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen anzugehen, wobei strategischen und systemrelevanten Arbeitskräften wie Ärzten und Pflegekräften, Lehrern***, prekär Beschäftigten*** und Sicherheitsbeamten besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist;

Or. en

Änderungsantrag 1277
Aodhán Ó Ríordáin, Andreas Schieder, Gabriele Bischoff, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Nora Mebarek, Isilda Gomes, Joanna Scheuring-Wielgus, Yannis Maniatis, Marko Vešligaj

Entschließungsantrag
Ziffer 24 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	24a. ist zutiefst besorgt darüber, dass die von einigen Mitgliedstaaten verwendeten Definitionen für „menschenwürdige“ oder „erschwingliche“ Wohnraumpreise nicht die tatsächlichen Einkommensniveaus und Lebenshaltungskosten widerspiegeln, sodass große Teile der Bevölkerung mit niedrigem und mittlerem Einkommen

keinen Zugang zu angemessenem Wohnraum haben; fordert die Kommission auf, die nationalen Definitionen für die Erschwinglichkeit von Wohnraum zu überwachen und zu bewerten, um die Übereinstimmung mit den Zielen der Europäischen Säule sozialer Rechte und mit Artikel 34 der Charta der Grundrechte sicherzustellen; fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, ihre Kriterien für die Erschwinglichkeit zu überprüfen und gegebenenfalls zu überarbeiten, damit sie die Lebenshaltungskosten tatsächlich widerspiegeln und einen effektiven Zugang zu menschenwürdigen Wohnraum für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen sicherstellen;

Or. en

Änderungsantrag 1278
Klara Dostalova, Julie Rechagneux, Ondřej Knotek, Jaroslav Bžoch, Rachel Blom, Tomáš Kubín

Entschließungsantrag
Ziffer 24 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	24a. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass die Erschwinglichkeit und Verfügbarkeit von Wohnraum weiterhin vorrangiges Ziel der Wohnungspolitik bleibt; betont, dass Umweltstandards die Möglichkeit der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere von Haushalten mit niedrigem und mittlerem Einkommen, Zugang zu menschenwürdigem Wohnraum zu erhalten, nicht beeinträchtigen dürfen;

Or. en

Änderungsantrag 1279

Georgiana Teodorescu, Antonella Sberna, Lara Magoni, Alessandro Ciriani, Nora Junco García

Entschließungsantrag
Ziffer 24 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	24a. stellt mit großer Besorgnis fest, dass überbelegter Wohnraum oder instabile Wohnverhältnisse die Bildungsergebnisse von Kindern beeinträchtigen;

Or. en

Änderungsantrag 1280
Aodhán Ó Ríordáin, Andreas Schieder, Gabriele Bischoff, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Isilda Gomes, Joanna Scheuring-Wielgus, Yannis Maniatis, Marko Vešligaj

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. begrüßt die am 5. Juni 2025 eingeleitete Konsultation der Kommission zur Überarbeitung der Vorschriften über staatliche Beihilfen für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zusammen mit einer Bewertung der möglichen Folgen einer Ausweitung ihres Anwendungsbereichs; betont, dass eine länderspezifische Ex-ante-Folgenabschätzung aller vorgeschlagenen Änderungen der Vorschriften über Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse wichtig ist;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 1281
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag

Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. begrüßt die am 5. Juni 2025 eingeleitete Konsultation der Kommission zur Überarbeitung der Vorschriften über staatliche Beihilfen für Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichem*** Interesse ***zusammen mit einer Bewertung der möglichen Folgen einer Ausweitung ihres Anwendungsbereichs***; ***betont, dass eine länderspezifische Ex-ante-Folgenabschätzung aller vorgeschlagenen Änderungen der Vorschriften über Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse wichtig ist;***	25. ***ist der Ansicht, dass die Vorschriften für staatliche Beihilfen im Wohnungswesen überarbeitet werden müssen, um unter anderem den Begriff „Sozialwohnungen“ zu ändern und seinen Anwendungsbereich zu erweitern, wobei dieser sich auf erschwinglichen, nachhaltigen und menschenwürdigen Wohnraum bezieht, der in erster Linie darauf abzielt, den Wohnraumbedarf von sozioökonomisch benachteiligten Personen zu decken – beispielsweise von Personen, die von Armut, sozialer Ausgrenzung oder Obdachlosigkeit bedroht sind, oder unzureichenden und unwürdigen Wohnverhältnissen ausgesetzt sind – sowie auf Haushalte mit niedrigem bis mittlerem Einkommen abzielen, die unter Marktbedingungen keinen Zugang zu menschenwürdigem Wohnraum haben und mit strukturellen Hindernissen bei der Erschwinglichkeit von Wohnraum konfrontiert sind, insbesondere in Märkten mit hoher Nachfrage oder unzureichendem Angebot; fordert Bestimmungen, die eine Ausgleichszahlung für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse nur für nicht gewinnorientierte Anbieter von „Sozialwohnungen“ zulassen;*** begrüßt die am 5. Juni 2025 eingeleitete Konsultation der Kommission zur Überarbeitung der Vorschriften über staatliche Beihilfen für Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichen*** Interesse;

Or. en

Änderungsantrag 1282
Leila Chaibi, Irene Montero, Ilaria Salis, Martin Schirdewan, Manon Aubry, Arash Saeidi, Anthony Smith, Giorgos Georgiou, Estrella Galán, Damien Carême, Rima

Hassan, Younous Omarjee, Marina Mesure, Catarina Martins, Emma Fourreau, Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. begrüßt die am 5. Juni 2025 eingeleitete Konsultation der Kommission zur Überarbeitung der Vorschriften über staatliche Beihilfen für Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichem*** Interesse zusammen mit einer Bewertung der möglichen Folgen einer Ausweitung ihres Anwendungsbereichs; betont, dass eine länderspezifische Ex-ante-Folgenabschätzung aller vorgeschlagenen Änderungen der Vorschriften über Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichem*** Interesse wichtig ist;	25. begrüßt die am 5. Juni 2025 eingeleitete Konsultation der Kommission zur Überarbeitung der Vorschriften über staatliche Beihilfen für Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichen*** Interesse zusammen mit einer Bewertung der möglichen Folgen einer Ausweitung ihres Anwendungsbereichs; betont, dass eine länderspezifische Ex-ante-Folgenabschätzung aller vorgeschlagenen Änderungen der Vorschriften über Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichen*** Interesse wichtig ist; ***fordert die Kommission auf, neue Vorschriften zu erlassen, die es den Mitgliedstaaten ermöglichen, Investitionen in Sozialwohnungen entsprechend ihren Bedürfnissen und dem öffentlichen Interesse an erschwinglichem Wohnraum für Menschen mit mittlerem Einkommen Vorrang einzuräumen, ohne die Finanzierung von Wohnraum für einkommensschwache Gruppen zu beeinträchtigen; fordert die Mitgliedstaaten auf, lokale Agenturen einzurichten, die auf Gebiete mit hoher Nachfrage nach Sozialwohnungen ausgerichtet sind; betont, dass der Wohnungssektor als Sozialdienstleistung von allgemeinem Interesse betrachtet werden sollte;***

Or. en

Änderungsantrag 1283
Borja Giménez Larraz, Nikolina Brnjac, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. begrüßt die am 5. Juni 2025 eingeleitete Konsultation der Kommission zur Überarbeitung der Vorschriften über staatliche Beihilfen für Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichem*** Interesse zusammen mit einer Bewertung der möglichen Folgen einer Ausweitung ihres Anwendungsbereichs; betont, dass eine länderspezifische Ex-ante-Folgenabschätzung aller vorgeschlagenen Änderungen der Vorschriften über Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichem*** Interesse wichtig ist;	25. begrüßt die am 5. Juni 2025 eingeleitete Konsultation der Kommission zur Überarbeitung der Vorschriften über staatliche Beihilfen für Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichen*** Interesse zusammen mit einer Bewertung der möglichen Folgen einer Ausweitung ihres Anwendungsbereichs; betont, dass eine länderspezifische Ex-ante-Folgenabschätzung aller vorgeschlagenen Änderungen der Vorschriften über Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichen*** Interesse wichtig ist; ***erkennt die Risiken an, die im Rahmen dieser Bewertung berücksichtigt werden müssen, darunter mögliche Verdrängungseffekte privater und öffentlicher Investitionen, eine potenzielle Umlenkung von Investitionen aus dem sozialen Wohnungsbau, die Vereinbarkeit mit der Rechtsprechung der EU sowie die Wahrung der Integrität des Binnenmarkts;***

Or. en

Änderungsantrag 1284
Borja Giménez Larraz, Nikolina Brnjac, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, David Casa, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Marco Falcone, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. begrüßt die am 5. Juni 2025 eingeleitete Konsultation der Kommission zur Überarbeitung der Vorschriften über staatliche Beihilfen für Dienstleistungen	25. begrüßt die am 5. Juni 2025 eingeleitete Konsultation der Kommission zur Überarbeitung der Vorschriften über staatliche Beihilfen für Dienstleistungen

von allgemeinem ***wirtschaftlichem*** Interesse zusammen mit einer Bewertung der möglichen Folgen einer Ausweitung ihres Anwendungsbereichs; betont, dass eine länderspezifische Ex-ante-Folgenabschätzung aller vorgeschlagenen Änderungen der Vorschriften über Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichem*** Interesse wichtig ist;	von allgemeinem ***wirtschaftlichen*** Interesse zusammen mit einer Bewertung der möglichen Folgen einer Ausweitung ihres Anwendungsbereichs; betont, dass eine länderspezifische Ex-ante-Folgenabschätzung aller vorgeschlagenen Änderungen der Vorschriften über Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichen*** Interesse wichtig ist; ***betont, dass sichergestellt werden muss, dass jedes künftige Rahmenwerk offen gestaltet bleibt, sodass sowohl öffentliche als auch private Akteure gleichberechtigt teilnehmen können, um faire Wettbewerbsbedingungen zu wahren und ungerechtfertigte Marktausschlüsse zu verhindern;***

Or. en

Änderungsantrag 1285
Klara Dostalova, Julie Rechagneux, Ondřej Knotek, Jaroslav Bžoch, Tomáš Kubín

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. begrüßt die am 5. Juni 2025 eingeleitete Konsultation der Kommission zur Überarbeitung der Vorschriften über staatliche Beihilfen für Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichem*** Interesse zusammen mit einer Bewertung der möglichen Folgen einer Ausweitung ihres Anwendungsbereichs; betont, dass eine länderspezifische Ex-ante-Folgenabschätzung aller vorgeschlagenen Änderungen der Vorschriften über Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichem*** Interesse wichtig ist;	25. begrüßt die am 5. Juni 2025 eingeleitete Konsultation der Kommission zur Überarbeitung der Vorschriften über staatliche Beihilfen für Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichen*** Interesse zusammen mit einer Bewertung der möglichen Folgen einer Ausweitung ihres Anwendungsbereichs; betont, dass eine länderspezifische Ex-ante-Folgenabschätzung aller vorgeschlagenen Änderungen der Vorschriften über Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichen*** Interesse wichtig ist; ***weist darauf hin, dass die Vorschriften für staatliche Beihilfen die Mitgliedstaaten nicht daran hindern sollten, Maßnahmen zur Bewältigung der Wohnungskrise zu ergreifen; fordert die Kommission auf, den Rahmen anzupassen, um eine gezielte***

öffentliche Unterstützung für Sozialwohnungen und erschwinglichen Wohnraum ohne übermäßigen Verwaltungsaufwand zu ermöglichen;

Or. en

Änderungsantrag 1286
Borja Giménez Larraz, Nikolina Brnjac, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, Markus Ferber, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. begrüßt die am 5. Juni 2025 eingeleitete Konsultation der Kommission zur Überarbeitung der Vorschriften über staatliche Beihilfen für Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichem*** Interesse zusammen mit einer Bewertung der möglichen Folgen einer Ausweitung ihres Anwendungsbereichs; betont, dass eine länderspezifische Ex-ante-Folgenabschätzung aller vorgeschlagenen Änderungen der Vorschriften über Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichem*** Interesse wichtig ist;	25. begrüßt die am 5. Juni 2025 eingeleitete Konsultation der Kommission zur Überarbeitung der Vorschriften über staatliche Beihilfen für Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichen*** Interesse zusammen mit einer Bewertung der möglichen Folgen einer Ausweitung ihres Anwendungsbereichs; betont, dass eine länderspezifische Ex-ante-Folgenabschätzung aller vorgeschlagenen Änderungen der Vorschriften über Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichen*** Interesse wichtig ist; ***weist darauf hin, dass der ursprüngliche Zweck der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse auch weiterhin im Mittelpunkt stehen muss, da die Ausweitung des Anwendungsbereichs auf breitere Zielgruppen die Gefahr birgt, dass Ressourcen von den Schwächsten abgezweigt werden;***

Or. en

Änderungsantrag 1287

Borja Giménez Larraz, Nikolina Brnjac, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. begrüßt die am 5. Juni 2025 eingeleitete Konsultation der Kommission zur Überarbeitung der Vorschriften über staatliche Beihilfen für Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichem*** Interesse zusammen mit einer Bewertung der möglichen Folgen einer Ausweitung ihres Anwendungsbereichs; betont, dass eine länderspezifische Ex-ante-Folgenabschätzung aller vorgeschlagenen Änderungen der Vorschriften über Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichem*** Interesse wichtig ist;	25. begrüßt die am 5. Juni 2025 eingeleitete Konsultation der Kommission zur Überarbeitung der Vorschriften über staatliche Beihilfen für Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichen*** Interesse zusammen mit einer Bewertung der möglichen Folgen einer Ausweitung ihres Anwendungsbereichs; betont, dass eine länderspezifische Ex-ante-Folgenabschätzung aller vorgeschlagenen Änderungen der Vorschriften über Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichen*** Interesse wichtig ist; ***betont, dass ein sorgfältiges Gleichgewicht zwischen der Deckung des Bedarfs an Sozialwohnungen und der Erhaltung wettbewerbsfähiger, effizienter Wohnungsmärkte unbedingt gewahrt werden muss;***

Or. en

Änderungsantrag 1288
Borja Giménez Larraz, Nikolina Brnjac, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Marco Falcone, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. begrüßt die am 5. Juni 2025 eingeleitete Konsultation der Kommission zur Überarbeitung der Vorschriften über staatliche Beihilfen für Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichem***	25. begrüßt die am 5. Juni 2025 eingeleitete Konsultation der Kommission zur Überarbeitung der Vorschriften über staatliche Beihilfen für Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichen***

Interesse zusammen mit einer Bewertung der möglichen Folgen einer Ausweitung ihres Anwendungsbereichs; betont, dass eine länderspezifische Ex-ante-Folgenabschätzung aller vorgeschlagenen Änderungen der Vorschriften über Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichem*** Interesse wichtig ist;	Interesse zusammen mit einer Bewertung der möglichen Folgen einer Ausweitung ihres Anwendungsbereichs; betont, dass eine länderspezifische Ex-ante-Folgenabschätzung aller vorgeschlagenen Änderungen der Vorschriften über Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichen*** Interesse wichtig ist; ***ist besorgt darüber, dass die Ausweitung der Zielgruppe für Sozialwohnungen im Rahmen dieser Vorschriften die Gefahr birgt, Marktverzerrungen zu verschärfen und den fairen Wettbewerb zu untergraben;***

Or. en

Änderungsantrag 1289
Brigitte van den Berg, Barry Cowen, Martin Hojsík

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. begrüßt die ***am 5. Juni 2025 eingeleitete*** Konsultation ***der*** Kommission zur Überarbeitung der Vorschriften über staatliche Beihilfen für Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichem*** Interesse zusammen mit einer Bewertung der möglichen Folgen einer Ausweitung ihres Anwendungsbereichs; ***betont, dass eine länderspezifische Ex-ante-Folgenabschätzung aller vorgeschlagenen Änderungen der*** Vorschriften über Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichem*** Interesse ***wichtig ist***;	25. begrüßt die ***Einleitung einer öffentlichen*** Konsultation ***durch die*** Kommission zur Überarbeitung der Vorschriften über staatliche Beihilfen für Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichen*** Interesse zusammen mit einer Bewertung der möglichen Folgen einer Ausweitung ihres Anwendungsbereichs; ***stellt fest, dass eine Überarbeitung der*** Vorschriften über Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichen*** Interesse ***mehr Flexibilität ermöglichen wird, um öffentliche Investitionen in Wohnraum zu erleichtern, die über den sozialen Wohnungsbau hinausgehen, und betont, dass eine Überarbeitung der Vorschriften für staatliche Beihilfen nicht zu Lasten der Investitionen der Mitgliedstaaten in den sozialen Wohnungsbau gehen sollte***;

Or. en

Änderungsantrag 1290
Barry Cowen, Brigitte van den Berg

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. begrüßt die ***am 5. Juni 2025 eingeleitete Konsultation der*** Kommission zur Überarbeitung der Vorschriften über staatliche Beihilfen für Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichem*** Interesse zusammen mit einer Bewertung der möglichen Folgen einer Ausweitung ihres Anwendungsbereichs; ***betont, dass eine länderspezifische Ex-ante-Folgenabschätzung aller vorgeschlagenen Änderungen*** der Vorschriften über Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichem*** Interesse ***wichtig ist***;	25. begrüßt die ***Einleitung einer öffentlichen Konsultation durch die*** Kommission zur Überarbeitung der Vorschriften über staatliche Beihilfen für Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichen*** Interesse zusammen mit einer Bewertung der möglichen Folgen einer Ausweitung ihres Anwendungsbereichs; ***stellt fest, dass eine Überarbeitung*** der Vorschriften über Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichen*** Interesse ***mehr Flexibilität ermöglichen könnte, um öffentliche Investitionen in den Wohnungsbau zu erleichtern, die über den sozialen Wohnungsbau hinausgehen***;

Or. en

Änderungsantrag 1291
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, David Casa, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Inese Vaidere, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Marco Falcone, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. begrüßt die am 5. Juni 2025 eingeleitete Konsultation der Kommission zur Überarbeitung der Vorschriften über staatliche Beihilfen für Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichem*** Interesse zusammen mit einer Bewertung der möglichen Folgen einer Ausweitung	25. begrüßt die am 5. Juni 2025 eingeleitete Konsultation der Kommission zur Überarbeitung der Vorschriften über staatliche Beihilfen für Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichen*** Interesse zusammen mit einer Bewertung der möglichen Folgen einer Ausweitung

ihres Anwendungsbereichs; betont, dass eine länderspezifische Ex-ante-Folgenabschätzung aller vorgeschlagenen Änderungen der Vorschriften über Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichem*** Interesse wichtig ist;	ihres Anwendungsbereichs; betont, dass eine länderspezifische Ex-ante-Folgenabschätzung aller vorgeschlagenen Änderungen der Vorschriften über Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichen*** Interesse wichtig ist; ***spricht sich für Regeln aus, die die Vielfalt der nationalen Märkte achten;***

Or. en

Änderungsantrag 1292
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, Markus Ferber, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Marco Falcone, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. begrüßt die am 5. Juni 2025 eingeleitete Konsultation der Kommission zur Überarbeitung der Vorschriften über staatliche Beihilfen für Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichem*** Interesse zusammen mit einer Bewertung der möglichen Folgen einer Ausweitung ihres Anwendungsbereichs; ***betont, dass eine länderspezifische Ex-ante-Folgenabschätzung aller vorgeschlagenen Änderungen der Vorschriften über Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse wichtig ist;***	25. begrüßt die am 5. Juni 2025 eingeleitete Konsultation der Kommission zur Überarbeitung der Vorschriften über staatliche Beihilfen für Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichen*** Interesse zusammen mit einer Bewertung der möglichen Folgen einer Ausweitung ihres Anwendungsbereichs;

Or. en

Änderungsantrag 1293
Georgiana Teodorescu, Antonella Sberna, Lara Magoni, Alessandro Ciriani, Nora Junco García

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. begrüßt die am 5. Juni 2025 eingeleitete Konsultation der Kommission zur Überarbeitung der Vorschriften über staatliche Beihilfen für Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichem*** Interesse zusammen mit einer Bewertung der möglichen Folgen einer Ausweitung ihres Anwendungsbereichs; betont, dass eine länderspezifische Ex-ante-Folgenabschätzung aller vorgeschlagenen Änderungen der Vorschriften über Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichem*** Interesse wichtig ist;	25. begrüßt die am 5. Juni 2025 eingeleitete Konsultation der Kommission zur Überarbeitung der Vorschriften über staatliche Beihilfen für Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichen*** Interesse zusammen mit einer Bewertung der möglichen Folgen einer Ausweitung ihres Anwendungsbereichs***, um die Bereitstellung von menschenwürdigem und erschwinglichem Wohnraum schneller und effizienter zu ermöglichen***; betont, dass eine länderspezifische Ex-ante-Folgenabschätzung aller vorgeschlagenen Änderungen der Vorschriften über Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichen*** Interesse wichtig ist;

Or. en

Änderungsantrag 1294
Borja Giménez Larraz, Nikolina Brnjac, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, David Casa, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. begrüßt die am 5. Juni 2025 eingeleitete Konsultation der Kommission zur Überarbeitung der Vorschriften über staatliche Beihilfen für Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichem*** Interesse zusammen mit einer Bewertung der möglichen Folgen einer Ausweitung ihres Anwendungsbereichs; betont, dass eine länderspezifische Ex-ante-Folgenabschätzung aller vorgeschlagenen Änderungen der Vorschriften über Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichem*** Interesse wichtig ist;	25. begrüßt die am 5. Juni 2025 eingeleitete Konsultation der Kommission zur Überarbeitung der Vorschriften über staatliche Beihilfen für Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichen*** Interesse zusammen mit einer Bewertung der möglichen Folgen einer Ausweitung ihres Anwendungsbereichs; betont, dass eine länderspezifische Ex-ante-Folgenabschätzung aller vorgeschlagenen Änderungen der Vorschriften über Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichen*** Interesse wichtig ist; ***fordert die Kommission auf, den***

Mehrwert dieser Vorschriften auf Unionsebene zu erläutern;

Or. en

Änderungsantrag 1295
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. begrüßt die ***am 5. Juni 2025 eingeleitete Konsultation der Kommission zur*** Überarbeitung der Vorschriften über staatliche Beihilfen für Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichem*** Interesse ***zusammen mit einer Bewertung der möglichen Folgen einer Ausweitung ihres Anwendungsbereichs***; ***betont, dass eine länderspezifische Ex-ante-Folgenabschätzung aller vorgeschlagenen Änderungen der Vorschriften über Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse wichtig ist;***	25. begrüßt die Überarbeitung der Vorschriften über staatliche Beihilfen für Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichen*** Interesse***, um den Bau von erschwinglichem Wohnraum zu beschleunigen und den dringenden Bedarf im Wohnungswesen sowie die Herausforderungen anzugehen, denen die europäischen Bürgerinnen und Bürger beim Zugang zu erschwinglichem Wohnraum gegenüberstehen***;

Or. en

Änderungsantrag 1296
Borja Giménez Larraz, Nikolina Brnjac, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Marco Falcone, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. begrüßt die am 5. Juni 2025 eingeleitete Konsultation der Kommission zur Überarbeitung der Vorschriften über staatliche Beihilfen für Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichem***	25. begrüßt die am 5. Juni 2025 eingeleitete Konsultation der Kommission zur Überarbeitung der Vorschriften über staatliche Beihilfen für Dienstleistungen von allgemeinem ***wirtschaftlichen***

Interesse zusammen mit einer Bewertung der möglichen Folgen einer Ausweitung ihres Anwendungsbereichs; betont, dass ***eine länderspezifische Ex-ante-Folgenabschätzung aller vorgeschlagenen Änderungen der Vorschriften über Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse*** wichtig ist;	Interesse zusammen mit einer Bewertung der möglichen Folgen einer Ausweitung ihres Anwendungsbereichs; betont, dass ***die Aufrechterhaltung offener Märkte für alle Dienstleister – sowohl öffentliche als auch private – bei der Bereitstellung von erschwinglichem Wohnraum*** wichtig ist;

Or. en

Änderungsantrag 1297
Maria Zacharia

Entschließungsantrag
Ziffer 25 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25a. ist zutiefst besorgt darüber, dass große Unternehmen und Investmentgesellschaften Massenkäufe, Abrisse oder umfangreiche Umbauten von alten Wohnungen durchführen, um sie in Beherbergungsbetriebe oder Luxuswohnungen umzuwandeln; ist der Ansicht, dass diese Praktiken zur Verdrängung ständiger Einwohner, zu stark steigenden Preisen und zur Veränderung des historischen und sozialen Charakters der europäischen Städte führen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, Mechanismen zur Überprüfung von Investitionen einzurichten, indem der Erwerb von Immobilien durch nicht in der EU ansässige Personen zu Investitionszwecken begrenzt wird, und die Regulierungsinstrumente zu stärken, die verhindern, dass Städte zu touristischen Enklaven ohne soziales Leben werden; betont, dass das Recht der Bewohner, in ihrem eigenen Gebiet zu leben und sich an der Gestaltung des städtischen Umfelds zu beteiligen, Vorrang vor spekulativem Marktdruck

haben muss;

Or. el

Änderungsantrag 1298
Marco Falcone, Letizia Moratti, Flavio Tosi, Caterina Chinnici, Massimiliano Salini, Salvatore De Meo, Giusi Princi, Fulvio Martusciello

Entschließungsantrag
Ziffer 25 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25a. fordert eine umfassende Folgenabschätzung zur Bewertung der sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen des EHS2 auf Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen, einschließlich seiner potenziellen Auswirkungen auf ihre Kaufkraft und ihre Energieausgaben; betont, dass, sollte die Bewertung erhebliche Anstiege der Energiepreise oder regressiv wirkende soziale Effekte aufzeigen, das Inkrafttreten der Rechtsvorschriften verschoben werden sollte, um sicherzustellen, dass der Übergang zur Klimaneutralität sozial gerecht und wirtschaftlich nachhaltig bleibt;

Or. en

Änderungsantrag 1299
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 25 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25a. hält es für äußerst wichtig, in einem neuen Rechtsrahmen für staatliche Beihilfen festzulegen, dass „Sozialwohnungen“ auch der Stadterneuerung und einer nachhaltigen

territorialen Entwicklung dienen, wobei sichergestellt werden muss, dass diese Ziele direkt mit dem Kernziel verknüpft sind, den Zugang zu erschwinglichem, nachhaltigem und menschenwürdigem Wohnraum für Einzelpersonen und Familien sicherzustellen, die andernfalls ausgeschlossen würden;

Or. en

Änderungsantrag 1300
Leila Chaibi, Irene Montero, Ilaria Salis, Martin Schirdewan, Manon Aubry, Arash Saeidi, Anthony Smith, Giorgos Georgiou, Estrella Galán, Damien Carême, Rima Hassan, Younous Omarjee, Marina Mesure, Catarina Martins, Emma Fourreau, Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 25 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25a. fordert die Kommission auf, erschwinglichen und sozialen Wohnraum ausdrücklich als Priorität in die Überarbeitung der Dienstleistungsrichtlinie (2006/123/EG) aufzunehmen und klarzustellen, dass wohnungspolitische Maßnahmen wie die Regulierung der Mieten, die Genehmigung von Kurzzeitvermietungen und die Zuweisung von öffentlichem Wohnraum nicht unter deren Anwendungsbereich fallen, da es sich um nichtwirtschaftliche Dienstleistungen von allgemeinem Interesse handelt;

Or. en

Änderungsantrag 1301
Klara Dostalova, Julie Rechagneux, Ondřej Knotek, Jaroslav Bžoch, Rachel Blom, Tomáš Kubín

Entschließungsantrag
Ziffer 25 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25a. weist darauf hin, dass eine etwaige Überarbeitung der Vorschriften für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse nicht zu einer weiteren Einschränkung der nationalen Zuständigkeiten im Bereich der Wohnungspolitik führen darf;

Or. en

Änderungsantrag 1302
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 25 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25b. hebt hervor, dass viele Menschen in prekären Situationen mit erheblichen Hindernissen beim Zugang zum Mietmarkt konfrontiert sind, insbesondere aufgrund diskriminierender Anforderungen wie des Fehlens von Bürgen oder Einkommensschwellen; schlägt die Einrichtung eines Europäischen Garantiefonds für den Zugang zu Wohnraum (EHAGF) vor, um ungerechtfertigte Barrieren beim Mieten abzubauen, indem öffentliche Bürgschaften für Mieter bereitgestellt werden, einschließlich der Deckung möglicher Miet- oder Nebenkostenschulden, innerhalb eines sicheren und transparenten Rahmens, der Schutzmaßnahmen vorsieht, um generelle Mietkostensteigerungen zu vermeiden; fordert die Kommission nachdrücklich auf, bewährte Praktiken zu Bürgschafts- und Garantiesystemen im Wohnungsbereich in den Mitgliedstaaten zu identifizieren und zu fördern sowie technische und finanzielle Unterstützung für diejenigen bereitzustellen, die über

keine derartigen Mechanismen verfügen oder bei denen diese noch ausbaufähig sind;

Or. en

Änderungsantrag 1303
Marco Falcone, Letizia Moratti, Flavio Tosi, Caterina Chinnici, Massimiliano Salini, Salvatore De Meo, Giusi Princi, Fulvio Martusciello

Entschließungsantrag
Ziffer 25 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25b. fordert eine umfassende Folgenabschätzung, um die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD) auf Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen zu bewerten, einschließlich der potenziellen Folgen für die Entwertung historischer Gebäudebestände und für Eigentümer, die die für die Einhaltung der Richtlinie erforderlichen Renovierungskosten nicht aufbringen können; betont, dass es einer gründlichen Kosten-Nutzen-Analyse der Richtlinie hinsichtlich ihres gesamtgesellschaftlichen Nutzens und ihrer Verhältnismäßigkeit bedarf, unter Berücksichtigung des bestehenden regulatorischen Rahmens und der kumulativen Auswirkungen sich überschneidender Klima- und Energieauflagen;

Or. en

Änderungsantrag 1304
Leila Chaibi, Irene Montero, Ilaria Salis, Martin Schirdewan, Manon Aubry, Arash Saeidi, Anthony Smith, Giorgos Georgiou, Estrella Galán, Damien Carême, Rima Hassan, Younous Omarjee, Marina Mesure, Catarina Martins, Emma Fourreau, Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 25 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25b. betont, dass ein EU-weiter Rahmen erforderlich ist, um sicherzustellen, dass Frauen, die vor häuslicher Gewalt, sexueller Ausbeutung oder Menschenhandel fliehen, Zugang zu sicherem und erschwinglichem Wohnraum haben; fordert die Einrichtung fester Quoten in Programmen des öffentlichen und sozialen Wohnungsbaus, den vorrangigen Zugang zu Notunterkünften für diese Gruppen sowie die Bereitstellung unterstützender Dienstleistungen, die in die Wohnungspolitik integriert sind;

Or. en

Änderungsantrag 1305
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 25 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25c. fordert die systematische Einbeziehung von in Armut lebenden Menschen sowie von Menschen, die unmittelbar von Wohnungslosigkeit oder Ausschluss vom Wohnungsmarkt betroffen sind, in die Planung, Umsetzung, Überwachung und Bewertung wohnungspolitischer, öffentlicher Maßnahmen auf nationaler und EU-Ebene; betont, dass eine aktive Teilhabe eine angemessene Vorbereitung, zugängliche Formate, finanzielle und logistische Unterstützung und die Anerkennung der eigenen Lebenserfahrung als wesentliche Quelle von Fachwissen erfordert; erinnert daran,

dass Wohnungspolitiken, die gemeinsam mit den Betroffenen entwickelt werden, zu wirksameren, gerechteren und nachhaltigeren Ergebnissen führen;

Or. en

Änderungsantrag 1306
Leila Chaibi, Irene Montero, Ilaria Salis, Martin Schirdewan, Manon Aubry, Arash Saeidi, Anthony Smith, Giorgos Georgiou, Estrella Galán, Damien Carême, Rima Hassan, Younous Omarjee, Marina Mesure, Catarina Martins, Emma Fourreau, Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 25 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25 b. bedauert, dass die Richtlinie über notleidende Kredite die Kommerzialisierung von Hypotheken und Krediten zulasten von Familien mit erwerbstätigen Eltern erleichtert, indem sie Banken dazu ermutigt, Kredite auf Eigenheime an Geierfonds weiterzuverkaufen, anstatt gemeinsam mit notleidenden Kreditnehmern nach Lösungen zu suchen;

Or. en

Änderungsantrag 1307
Leila Chaibi, Irene Montero, Ilaria Salis, Martin Schirdewan, Manon Aubry, Arash Saeidi, Anthony Smith, Giorgos Georgiou, Estrella Galán, Damien Carême, Rima Hassan, Younous Omarjee, Marina Mesure, Catarina Martins, Emma Fourreau, Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 25 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25d. ist der Ansicht, dass der übergeordnete EU-Rahmen aus fiskalisch willkürlichen Haushaltsregeln und

	Beihilferegelungen mit den für die Umsetzung eines politischen „Housing first“-Kurses erforderlichen Investitionen unvereinbar ist, und dass der Bau und die Bereitstellung von Wohnraum von derartigen ideologisch geprägten Beschränkungen ausgenommen werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 1308
Brigitte van den Berg, Barry Cowen, Martin Hojsík, Oihane Agirregoitia Martínez

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Familien	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 1309
Klara Dostalova, Julie Rechagneux, Ondřej Knotek, Jaroslav Bžoch, Rachel Blom, Tomáš Kubín

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 19 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	fordert eine stärkere Förderung von bezahlbarem Mietwohnraum als Ergänzung zu Eigentumserwerbsmodellen, einschließlich Unterstützung für kommunale, genossenschaftliche und gemeinnützige Mietwohnungsmodelle;

Or. en

Änderungsantrag 1310

Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 19 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Durchsetzung des Rechts auf sicheren und gesunden Wohnraum für alle

Or. en

Änderungsantrag 1311
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 25 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25d. weist auf die menschlichen Tragödien hin, die durch minderwertige und unsichere Wohnungen verursacht wurden, wie den Brand im Grenfell Tower in London, den Einsturz der Rue d'Aubagne in Marseille und den Brand von Campanar in Valencia, die die fatalen Folgen struktureller Vernachlässigung und das Versagen, die Sicherheit und Würde der Bewohner zu priorisieren, schmerzlich offenbarten; betont, dass diese Katastrophen auf systemische Probleme zurückzuführen sind, einschließlich Deregulierung, Unterinvestitionen in den öffentlichen Wohnungsbau, durch Sparmaßnahmen verursachte Kürzungen und den Abbau von Sicherheitsaufsicht; fordert stärkere öffentliche Rechenschaftsmechanismen, einschließlich unabhängiger Regulierungsaufsicht, transparenter Untersuchungen und verpflichtender Sicherheitsprüfungen; betont, wie wichtig es ist, die aus diesen Fällen gewonnenen Erkenntnisse in die Rahmenwerke der EU für Wohnungswesen, Sicherheit und Gesundheit zu integrieren;

Or. en

Änderungsantrag 1312
Klara Dostalova, Ondřej Knotek, Jaroslav Bžoch, Rachel Blom, Tomáš Kubín

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 19 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	schlägt die Entwicklung eines Programms ähnlich dem „Housing First“-Ansatz vor, das sich an junge Menschen und Familien richtet, die von Wohnungsverlust bedroht sind, mit dem Ziel, sofortige Wohnhilfe zu bieten, um soziale Ausgrenzung zu verhindern und langfristige Stabilität sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 1313
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 25 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25e. weist darauf hin, dass minderwertige und unhygienische Wohnbedingungen gefährdete und diskriminierte Gruppen unverhältnismäßig stark betreffen, darunter Familien mit Kindern, Einelternfamilien, alleinstehende Menschen, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, Minderheitengruppen und indigene Menschen; fordert die Mitgliedstaaten auf, verpflichtende Gesundheits- und Sicherheitskontrollen in Wohnungen einzuführen, die von gefährdeten und marginalisierten Gruppen bewohnt werden, und zugleich einen barrierefreien

rechtlichen Beistand für Mieter bereitzustellen, die sich unsicheren Wohnbedingungen gegenüber sehen;

Or. en

Änderungsantrag 1314
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 25 f (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25f. fordert die Ausarbeitung einer umfassenden europäischen „Strategie für ein gesundes Zuhause“, in der unzumutbare und minderwertige Wohnungen ausdrücklich als Schlüsselfaktor für gesundheitliche Ungleichheiten anerkannt und die Wohnqualität in alle gesundheits- und sozialpolitischen Maßnahmen auf Unionsebene einbezogen wird;

Or. en

Änderungsantrag 1315
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 25 g (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25g. fordert die Kommission nachdrücklich auf, eine EU-weite und umfassende Definition des Begriffs „unzulänglicher und gesundheitsgefährdender Wohnraum“ zu entwickeln, die sowohl die Wohnraumqualität und die Beschaffenheit des Umfelds als auch informelle Wohnformen einbezieht, und fordert die Einrichtung einer offenen,

öffentlich zugänglichen Plattform zur Identifizierung, Überwachung und Kartierung solcher Wohnräume, zur Etablierung eines gemeinsamen Ansatzes und zum Austausch bewährter Verfahren;

Or. en

Änderungsantrag 1316
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 25 h (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25h. hebt hervor, dass einkommensschwache und marginalisierte Gemeinschaften unverhältnismäßig hohen umweltbedingten Gesundheitsrisiken ausgesetzt sind, insbesondere durch die Nähe von Wohngebieten zu belastenden Anlagen wie Müllverbrennungsanlagen, pestizidbehandelten Agrarflächen, Industrieanlagen und wichtigen Verkehrsinfrastrukturen wie Flughäfen; stellt fest, dass Untersuchungen höhere Raten von Atemwegserkrankungen, Krebs und anderen chronischen Erkrankungen bei Bevölkerungsgruppen zeigen, die in der Nähe solcher Anlagen wohnen; fordert die Integration einer Flächen- und Wohnraumpolitik, um diese Ungleichheiten zu beseitigen, einschließlich der Kartierung der Risiken für die menschliche Gesundheit, Mindestabstandsanforderungen für gefährliche Einrichtungen und gezielter Investitionen in grüne Infrastruktur und städtische Natur in unterversorgten Gebieten;

Or. en

Änderungsantrag 1317
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 25 i (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25i. fordert die Festlegung harmonisierter europäischer Mindestanforderungen an die „Bewohnbarkeit“ als Grundlage des Rechts auf menschenwürdiges Wohnen, in Übereinstimmung mit den WHO-Richtlinien, die unter anderem folgende Aspekte abdecken: Mindestsanitäreinrichtungen einschließlich Trinkwasser, Heizung, Abfallentsorgung, Beseitigung und/oder Kontrolle spezifischer Gefahren, Überbelegung und Mindestwohnfläche, Zugang zu sicherem Trinkwasser, Wärme- und Schalldämmung, Feuchtigkeit, Raumluftqualität einschließlich Schadstoffen und mikrobieller Belastung, Belüftung, stabile Baukonstruktion und Brandschutz, Tageslichtversorgung von Wohnräumen sowie Umweltrisiken; ist der Ansicht, dass solche EU-Mindeststandards die in den Mitgliedstaaten bereits bestehenden Schutzstandards weder untergraben noch senken dürfen;

Or. en

Änderungsantrag 1318
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 25 j (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25j. betont, dass ein breiter und integrierter Ansatz für toxische Expositionen in Wohngebäuden

erforderlich ist, der eine Vielzahl gefährlicher Stoffe abdeckt, die häufig in Wohnräumen vorkommen, darunter PFAS, Formaldehyd, Radon, Asbest, Schadstoffe in der Innenraumluft, Blei und Schimmel; unterstreicht, dass diese Strategie Risikobewertungen, Sanierungsprotokolle und Kampagnen zur Aufklärung der Öffentlichkeit einschließen sollte, um sichere Innenräume sicherzustellen und besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen vor chronischen hochgiftigen Expositionen zu schützen; ist der Ansicht, dass die Bekämpfung von Bleivergiftung – einer Krankheit, von der überwiegend Menschen, die in Armut leben, betroffen sind und für die eine europäische Prävalenzüberwachung eingerichtet werden sollte – mehr Aufmerksamkeit erfordert;

Or. en

Änderungsantrag 1319
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 25 k (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25k. fordert eine deutliche Aufstockung der Mittel für die Forschung zu übergreifenden Gesundheits- und Wohnungsfragen – etwa zu Schadstoffen, Innenraumluftqualität, Lufttemperatur, Feuchtigkeit, Schimmel und anderen mikrobiellen Belastungen sowie zu Schädlingen wie Ratten und Bettwanzen;

Or. en

Änderungsantrag 1320
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 25 l (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25l. bedauert zutiefst die derzeitige Entwicklung in öffentlichen Debatten, in denen Familien für ihr Leben in Armut, Entbehrung und unter unwürdigen Wohnverhältnissen verantwortlich gemacht werden; verurteilt nachdrücklich die zunehmende Tendenz, Eltern, insbesondere alleinerziehende Mütter, zu kriminalisieren, etwa durch die Erleichterung missbräuchlicher Zwangsräumungen wegen angeblichen Fehlverhaltens ihrer Kinder; fordert die Mitgliedstaaten auf, derartigen diskriminierenden Praktiken ein Ende zu setzen und das Recht auf Wohnen als grundlegende Voraussetzung für Stabilität von Familien und Jugendlichen sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 1321
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 25 m (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25m. fordert die Einrichtung von Mechanismen für die dringende Neuunterbringung von Familien, die unmittelbar Opfer von Drogenhandel oder organisierter Kriminalität sind; betont, dass die Behörden die Sicherheit und Würde dieser Familien sicherstellen und ihnen den Zugang zu sicheren und erschwinglichen Wohnraumlösungen ermöglichen müssen;

Or. en

Änderungsantrag 1322
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 25 n (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25n. erkennt an, dass die am stärksten gefährdeten und diskriminierten Gruppen am häufigsten in gesundheitsgefährdenden Behausungen leben, sei es auf kontaminiertem Boden, in belasteten Gebieten oder weit entfernt von grüner Infrastruktur; fordert die unverzügliche Annahme einer Strategie und eines Rahmens für Umweltgerechtigkeit mit besonderem Augenmerk auf Maßnahmen zur Bekämpfung von Umweltrassismus, mit denen das Recht aller auf eine gesunde Wohnumgebung sichergestellt werden soll;

Or. en

Änderungsantrag 1323
Brigitte van den Berg, Barry Cowen, Martin Hojsík, Oihane Agirregoitia Martínez

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. ist der Ansicht, dass ein europäischer Aktionsplan zur Unterstützung von Familien gefördert werden muss, wobei Großfamilien, Einelternfamilien und Familien in prekären Situationen besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist; erkennt das Bestehen einer Generationslücke im Wohnungswesen an, da ein verzögerter Zugang zu Wohnraum einer der Faktoren sein könnte, die die Familienbildung	***entfällt***

untergraben und die demografischen Herausforderungen Europas verschärfen;

Or. en

Änderungsantrag 1324
Andreas Schieder

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. ***ist der Ansicht, dass ein europäischer*** Aktionsplan zur Unterstützung ***von Familien gefördert werden muss, wobei*** Großfamilien, Einelternfamilien und ***Familien*** in prekären Situationen ***besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist***; erkennt das Bestehen einer Generationslücke im Wohnungswesen ***an, da ein verzögerter Zugang zu Wohnraum einer der Faktoren sein könnte, die*** die Familienbildung ***untergraben und die demografischen Herausforderungen Europas verschärfen***;	26. ***unterstützt den europäischen*** Aktionsplan zur Unterstützung ***bedürftiger Haushalte, mit besonderem Augenmerk auf*** Großfamilien, Einelternfamilien und ***Haushalte*** in prekären Situationen***, einschließlich Regenbogenfamilie***n; erkennt das Bestehen einer Generationslücke im Wohnungswesen ***und deren Auswirkungen auf*** die Familienbildung ***an und fordert eine Wohnungspolitik, die einen zeitnahen Zugang zu Sozialwohnungen und erschwinglichem Wohnraum sicherstellt, Überbelegung und ungesunde Wohnverhältnisse verringert und die Stabilität von Familien in all ihren Formen über alle Lebensphasen hinweg fördert***; ***fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, in der Wohnungspolitik und den damit verbundenen Handlungsfeldern, wie dem Neuen Europäischen Bauhaus und der EU-Städteagenda, einen klaren Ansatz zur Stärkung von Frauen und zur Förderung der Geschlechtergleichstellung zu verfolgen; dabei sollte auf Konzepten wie der 15-Minuten-Stadt und Programmen aufgebaut werden, die darauf abzielen, Städte geschlechtergerecht und inklusiv zu gestalten, wobei sichergestellt werden sollte, dass Daten geschlechtsspezifisch aufgeschlüsselt erhoben, Frauen und Mädchen in MINT-Berufen der***

Bauwirtschaft gefördert und alleinerziehende Mütter, ältere Frauen, von Obdachlosigkeit bedrohte Frauen sowie Opfer häuslicher Gewalt durch spezifische Maßnahmen unterstützt werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 1325
Klara Dostalova, Julie Rechagneux, Ondřej Knotek, Jaroslav Bžoch, Tomáš Kubín

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. ist der Ansicht, dass ***ein europäischer Aktionsplan zur*** Unterstützung von Familien ***gefördert werden muss***, wobei Großfamilien, Einelternfamilien und Familien in prekären Situationen besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist; erkennt das Bestehen einer Generationslücke im Wohnungswesen an, da ein verzögerter Zugang zu Wohnraum einer der Faktoren sein könnte, die die Familienbildung untergraben und die demografischen Herausforderungen Europas verschärfen;	26. ist der Ansicht, dass ***es notwendig ist, die Familie als Grundpfeiler der Gesellschaft anzuerkennen und die*** Unterstützung von Familien ***zu einer wohnungspolitischen Priorität zu erklären***, wobei Großfamilien, Einelternfamilien und Familien in prekären Situationen besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist; erkennt das Bestehen einer Generationslücke im Wohnungswesen an, da ein verzögerter Zugang zu Wohnraum einer der Faktoren sein könnte, die die Familienbildung untergraben und die demografischen Herausforderungen Europas verschärfen; ***betont, dass einem europäischen Aktionsplan lediglich eine koordinierende und beratende Rolle zuteil werden sollte, während konkrete Familienpolitiken in der Verantwortung der Mitgliedstaaten verbleiben müssen; betont, dass Wohnraum für Familien, insbesondere für junge Paare und die Mittelschicht, Vorrang vor anderen Kategorien eingeräumt werden muss, da dies direkt zur demografischen Erneuerung Europas beiträgt;***

Or. en

Änderungsantrag 1326
Aodhán Ó Ríordáin, Andreas Schieder, Gabriele Bischoff, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Nora Mebarek, Isilda Gomes, Joanna Scheuring-Wielgus, Yannis Maniatis, Marko Vešligaj

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. ist der Ansicht, dass ein europäischer Aktionsplan zur Unterstützung von Familien gefördert werden muss, wobei ***Großfamilien,*** Einelternfamilien und Familien in prekären Situationen besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist; erkennt das Bestehen einer Generationslücke im Wohnungswesen an, da ein verzögerter Zugang zu Wohnraum ***einer der Faktoren sein könnte, die die Familienbildung untergraben*** und die demografischen Herausforderungen Europas ***verschärfen***;	26. ist der Ansicht, dass ein europäischer Aktionsplan zur Unterstützung von Familien gefördert werden muss, wobei Einelternfamilien und Familien in prekären Situationen***, die mit Wohnunsicherheit zu kämpfen haben,*** besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist; erkennt das Bestehen einer Generationslücke im Wohnungswesen an, da ein verzögerter Zugang zu Wohnraum ***die Fähigkeit jüngerer Generationen einschränkt, unabhängig zu leben und freie Lebensentscheidungen zu treffen, die Kinderarmut verschärft*** und die demografischen Herausforderungen Europas ***verschärft***; ***fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, den Bedarf an Wohnraum für Familien in den Europäischen Plan für erschwinglichen Wohnraum und die Europäische Garantie für Kinder aufzunehmen und sicherzustellen, dass kein Kind in unangemessenen oder überfüllten Unterkünften aufwächst;***

Or. en

Änderungsantrag 1327
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, David Casa, Markus Ferber, Maravillas Abadía Jover, Inese Vaidere, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Rosa Estaràs Ferragut, Elena Nevado del Campo

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. ist der Ansicht, dass ein europäischer Aktionsplan zur Unterstützung von Familien gefördert werden muss, wobei Großfamilien, Einelternfamilien und Familien in prekären Situationen besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist; erkennt das Bestehen einer Generationslücke im Wohnungswesen an, da ein verzögerter Zugang zu Wohnraum einer der Faktoren sein könnte, die die Familienbildung untergraben und die demografischen Herausforderungen Europas verschärfen;	26. ist der Ansicht, dass ein europäischer Aktionsplan zur Unterstützung von Familien gefördert werden muss, wobei Großfamilien, Einelternfamilien und Familien in prekären Situationen besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist; erkennt das Bestehen einer Generationslücke im Wohnungswesen an, da ein verzögerter Zugang zu Wohnraum einer der Faktoren sein könnte, die die Familienbildung untergraben und die demografischen Herausforderungen Europas verschärfen; ***fordert die Mitgliedstaaten auf, gezielte finanzielle Anreize für Familien einzuführen, um den Erwerb von Wohneigentum zu erleichtern und die Familienbildung zu unterstützen, damit Familien finanziell entlastet, die demografische Entwicklung positiv beeinflusst und die soziale Stabilität in Europa gestärkt werden;***

Or. en

Änderungsantrag 1328
Georgiana Teodorescu, Antonella Sberna, Alessandro Ciriani, Lara Magoni, Nora Junco García, Nicolas Bay

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. ist der Ansicht, dass ein europäischer Aktionsplan zur Unterstützung von Familien gefördert werden muss, wobei Großfamilien, Einelternfamilien und Familien in prekären Situationen besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist; erkennt das Bestehen einer Generationslücke im Wohnungswesen an, da ein verzögerter Zugang zu Wohnraum einer der Faktoren sein könnte, die die Familienbildung untergraben und die demografischen Herausforderungen	26. ist der Ansicht, dass ein europäischer Aktionsplan zur Unterstützung von Familien gefördert werden muss, wobei Großfamilien, Einelternfamilien und Familien in prekären Situationen besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist; erkennt das Bestehen einer Generationslücke im Wohnungswesen an, da ein verzögerter Zugang zu Wohnraum einer der Faktoren sein könnte, die die Familienbildung untergraben und die demografischen Herausforderungen

Europas verschärfen;	Europas verschärfen; ***weist darauf hin, dass Wohnraum ein entscheidender Faktor zur Unterstützung demografischer Entwicklungen ist; betont, dass dieses Thema von strategischer und entscheidender Bedeutung für die Zukunft der Union ist; warnt davor, dass eine unzureichende Wohnungspolitik das demografische Wachstum in der EU untergräbt;***

Or. en

Änderungsantrag 1329
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. ist der Ansicht, dass ***ein europäischer Aktionsplan*** zur Unterstützung von ***Familien gefördert werden muss, wobei Großfamilien, Einelternfamilien und Familien*** in prekären Situationen ***besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist***; erkennt das Bestehen einer Generationslücke im Wohnungswesen an, da ein verzögerter Zugang zu Wohnraum einer der Faktoren ***sein könnte, die die Familienbildung untergraben*** und die demografischen Herausforderungen Europas verschärfen;	26. ist der Ansicht, dass ***gezielte vorrangige Maßnahmen*** zur Unterstützung von ***Haushalten*** in prekären Situationen ***gefördert werden müssen***; erkennt das Bestehen einer Generationslücke im Wohnungswesen an, da ein verzögerter Zugang zu Wohnraum einer der Faktoren ***ist, die junge Menschen daran hindern, ein unabhängiges, sicheres und erfülltes Leben aufzubauen, einschließlich des Auszugs aus dem Elternhaus für Ausbildung, Studium oder Aufnahme eines ersten dem Qualifikationsniveau entsprechenden Berufs,*** und die demografischen Herausforderungen Europas verschärfen; ***weist darauf hin, dass Europa ein alternder Kontinent ist, was eine Herausforderung für den Wohnungssektor darstellt; fordert die Kommission auf, die Anpassung an den demografischen Wandel in alle wohnungspolitischen Maßnahmen einzubeziehen;***

Or. en

Änderungsantrag 1330
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, Markus Ferber, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Marco Falcone, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. ist der Ansicht, dass ein europäischer Aktionsplan zur Unterstützung von Familien gefördert werden muss, wobei Großfamilien, Einelternfamilien und Familien in prekären Situationen besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist; erkennt das Bestehen einer Generationslücke im Wohnungswesen an, da ein verzögerter Zugang zu Wohnraum einer der Faktoren sein könnte, die die Familienbildung untergraben und die demografischen Herausforderungen Europas verschärfen;	26. ist der Ansicht, dass ein europäischer Aktionsplan zur Unterstützung von Familien gefördert werden muss, wobei Großfamilien, Einelternfamilien und Familien in prekären Situationen besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist; erkennt das Bestehen einer Generationslücke im Wohnungswesen an, da ein verzögerter Zugang zu Wohnraum einer der Faktoren sein könnte, die die Familienbildung untergraben und die demografischen Herausforderungen Europas verschärfen; ***erkennt an, dass private Wohnungssparfonds ein praktisches und wirksames Instrument für Einzelpersonen und Familien darstellen, wenn es darum geht, in Wohnraum zu investieren und den erleichterten Zugang zu Hypothekarkrediten zu fördern;***

Or. en

Änderungsantrag 1331
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, David Casa, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Inese Vaidere, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Marco Falcone, Rosa Estaràs Ferragut, Elena Nevado del Campo

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. ist der Ansicht, dass ein	26. ist der Ansicht, dass ein

europäischer Aktionsplan zur Unterstützung von Familien gefördert werden muss, wobei Großfamilien, Einelternfamilien und Familien in prekären Situationen besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist; erkennt das Bestehen einer Generationslücke im Wohnungswesen an, da ein verzögerter Zugang zu Wohnraum einer der Faktoren sein könnte, die die Familienbildung untergraben und die demografischen Herausforderungen Europas verschärfen;	europäischer Aktionsplan zur Unterstützung von Familien gefördert werden muss, wobei Großfamilien, Einelternfamilien und Familien in prekären Situationen besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist; erkennt das Bestehen einer Generationslücke im Wohnungswesen an, da ein verzögerter Zugang zu Wohnraum einer der Faktoren sein könnte, die die Familienbildung untergraben und die demografischen Herausforderungen Europas verschärfen; ***betont, dass erschwinglicher Wohnraum von wesentlicher Bedeutung ist, wenn es darum geht, die Familienbildung zu unterstützen und dem Bevölkerungsschwund entgegenzuwirken, insbesondere in Regionen, die von Bevölkerungsrückgang und Abwanderung betroffen sind;***

Or. en

Änderungsantrag 1332
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, David Casa, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Marco Falcone, Rosa Estaràs Ferragut, Elena Nevado del Campo

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. ist der Ansicht, dass ein europäischer Aktionsplan zur Unterstützung von Familien gefördert werden muss, wobei Großfamilien, Einelternfamilien und Familien in prekären Situationen besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist; erkennt das Bestehen einer Generationslücke im Wohnungswesen an, da ein verzögerter Zugang zu Wohnraum einer der Faktoren sein könnte, die die Familienbildung untergraben und die demografischen Herausforderungen	26. ist der Ansicht, dass ein europäischer Aktionsplan zur Unterstützung von Familien gefördert werden muss, wobei Großfamilien, Einelternfamilien und Familien in prekären Situationen besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist; erkennt das Bestehen einer Generationslücke im Wohnungswesen an, da ein verzögerter Zugang zu Wohnraum einer der Faktoren sein könnte, die die Familienbildung untergraben und die demografischen Herausforderungen Europas verschärfen; ***erkennt die***

Europas verschärfen;	***besonderen Schwierigkeiten von Großfamilien bei der Wohnungssuche an, die auf den Mangel an erschwinglichen Wohnungen sowie auf die fehlende Errichtung und Verfügbarkeit von an ihre Bedürfnisse angepassten Wohnformen zurückzuführen sind;***

Or. en

Änderungsantrag 1333
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, David Casa, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. ist der Ansicht, dass ein europäischer Aktionsplan zur Unterstützung von Familien gefördert werden muss, wobei Großfamilien, Einelternfamilien und Familien in prekären Situationen besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist; erkennt das Bestehen einer Generationslücke im Wohnungswesen an, da ein verzögerter Zugang zu Wohnraum einer der Faktoren sein könnte, die die Familienbildung untergraben und die demografischen Herausforderungen Europas verschärfen;	26. ist der Ansicht, dass ein europäischer Aktionsplan zur Unterstützung von Familien gefördert werden muss, wobei Großfamilien, Einelternfamilien und Familien in prekären Situationen besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist; erkennt das Bestehen einer Generationslücke im Wohnungswesen an, da ein verzögerter Zugang zu Wohnraum einer der Faktoren sein könnte, die die Familienbildung untergraben und die demografischen Herausforderungen Europas verschärfen; ***fordert die Mitgliedstaaten auf, die Umsetzung und Förderung dieser Maßnahmen im Rahmen umfassenderer Bemühungen zur Bewältigung der Wohnungskrise zu erleichtern;***

Or. en

Änderungsantrag 1334
György Hölvényi, Pál Szekeres

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. ist der Ansicht, dass ein europäischer Aktionsplan zur Unterstützung von Familien gefördert werden muss, wobei Großfamilien, Einelternfamilien und Familien in prekären Situationen besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist; erkennt das Bestehen einer Generationslücke im Wohnungswesen an, da ein verzögerter Zugang zu Wohnraum einer der Faktoren sein könnte, die die Familienbildung untergraben und die demografischen Herausforderungen Europas verschärfen;	26. ist der Ansicht, dass ein europäischer Aktionsplan zur Unterstützung von Familien gefördert werden muss, wobei Großfamilien, Einelternfamilien und Familien in prekären Situationen besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist; erkennt das Bestehen einer Generationslücke im Wohnungswesen an, da ein verzögerter Zugang zu Wohnraum einer der Faktoren sein könnte, die die Familienbildung ***sowie die Möglichkeit, vor dem 30. Lebensjahr Kinder zu bekommen,*** untergraben und die demografischen Herausforderungen Europas verschärfen;

Or. en

Änderungsantrag 1335
Marco Falcone, Flavio Tosi, Caterina Chinnici, Letizia Moratti, Massimiliano Salini, Salvatore De Meo, Giusi Princi, Fulvio Martusciello

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. ist der Ansicht, dass ein europäischer Aktionsplan zur Unterstützung von Familien gefördert werden muss, wobei Großfamilien, Einelternfamilien ***und*** Familien in prekären Situationen besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist; erkennt das Bestehen einer Generationslücke im Wohnungswesen an, da ein verzögerter Zugang zu Wohnraum einer der Faktoren sein könnte, die die Familienbildung untergraben und die demografischen Herausforderungen Europas verschärfen;	26. ist der Ansicht, dass ein europäischer Aktionsplan zur Unterstützung von Familien gefördert werden muss, wobei Großfamilien, Einelternfamilien***,*** Familien in prekären Situationen ***sowie Familien mit sehr geringem oder keinem Einkommen*** besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist; erkennt das Bestehen einer Generationslücke im Wohnungswesen an, da ein verzögerter Zugang zu Wohnraum einer der Faktoren sein könnte, die die Familienbildung untergraben und die demografischen Herausforderungen Europas verschärfen;

Or. en

Änderungsantrag 1336
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, David Casa, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Marco Falcone, Rosa Estaràs Ferragut, Elena Nevado del Campo

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. ist der Ansicht, dass ein europäischer Aktionsplan zur Unterstützung von Familien gefördert werden muss, wobei Großfamilien, Einelternfamilien und Familien in prekären Situationen besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist; erkennt das Bestehen einer Generationslücke im Wohnungswesen an, da ein verzögerter Zugang zu Wohnraum einer der Faktoren sein könnte, die die Familienbildung untergraben und die demografischen Herausforderungen Europas verschärfen;	26. ist der Ansicht, dass ein europäischer Aktionsplan zur Unterstützung von Familien gefördert werden muss, wobei Großfamilien, Einelternfamilien***, Familien mit Menschen mit Behinderungen*** und Familien in prekären Situationen besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist; erkennt das Bestehen einer Generationslücke im Wohnungswesen an, da ein verzögerter Zugang zu Wohnraum einer der Faktoren sein könnte, die die Familienbildung untergraben und die demografischen Herausforderungen Europas verschärfen;

Or. en

Änderungsantrag 1337
Leila Chaibi, Irene Montero, Ilaria Salis, Martin Schirdewan, Manon Aubry, Arash Saeidi, Anthony Smith, Giorgos Georgiou, Estrella Galán, Damien Carême, Rima Hassan, Younous Omarjee, Marina Mesure, Catarina Martins, Emma Fourreau, Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. ist der Ansicht, dass ein europäischer Aktionsplan zur Unterstützung von Familien ***gefördert werden muss, wobei Großfamilien,***	26. ist der Ansicht, dass ein europäischer Aktionsplan zur Unterstützung von Familien und ***Einzelpersonen*** in prekären Situationen

Einelternfamilien und ***Familien*** in prekären Situationen ***besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist***; erkennt das Bestehen einer Generationslücke im Wohnungswesen an, da ein verzögerter Zugang zu Wohnraum einer der Faktoren sein könnte, die die Familienbildung untergraben und die demografischen Herausforderungen Europas verschärfen;

gefördert werden muss; erkennt das Bestehen einer Generationslücke im Wohnungswesen an, da ein verzögerter Zugang zu Wohnraum einer der Faktoren sein könnte, die die Familienbildung untergraben und die demografischen Herausforderungen Europas verschärfen;

Or. en

Änderungsantrag 1338
Georgiana Teodorescu, Antonella Sberna, Lara Magoni, Alessandro Ciriani, Nora Junco García

Entschließungsantrag
Ziffer 26 – Unterabsatz 1 (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Senioren

Or. en

Änderungsantrag 1339
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, David Casa, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Marco Falcone, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 26 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26a. fordert die Kommission dazu auf, dem Thema barrierefreier und angemessener Wohnraum für Menschen mit Behinderungen gebührende Aufmerksamkeit zu widmen, und erkennt an, dass es sich dabei nicht um Einzelfälle, sondern um eine systemische Herausforderung handelt; betont, dass sowohl die Verfügbarkeit und

Aufrechterhaltung von erschwinglichem und zugänglichem Wohnraum als auch die Bereitstellung angemessener gemeindenaher Unterstützungsdienste, die an die funktionalen und kognitiven Fähigkeiten des Einzelnen angepasst sind, einschließlich unterstützter Wohnformen, sichergestellt werden müssen; fordert, dass sichergestellt wird, dass der Wohnungsbestand Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen zugänglich gemacht wird, wo immer dies notwendig und möglich ist; spricht sich für private genossenschaftliche Wohninitiativen, einschließlich solcher für Menschen mit Behinderungen, aus, bei denen Gemeinschaften Wohnprojekte gemeinsam entwickeln und verwalten, um den sozialen Zusammenhalt zu fördern und eine langfristige Erschwinglichkeit sicherzustellen; erkennt solche Modelle als Beitrag zum sozialen Zusammenhalt und zur langfristigen Erschwinglichkeit von Wohnraum an; betont, dass es wichtig ist, im Einklang mit dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen Normen für die Barrierefreiheit einzuführen und die Leitlinien für die Gestaltung barrierefreien Wohnraums bei sämtlichen von der EU finanzierten Wohnprojekten umzusetzen; betont, dass das in Artikel 19 des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen verankerte Recht auf ein unabhängiges Leben die Freiheit umfasst, den eigenen Wohnort selbst zu wählen, sowie den Zugang zu gemeindenaher Infrastruktur und zu Dienstleistungen, die Autonomie und soziale Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ermöglichen;

Or. en

Änderungsantrag 1340

Jagna Marczułajtis-Walczak

Entschließungsantrag
Ziffer 26 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26a. fordert die Mitgliedstaaten auf, umfassende, zugängliche und systematische gemeindenahe Dienste für Menschen mit Behinderungen sicherzustellen; betont, dass individuelle Unterstützungsdienste am Wohnort unerlässlich sind, um ein selbstbestimmtes Leben und soziale Teilhabe zu ermöglichen und zu verhindern, dass Menschen mit Behinderungen gezwungen sind, Unterstützung in institutionellen Einrichtungen in Anspruch zu nehmen; betont, dass das Recht auf betreutes Wohnen als subjektives Recht anerkannt werden sollte, das jeder Person mit Behinderung, die auf entsprechende Unterstützung angewiesen ist, unabhängig von ihrer Wohnsituation oder ihrem Autonomiegrad garantiert wird; hebt hervor, dass standardisierte und qualitätsgesicherte Unterstützungsleistungen notwendig sind, um eine angemessene Lebensqualität sowie die Freiheit zu gewährleisten, selbst zu entscheiden, wo, wie und mit wem man leben möchte; stellt fest, dass ohne solche Dienstleistungen die bloße Schaffung physischer Wohninfrastruktur keine tatsächliche Barrierefreiheit oder effektive Nutzung der Wohnungen durch Menschen mit Behinderungen sicherstellen kann; fordert darüber hinaus, dass Unterstützungsangebote in der Gemeinschaft flexibel und anpassungsfähig gestaltet werden, um auf sich verändernde individuelle Bedürfnisse zu reagieren, und auch Übergangs- bzw. „Übungswohnungen“ einschließen, die die Eingewöhnung in ein selbstbestimmtes Leben erleichtern;

Or. en

Änderungsantrag 1341
Maria Zacharia

Entschließungsantrag
Ziffer 26 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26a. ist zutiefst besorgt darüber, dass die Immobilienmarktspekulation und der kontinuierliche Anstieg der Wohnkosten zu einem strukturellen Hindernis für die Gründung einer Familie geworden sind, das unmittelbar zum demografischen Niedergang vieler europäischer Gesellschaften beiträgt; betont, dass die Unfähigkeit junger Menschen, menschenwürdigen und erschwinglichen Wohnraum zu erhalten, eine soziale Ungerechtigkeit ist und zur Destabilisierung des europäischen Zusammenhalts führt; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, das Wohnungsproblem als kritisches demografisches und soziales Problem anzugehen, indem sie Maßnahmen zur Kontrolle des Wohnungsmarktes, zur Stärkung des sozialen Wohnungsbaus und zur Unterstützung junger Paare festlegen;

Or. el

Änderungsantrag 1342
Leila Chaibi, Irene Montero, Ilaria Salis, Martin Schirdewan, Manon Aubry, Arash Saeidi, Anthony Smith, Giorgos Georgiou, Estrella Galán, Damien Carême, Rima Hassan, Younous Omarjee, Marina Mesure, Catarina Martins, Emma Fourreau, Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 26 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26a. fordert die Kommission und die

Mitgliedstaaten dazu auf, den Zugang zu angemessenem Wohnraum als durchsetzbares Recht zu behandeln und zu prüfen, ob das Recht auf Wohnen neben den Rechten auf Gesundheit und Bildung in den verbindlichen Rahmen der EU-Grundrechte einbezogen werden sollte; betont, dass die Gewährleistung dieses Rechts ausreichende öffentliche Investitionen, den Schutz vor Zwangsräumungen und die Regulierung der Miethöhe erfordert, um Ausbeutung zu verhindern;

Or. en

Änderungsantrag 1343
Georgiana Teodorescu, Antonella Sberna, Lara Magoni, Alessandro Ciriani, Nora Junco García

Entschließungsantrag
Ziffer 26 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26a. betont, dass es wichtig ist, die Verfügbarkeit von barrierefreiem und altersgerechtem Wohnraum für ältere Menschen sicherzustellen; fordert die Mitgliedstaaten auf, generationenübergreifende Lebensverhältnisse, gemeindenahes Wohnen und Initiativen zum gemeinsamen Wohnen („Co-Housing“) zu fördern, die wirtschaftliche, soziale und emotionale Vorteile mit sich bringen und dazu beitragen können, den Druck auf die Dienste im Sozialbereich zu verringern und die lokalen Gemeinschaften zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 1344
Maria Zacharia, Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 26 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26a. betont, dass der Zugang zu angemessenem und erschwinglichem Wohnraum zusammen mit grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen wie Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheitsversorgung und Verkehr von entscheidender Bedeutung für die Unterstützung von Familien und die Sicherstellung der sozialen Inklusion ist; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Bedürfnisse der Familie in die Wohnungspolitik einzubeziehen und koordinierte Investitionen in Wohnraum und die damit verbundene öffentliche Infrastruktur zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 1345
Aodhán Ó Ríordáin, Andreas Schieder, Gabriele Bischoff, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Nora Mebarek, Isilda Gomes, Joanna Scheuring-Wielgus, Yannis Maniatis, Marko Vešligaj

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 19 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Wohnunsicherheit ist kein geschlechtsneutrales Problem

Or. en

Änderungsantrag 1346
Aodhán Ó Ríordáin, Andreas Schieder, Gabriele Bischoff, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Nora Mebarek, Isilda Gomes, Joanna Scheuring-Wielgus, Yannis Maniatis, Marko Vešligaj

Entschließungsantrag
Ziffer 26 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26a. fordert die Kommission auf, die Grundsätze des Gender Mainstreaming und der geschlechtergerechten Budgetierung systematisch in den Europäischen Plan für erschwinglichen Wohnraum sowie in die Kohäsionsfonds zu integrieren; betont, dass im Einklang mit der Haushaltsordnung von 2024 und den Leitlinien für bessere Rechtsetzung geschlechtsspezifische Ex-ante- und Ex-post-Folgenabschätzungen der wohnpolitischen Maßnahmen der EU durchgeführt werden müssen; fordert die Erhebung und Veröffentlichung nach Geschlecht aufgeschlüsselter Daten über den Zugang zu Wohnraum und soziale Wohnungsbauprojekte;

Or. en

Änderungsantrag 1347
Georgiana Teodorescu, Antonella Sberna, Lara Magoni, Alessandro Ciriani, Nora Junco García

Entschließungsantrag
Ziffer 26 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26b. hebt die Herausforderungen für ältere Wohneigentümer hervor, die sich die Renovierung ihrer Immobilien, die notwendig sind, um die neuen Energieeffizienzstandards zu erfüllen, nicht leisten können; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, gezielte, freiwillige und unbürokratische Unterstützungsmaßnahmen zu ergreifen, bei denen die Eigentumsrechte und die individuelle Wahlfreiheit geachtet werden und zusätzliche finanzielle oder regulatorische Belastungen für

schutzbedürftige Wohneigentümer vermieden werden;

Or. en

Änderungsantrag 1348
Leila Chaibi, Irene Montero, Ilaria Salis, Martin Schirdewan, Manon Aubry, Arash Saeidi, Anthony Smith, Giorgos Georgiou, Estrella Galán, Damien Carême, Rima Hassan, Younous Omarjee, Marina Mesure, Catarina Martins, Emma Fourreau, Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 26 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26b. fordert die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass wohnungspolitische Maßnahmen ausdrücklich intersektionale Diskriminierung berücksichtigen, insbesondere gegenüber Frauen, alleinerziehenden Müttern und schutzbedürftigen Migrantinnen und Migranten; fordert die Kommission nachdrücklich auf, Programme zu finanzieren und zu überwachen und die Wohnsicherheit als eine Frage der fundamentalen Grundrechte sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 1349
Aodhán Ó Ríordáin, Andreas Schieder, Gabriele Bischoff, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Nora Mebarek, Isilda Gomes, Joanna Scheuring-Wielgus, Yannis Maniatis, Marko Vešligaj

Entschließungsantrag
Ziffer 26 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26b. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, den gleichberechtigten Zugang von Frauen zu

Krediten, Hypotheken, Wohneigentum und Mietwohnungen sicherzustellen, unter anderem durch Wohnungsbeihilfen oder Mietzuschüsse sowie steuerliche Anreize oder Abzüge für Familien mit weiblichem Haushaltsvorstand mit Betreuungsaufgaben;

Or. en

Änderungsantrag 1350
Georgiana Teodorescu, Antonella Sberna, Lara Magoni, Alessandro Ciriani, Nora Junco García, Nicolas Bay

Entschließungsantrag
Ziffer 26 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26c. fordert die Kommission auf, die Verbindung zwischen Zugänglichkeit von Wohnraum und der Familien- und Bevölkerungspolitik anzuerkennen; fordert die Mitgliedstaaten auf, demografische Prioritäten in ihre nationalen Wohnungsstrategien und künftigen EU-Finanzierungsprogramme aufzunehmen;

Or. en

Änderungsantrag 1351
Leila Chaibi, Irene Montero, Ilaria Salis, Martin Schirdewan, Manon Aubry, Arash Saeidi, Anthony Smith, Giorgos Georgiou, Estrella Galán, Damien Carême, Rima Hassan, Younous Omarjee, Marina Mesure, Catarina Martins, Emma Fourreau, Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 26 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26c. fordert die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass die Verbraucher nicht an missbräuchliche Klauseln

gebunden sind und im Einklang mit der Richtlinie 93/13/EWG über wirksame Rechtsbehelfe gegen solche Klauseln verfügen;

Or. en

Änderungsantrag 1352
Aodhán Ó Ríordáin, Andreas Schieder, Gabriele Bischoff, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Nora Mebarek, Isilda Gomes, Joanna Scheuring-Wielgus, Yannis Maniatis, Marko Vešligaj

Entschließungsantrag
Ziffer 26 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26c. fordert eine Erhöhung der Mittel für angemessenen Wohnraum und den sofortigen Zugang zu Notunterkünften für Frauen, die von häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen sind, sowie Gesetzgebungsmaßnahmen, die ihr Recht sichern, in der eigenen Wohnung zu bleiben – unabhängig von Rechtsgrundlage, Eigentum oder Mietverhältnis – indem im Bedarfsfall eine sofortige Entfernung des Täters ermöglicht wird;

Or. en

Änderungsantrag 1353
Leila Chaibi, Irene Montero, Ilaria Salis, Martin Schirdewan, Manon Aubry, Arash Saeidi, Anthony Smith, Giorgos Georgiou, Estrella Galán, Damien Carême, Rima Hassan, Younous Omarjee, Marina Mesure, Catarina Martins, Emma Fourreau, Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 26 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26d. fordert die Mitgliedstaaten auf, Kreditgeber zu ermutigen, vor Einleitung

eines Zwangsvollstreckungsverfahrens angemessene Nachsicht walten zu lassen, und, sofern noch offene Forderungen bestehen, die Rückzahlung zu erleichtern, um die Verbraucher im Einklang mit der Richtlinie 2014/17/EU zu schützen;

Or. en

Änderungsantrag 1354
Leila Chaibi, Irene Montero, Ilaria Salis, Martin Schirdewan, Manon Aubry, Arash Saeidi, Anthony Smith, Giorgos Georgiou, Estrella Galán, Damien Carême, Rima Hassan, Younous Omarjee, Marina Mesure, Catarina Martins, Emma Fourreau, Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 26 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26e. fordert die Kommission auf, der Entwicklung einer sozial inklusiven Wirtschaft im Einklang mit den Grundsätzen der europäischen Säule sozialer Rechte besondere Aufmerksamkeit zu widmen; betont ferner, dass die Richtlinie 2014/17/EU vom 4. Februar 2014 die Kreditgeber verpflichtet, vor der Einleitung von Zwangsvollstreckungsverfahren angemessene Nachsicht walten zu lassen und eine Obergrenze für die von den Kreditgebern im Falle eines Zahlungsausfalls den Verbrauchern auferlegten Zusatzkosten festzulegen;

Or. en

Änderungsantrag 1355
Aodhán Ó Ríordáin, Andreas Schieder, Gabriele Bischoff, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Nora Mebarek, Isilda Gomes, Joanna Scheuring-Wielgus, Yannis Maniatis, Marko Vešligaj

Entschließungsantrag
Ziffer 26 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26d. fordert, dass das Recht der Frauen auf Beteiligung an allen Aspekten der Gestaltung wohnwirtschaftlicher Politik sichergestellt wird und dass die durchgängige Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung bei der Gestaltung und dem Bau von Wohnungen, der Entwicklung und Planung von Gemeinschaften, dem Verkehr und der Infrastruktur berücksichtigt wird;

Or. en

Änderungsantrag 1356
Leila Chaibi, Irene Montero, Ilaria Salis, Martin Schirdewan, Manon Aubry, Arash Saeidi, Anthony Smith, Giorgos Georgiou, Estrella Galán, Damien Carême, Rima Hassan, Younous Omarjee, Marina Mesure, Catarina Martins, Emma Fourreau, Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 26 f (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26f. fordert die Mitgliedstaaten auf, bei der Umsetzung des Unionsrechts die in der Charta der Grundrechte verankerten Grundrechte zu berücksichtigen, einschließlich des in Artikel 7 garantierten Rechts auf Wohnraum und des in Artikel 47 verankerten Rechts auf einen wirksamen Rechtsbehelf; ist insbesondere im Hinblick auf die Folgen von Zwangsräumungen der Auffassung, dass die nationalen Gerichte einstweilige Maßnahmen vorsehen müssen, um rechtswidrige Hypothekenvollstreckungsverfahren auszusetzen oder einzustellen, wenn solche Maßnahmen erforderlich sind, um die Wirksamkeit des im Unionsrecht vorgesehenen Schutzes sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 1357
Aodhán Ó Ríordáin, Andreas Schieder, Gabriele Bischoff, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Nora Mebarek, Isilda Gomes, Joanna Scheuring-Wielgus, Yannis Maniatis, Marko Vešligaj

Entschließungsantrag
Ziffer 26 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26e. weist darauf hin, dass Maßnahmen zur Barrierefreiheit für Wohnraum und Infrastruktur sich positiv auf die Geschlechtergleichstellung auswirken; fordert die Kommission und das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) ferner auf, Indikatoren zur Überwachung der geschlechtsspezifischen Dimension der Erschwinglichkeit von Wohnraum und der Obdachlosigkeit zu entwickeln;

Or. en

Änderungsantrag 1358
Aodhán Ó Ríordáin, Andreas Schieder, Gabriele Bischoff, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Nora Mebarek, Isilda Gomes, Joanna Scheuring-Wielgus, Yannis Maniatis, Marko Vešligaj

Entschließungsantrag
Ziffer 26 f (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26f. betont, dass die geschlechterspezifische Aufteilung sowohl der bezahlten als auch der unbezahlten Betreuungsaufgaben und die tief verwurzelten Geschlechterstereotypen direkt zum geschlechtsspezifischen Lohngefälle beitragen, was zu Einkommensunterschieden führt, die sich erheblich auf Wohnsicherheit, soziale

Ausgrenzung, psychische Gesundheit und geschlechtsspezifische Gewalt auswirken; fordert die Mitgliedstaaten auf, die Umsetzung der Richtlinie zur Lohntransparenz nicht zu verzögern;

Or. en

Änderungsantrag 1359
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Obdachlosigkeit	***Beendigung der*** Obdachlosigkeit ***bis spätestens 2030: „Housing First“ als Kernkonzept***

Or. en

Änderungsantrag 1360
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 26 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26a. ist der festen Überzeugung, dass die EU-Organe und die Mitgliedstaaten ihre Bemühungen um die Beseitigung von Obdachlosigkeit bis spätestens 2030 entschlossen verstärken müssen, und erinnert an ihre offizielle Zusage im Rahmen der Erklärung von Lissabon von 2021 über die „Europäische Plattform zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit“;

Or. en

Änderungsantrag 1361

Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 26 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26b. fordert die Kommission auf, ihre Unterstützung für den Ansatz „Housing First“ bei der Bekämpfung von Obdachlosigkeit durch umfassende, personenzentrierte und integrierte politische Initiativen, die auf „Housing First“ abgestimmt sind, zu verstärken;

Or. en

Änderungsantrag 1362
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 26 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26c. erkennt die Herausforderungen an, denen sich ältere Menschen im Zusammenhang mit Instandhaltungskosten und ihrem Pflegebedarf gegenüber sehen; fordert die Mitgliedstaaten und lokalen Gebietskörperschaften auf, innovative Lösungen umzusetzen, die den Bedürfnissen älterer Menschen gerecht werden und Kooperationen fördern, um nachhaltige und zukunftsweisende Konzepte sowohl für die Langzeitpflege als auch für das Wohnen im Alter sicherzustellen; erkennt die Rolle integrierter Seniorenwohnanlagen und Co-Living-Modelle für ältere Menschen an, die es ihnen ermöglichen, länger selbstständig zu leben und dadurch die Abhängigkeit von Langzeitpflege zu verringern;

Or. en

Änderungsantrag 1363
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 26 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26d. erkennt die Besonderheiten der Lebensweise und der Wohnverhältnisse von Fahrenden an, einschließlich Wohnwagen und Leichtbauhäusern, und bekräftigt, dass ihren Bewohnern die gleichen Rechte wie allen anderen Einwohnern zu gewähren sind, wenn es um den rechtlichen Wohnsitz, den Schutz vor Zwangsräumungen, das Recht auf würdige und gesunde Wohnverhältnisse und das Recht auf Privatsphäre geht; fordert die Mitgliedstaaten auf, für eine ausreichende Anzahl sicherer, würdiger und klimaresistenter Stellplätze zu sorgen, die über Zugang zu Wasser, sanitären Einrichtungen und Basisdienstleistungen verfügen;

Or. en

Änderungsantrag 1364
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 26 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26e. hebt den Zusammenhang zwischen minderwertigem informellen Wohnraum und Ausbeutung von Arbeitskräften hervor, insbesondere in landwirtschaftlichen Gebieten in der gesamten EU, in denen Wanderarbeitnehmer häufig unter menschenunwürdigen Bedingungen und/oder in überfüllten oder unsicheren

Unterkünften untergebracht sind; betont, dass dieses Phänomen, das grenzüberschreitende Auswirkungen hat, durch deregulierte Arbeitsmärkte, fehlende Kontrollen, gesellschaftliche „Unsichtbarkeit“ und den Druck zu kostengünstiger Produktion begünstigt wird; fordert, dass die EU unverzüglich gegen diese schwerwiegende Verletzung der Menschen- und Arbeitsrechte sowie des Rechts auf Unterbringung vorgeht;

Or. en

Änderungsantrag 1365
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 26 f (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26f. fordert, auf Unionsebene das „Verursacherprinzip“ stärker anzuwenden – auch in Bezug auf Flächen, die für Wohnzwecke genutzt werden – und sicherzustellen, dass Eigentümer vor einem Wertverlust ihrer Immobilien geschützt werden, wenn bestehende Umweltverschmutzungen nicht behoben werden, wobei hierdurch verhindert werden soll, dass die Belastung und die Kosten der Verschmutzung auf Personen übertragen werden, die dafür keine Verantwortung tragen;

Or. en

Änderungsantrag 1366
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 26 g (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26g. fordert ein gezieltes und wirksames Maßnahmenpaket, das darauf abzielt, die vollständige und kohärente Umsetzung der wohnungsbezogenen Barrierefreiheitsanforderungen im Rahmen des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UNCRPD) sicherzustellen, um das gleiche Recht von Menschen mit Behinderungen auf ein Leben in Gemeinschaften mit den gleichen Möglichkeiten wie andere zu gewährleisten;

Or. en

Änderungsantrag 1367
Aodhán Ó Ríordáin, Andreas Schieder, Gabriele Bischoff, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Nora Mebarek, Isilda Gomes, Joanna Scheuring-Wielgus, Yannis Maniatis, Marko Vešligaj

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. betont ***die Existenz der Europäischen Plattform zur Bekämpfung der*** Obdachlosigkeit ***und*** fordert ***eine Stärkung ihrer Arbeit***; fordert die ***Mitgliedstaaten*** auf, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass Obdachlose Zugang zu Sozialwohnungen haben***, und*** weist darauf hin, dass Maßnahmen gegen Obdachlosigkeit Teil der Sozialpolitik ***als*** Zuständigkeit der Mitgliedstaaten ***sind***; fordert die beschleunigte Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder, um Obdachlosigkeit von Kindern zu verhindern und zu bekämpfen;	27. betont***, dass*** Obdachlosigkeit ***die schwerwiegendste Form von Armut und sozialer Ausgrenzung darstellt und eine Verletzung der Menschenwürde ist;*** fordert ***verstärkte Anstrengungen zur Beseitigung der Obdachlosigkeit in Europa, insbesondere die Fortsetzung der Investitionen in die Europäische Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit und die weitere Stärkung ihrer Rolle bei der Koordinierung und Erleichterung des Austauschs zwischen den Mitgliedstaaten und den Interessenträgern, unter anderem durch den Austausch bewährter Verfahren im Bereich Frühwarnsysteme zur Verhinderung von Zwangsräumungen; fordert die Mitgliedstaaten auf, eine***

Empfehlung des Rates zur Obdachlosigkeit vorzuschlagen; fordert, dass die Bekämpfung der Obdachlosigkeit eine besondere Investitionspriorität im MFR für die Zeit nach 2027 ist und dass ausreichende Mittel bereitgestellt werden, um gegen Obdachlosigkeit vorzugehen; fordert die Mitgliedstaaten auf, wohnungspolitische Strategien zur Verringerung der Obdachlosigkeit zu entwickeln und umzusetzen und evidenzbasierte Maßnahmen wie „Housing First“ auszuweiten; fordert die ***Kommission auf, technische Hilfe, Kapazitätsaufbau, politische Unterstützung und Überwachung der Fortschritte bei der Bekämpfung der Obdachlosigkeit bereitzustellen;*** fordert die ***zuständigen Behörden*** auf, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass Obdachlose Zugang zu Sozialwohnungen haben***;*** weist darauf hin, dass Maßnahmen gegen Obdachlosigkeit ***zwar*** Teil der Sozialpolitik ***sind und daher in erster Linie in die*** Zuständigkeit der Mitgliedstaaten ***fallen, die Union jedoch weiterhin die Bemühungen unterstützen und koordinieren sollte***; fordert die beschleunigte Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder ***mit einem zweckgebundenen Budget von mindestens 20 Mrd. Euro***, um Obdachlosigkeit von Kindern zu verhindern und zu bekämpfen;

Or. en

Änderungsantrag 1368
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. betont die Existenz der	27. betont die Existenz der

Europäischen Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit und fordert ***eine Stärkung ihrer Arbeit***; fordert die Mitgliedstaaten auf, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass Obdachlose Zugang zu Sozialwohnungen haben***, und weist darauf hin, dass Maßnahmen gegen Obdachlosigkeit Teil der Sozialpolitik als Zuständigkeit der Mitgliedstaaten sind***; fordert die beschleunigte Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder, um Obdachlosigkeit von Kindern zu verhindern ***und*** zu bekämpfen;	Europäischen Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit ***(EPOCH)*** und fordert***, ihre Wirksamkeit durch ein eigenes Budget und einen neuen Arbeitsplan im Rahmen des nächsten Aktionsplans zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte (EPRS-Aktionsplan) zu stärken; fordert die Kommission auf, für starke Synergien zwischen der geplanten ersten EU-Strategie zur Bekämpfung der Armut, dem neuen EPRS-Aktionsplan, der Europäischen Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit und dem bevorstehenden Europäischen Plan für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen, um einen wirksamen Rahmen zu schaffen, der darauf abzielt, die Obdachlosigkeit bis spätestens 2030 zu beseitigen***; fordert die Mitgliedstaaten auf, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass Obdachlose Zugang zu Sozialwohnungen haben; fordert die beschleunigte Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder, um Obdachlosigkeit von Kindern zu verhindern***,*** zu bekämpfen ***und zu ihrer Beseitigung beizutragen***; ***betont, dass die wirksame Teilhabe von Menschen, die von Obdachlosigkeit betroffen sind, an der Entwicklung, Umsetzung und Überwachung der entsprechenden politischen Maßnahmen der EU und der Mitgliedstaaten sichergestellt werden muss;***
	Or. en

Änderungsantrag 1369
Klara Dostalova, Julie Rechagneux, Ondřej Knotek, Jaroslav Bžoch, Rachel Blom, Tomáš Kubín

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. betont die Existenz der	27. betont die Existenz der

Europäischen Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit und ***fordert eine Stärkung ihrer Arbeit***; fordert die Mitgliedstaaten auf, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass Obdachlose Zugang zu Sozialwohnungen haben, und weist darauf hin, dass Maßnahmen gegen Obdachlosigkeit Teil der Sozialpolitik als Zuständigkeit der Mitgliedstaaten sind; fordert die beschleunigte Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder, um Obdachlosigkeit von Kindern zu verhindern und zu bekämpfen;	Europäischen Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit und ***betont, dass sich deren Rolle auf die Koordinierung, den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren beschränken sollte, ohne verbindliche Maßnahmen festzulegen***; fordert die Mitgliedstaaten auf, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass Obdachlose Zugang zu Sozialwohnungen haben, und weist darauf hin, dass Maßnahmen gegen Obdachlosigkeit Teil der Sozialpolitik als Zuständigkeit der Mitgliedstaaten sind; ***betont, dass beim Zugang zu Sozialwohnungen den Bürgern der Mitgliedstaaten und bedürftigen Familien Vorrang eingeräumt werden muss, nicht den illegalen Migranten; betont, dass Sozialprogramme keine Anreize für weitere irreguläre Migration nach Europa schaffen sollten;*** fordert die beschleunigte Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder, um Obdachlosigkeit von Kindern zu verhindern und zu bekämpfen;

Or. en

Änderungsantrag 1370
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, David Casa, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Marco Falcone, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. betont die Existenz der Europäischen Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit und fordert eine Stärkung ihrer Arbeit; fordert die Mitgliedstaaten auf, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass Obdachlose Zugang zu Sozialwohnungen haben, und weist darauf hin, dass Maßnahmen gegen Obdachlosigkeit Teil	27. betont die Existenz der Europäischen Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit und fordert eine Stärkung ihrer Arbeit; fordert die Mitgliedstaaten auf, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass Obdachlose Zugang zu Sozialwohnungen haben, und weist darauf hin, dass Maßnahmen gegen Obdachlosigkeit Teil

der Sozialpolitik als Zuständigkeit der Mitgliedstaaten sind; fordert die beschleunigte Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder, um Obdachlosigkeit von Kindern zu verhindern und zu bekämpfen;	der Sozialpolitik als Zuständigkeit der Mitgliedstaaten sind; fordert die beschleunigte Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder, um Obdachlosigkeit von Kindern zu verhindern und zu bekämpfen; ***fordert die Europäische Arbeitsbehörde auf, eine eingehende Studie durchzuführen, um relevante Daten über Obdachlosigkeit bei Arbeitsmigranten zu sammeln, insbesondere in Fällen, in denen Wohnraum an Arbeitsverträge gebunden ist, und ihre Situation nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses zu untersuchen;***

Or. en

Änderungsantrag 1371
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Daniel Buda, Niels Geuking, David Casa, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Marco Falcone, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. betont die Existenz der Europäischen Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit und fordert eine Stärkung ihrer Arbeit; fordert die Mitgliedstaaten auf, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass Obdachlose Zugang zu Sozialwohnungen haben, und weist darauf hin, dass Maßnahmen gegen Obdachlosigkeit Teil der Sozialpolitik als Zuständigkeit der Mitgliedstaaten sind; fordert die beschleunigte Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder, um Obdachlosigkeit von Kindern zu verhindern und zu bekämpfen;	27. betont die Existenz der Europäischen Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit und fordert eine Stärkung ihrer Arbeit; fordert die Mitgliedstaaten auf, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass Obdachlose Zugang zu Sozialwohnungen haben, und weist darauf hin, dass Maßnahmen gegen Obdachlosigkeit Teil der Sozialpolitik als Zuständigkeit der Mitgliedstaaten sind; fordert die beschleunigte Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder, um Obdachlosigkeit von Kindern zu verhindern und zu bekämpfen; ***fordert die Union und die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass die Einwanderungspolitik wirksam ist und dass der Migrationspakt vollständig umgesetzt wird, um den***

Migrationsdruck auf dem Wohnungsmarkt zu verringern;

Or. en

Änderungsantrag 1372
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. betont die Existenz der Europäischen Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit und fordert eine Stärkung ihrer Arbeit; fordert die Mitgliedstaaten auf, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass Obdachlose Zugang zu Sozialwohnungen haben, und weist darauf hin, dass Maßnahmen gegen Obdachlosigkeit Teil der Sozialpolitik als Zuständigkeit der Mitgliedstaaten sind; fordert die beschleunigte Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder, um Obdachlosigkeit von Kindern zu verhindern und zu bekämpfen;	27. betont die Existenz der Europäischen Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit und fordert eine Stärkung ihrer Arbeit; fordert die Mitgliedstaaten auf, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass Obdachlose Zugang zu Sozialwohnungen haben, und weist darauf hin, dass Maßnahmen gegen Obdachlosigkeit Teil der Sozialpolitik als Zuständigkeit der Mitgliedstaaten sind; ***stellt fest, dass die Strategie „Housing First“ in bestimmten nationalen Kontexten hilfreich sein könnte, betont jedoch, dass ihre Umsetzung nach wie vor in die Zuständigkeit der einzelnen Mitgliedstaaten fällt, je nachdem, wie sie die nationale Situation bewerten;*** fordert die beschleunigte Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder, um Obdachlosigkeit von Kindern zu verhindern und zu bekämpfen;

Or. en

Änderungsantrag 1373
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, David Casa, Markus Ferber, Maravillas Abadía Jover,

Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Marco Falcone, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. betont die Existenz der Europäischen Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit und fordert eine Stärkung ihrer Arbeit; fordert die Mitgliedstaaten auf, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass Obdachlose Zugang zu Sozialwohnungen haben, und weist darauf hin, dass Maßnahmen gegen Obdachlosigkeit Teil der Sozialpolitik als Zuständigkeit der Mitgliedstaaten sind; fordert die beschleunigte Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder, um Obdachlosigkeit von Kindern zu verhindern und zu bekämpfen;	27. betont die Existenz der Europäischen Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit und fordert eine Stärkung ihrer Arbeit; fordert die Mitgliedstaaten auf, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass Obdachlose Zugang zu Sozialwohnungen haben***, und betont gleichzeitig, dass solche Unterstützungsmechanismen verantwortungsvoll eingesetzt werden sollten, bis es dem Staat gelingt, die Betroffenen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren und ihnen ein unabhängiges Leben zu ermöglichen***, und weist darauf hin, dass Maßnahmen gegen Obdachlosigkeit Teil der Sozialpolitik als Zuständigkeit der Mitgliedstaaten sind; fordert die beschleunigte Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder, um Obdachlosigkeit von Kindern zu verhindern und zu bekämpfen;

Or. en

Änderungsantrag 1374
Julie Rechagneux, Marie Dauchy, Anne-Sophie Frigout, France Jamet, Mathilde Androuët, Catherine Griset, György Hölvényi, Marie-Luce Brasier-Clain, Aleksandar Nikolic, Mélanie Disdier, Klara Dostalova

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. betont die Existenz der Europäischen Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit und fordert eine Stärkung ihrer Arbeit; fordert die Mitgliedstaaten auf, weitere Maßnahmen	27. betont die Existenz der Europäischen Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit und fordert eine Stärkung ihrer Arbeit; fordert die Mitgliedstaaten auf, weitere Maßnahmen

zu ergreifen, um sicherzustellen, dass Obdachlose Zugang zu ***Sozialwohnungen*** haben, und weist darauf hin, dass Maßnahmen gegen Obdachlosigkeit Teil der Sozialpolitik als Zuständigkeit der Mitgliedstaaten sind; fordert die beschleunigte Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder, um Obdachlosigkeit von Kindern zu verhindern und zu bekämpfen;	zu ergreifen, um sicherzustellen, dass Obdachlose Zugang zu ***Notunterkünften*** haben, und ***denjenigen, die die erforderlichen Kriterien erfüllen, soziale Unterstützungsmaßnahmen und Wege zu angemessenen individuellen oder kollektiven Wohnmöglichkeiten bereitzustellen;*** weist darauf hin, dass Maßnahmen gegen Obdachlosigkeit Teil der Sozialpolitik als Zuständigkeit der Mitgliedstaaten sind; fordert die beschleunigte Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder, um Obdachlosigkeit von Kindern zu verhindern und zu bekämpfen;

Or. en

Änderungsantrag 1375
Brigitte van den Berg, Barry Cowen, Martin Hojsík, Oihane Agirregoitia Martínez

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. betont die Existenz der Europäischen Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit und fordert eine Stärkung ihrer Arbeit; fordert die Mitgliedstaaten auf, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass Obdachlose Zugang zu Sozialwohnungen haben***, und weist darauf hin, dass Maßnahmen gegen Obdachlosigkeit Teil der Sozialpolitik als Zuständigkeit der Mitgliedstaaten sind***; ***fordert die beschleunigte Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder, um Obdachlosigkeit von Kindern zu verhindern und zu bekämpfen;***	27. ***unterstreicht das Grundrecht auf Unterstützung für die Wohnung für alle, die nicht über ausreichende Mittel verfügen;*** betont die Existenz der Europäischen Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit und fordert eine Stärkung ihrer Arbeit; fordert die Mitgliedstaaten auf, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass Obdachlose Zugang zu Sozialwohnungen haben;

Or. en

Änderungsantrag 1376

Rachel Blom, Julie Rechagneux, Klara Dostalova, Mathilde Androuët

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. betont die Existenz der Europäischen Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit ***und fordert eine Stärkung ihrer Arbeit***; fordert die Mitgliedstaaten auf, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass Obdachlose Zugang zu Sozialwohnungen haben, und weist darauf hin, dass Maßnahmen gegen Obdachlosigkeit Teil der Sozialpolitik als Zuständigkeit der Mitgliedstaaten sind; fordert die beschleunigte Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder, um Obdachlosigkeit von Kindern zu verhindern und zu bekämpfen;	27. betont die Existenz der Europäischen Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit; fordert die Mitgliedstaaten auf, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass Obdachlose Zugang zu Sozialwohnungen haben, und weist darauf hin, dass Maßnahmen gegen Obdachlosigkeit Teil der Sozialpolitik als Zuständigkeit der Mitgliedstaaten sind; fordert die beschleunigte Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder, um Obdachlosigkeit von Kindern zu verhindern und zu bekämpfen;

Or. nl

Änderungsantrag 1377
Leila Chaibi, Irene Montero, Ilaria Salis, Martin Schirdewan, Manon Aubry, Arash Saeidi, Anthony Smith, Giorgos Georgiou, Estrella Galán, Damien Carême, Rima Hassan, Younous Omarjee, Marina Mesure, Catarina Martins, Emma Fourreau, Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 27 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27a. fordert die Kommission auf, entschlossenere Maßnahmen zu ergreifen, um die Mitgliedstaaten bei der Verringerung und Beseitigung der Obdachlosigkeit zu unterstützen, indem sie eine Strategie gegen Obdachlosigkeit erarbeitet und sich verpflichtet, Obdachlosigkeit bis 2030 zu beenden; besteht darauf, dass dies einen evidenzbasierten „Housing First“-Ansatz umfassen sollte, bei dem obdachlosen

Menschen bedingungslos, dezentral und dauerhaft eigene Wohnungen zur Verfügung gestellt werden, bevor sie andere soziale Unterstützungsmaßnahmen erhalten, einschließlich gleichen Zugangs zu Unterstützungsleistungen, Gesundheits- und Sozialleistungen sowie Maßnahmen zur Verringerung von Diskriminierung gegenüber obdachlosen Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit; betont, dass dieser Rahmen verbindliche Ziele, spezifische EU-Mittel im Rahmen des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) und spezifische Bestimmungen zur Verhinderung von Obdachlosigkeit, insbesondere bei Kindern, Jugendlichen und Migranten, umfassen sollte;

Or. en

Änderungsantrag 1378
Regina Doherty

Entschließungsantrag
Ziffer 27 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27a. fordert eine Empfehlung des Rates zur Obdachlosigkeit; fordert, dass die Bekämpfung der Obdachlosigkeit eine besondere Investitionspriorität im MFR für die Zeit nach 2027 ist und dass ausreichende Mittel bereitgestellt werden, um Obdachlosigkeit zu beseitigen; fordert die Mitgliedstaaten auf, wohnungspolitische Strategien zur Verringerung der Obdachlosigkeit zu entwickeln und umzusetzen und evidenzbasierte Maßnahmen wie „Housing First“ auszuweiten; fordert die Kommission auf, technische Hilfe, Kapazitätsaufbau, politische Unterstützung und Überwachung der Fortschritte bei der Bekämpfung der

Obdachlosigkeit bereitzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 1379
Brigitte van den Berg, Barry Cowen, Martin Hojsík, Oihane Agirregoitia Martínez

Entschließungsantrag
Ziffer 27 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27a. fordert eine ambitionierte und beschleunigte Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder in der gesamten EU, um Obdachlosigkeit von Kindern zu verhindern und zu bekämpfen; sieht der bevorstehenden EU-Strategie zur Bekämpfung der Armut erwartungsvoll entgegen, die einen umfassenden politischen Rahmen zur Beseitigung der Armut bieten muss; fordert die Kommission auf, den Grundsatz „Housing First“ in den Mittelpunkt der Strategie zu stellen, um nicht zuletzt die nachteiligen Auswirkungen von Obdachlosigkeit auf Kinder zu vermeiden;

Or. en

Änderungsantrag 1380
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 27 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27a. in der Ansicht, dass Obdachlosigkeit von der EU als Obdachlosigkeit (ohne jegliche Unterkunft, auf der Straße lebend), Wohnungslosigkeit (mit einem Schlafplatz, jedoch vorübergehend in

Institutionen oder Notunterkünften), ungesichertes Wohnen (bedroht durch gravierende Ausschlussrisiken aufgrund unsicherer Mietverhältnisse, Zwangsräumung, häuslicher Gewalt) und unangemessenen Wohnraum (in Wohnwagen auf illegalen Campingplätzen, in untauglichen Unterkünften, bei extremer Überbelegung) gemäß der ETHOS-Typologie definiert werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 1381
Aodhán Ó Ríordáin, Andreas Schieder, Gabriele Bischoff, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Nora Mebarek, Isilda Gomes, Joanna Scheuring-Wielgus, Yannis Maniatis, Marko Vešligaj

Entschließungsantrag
Ziffer 27 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27a. betont, dass der Ansatz „Housing First“ in Verbindung mit starken sozialen Diensten zur Bewältigung komplexer Schwachstellen ausgeweitet und in allen EU-Mitgliedstaaten zum Standard werden muss, wobei die ergriffenen Maßnahmen auf die Bedürfnisse schutzbedürftiger Gruppen und von Obdachlosigkeit bedrohter Personen zugeschnitten sein müssen;

Or. en

Änderungsantrag 1382
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 27 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

27b. empfiehlt allen Mitgliedstaaten, in Absprache mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sowie Organisationen der Zivilgesellschaft einen nationalen Wohnungsbauplan in Verbindung mit einer nationalen Strategie für Obdachlosigkeit im Einklang mit dem Konzept „Housing First“ auszuarbeiten, da „Housing First“ in Kombination mit personalisierten Dienstleistungen in Bezug auf Prävention und Hilfe dauerhafte Wohnraummaßnahmen für Bedürftige sicherstellt und so als Plattform dient, von der aus die Schwächsten persönliche Ziele verfolgen und ihre Lebensqualität verbessern können;

Or. en

Änderungsantrag 1383
Brigitte van den Berg, Barry Cowen, Martin Hojsík, Oihane Agirregoitia Martínez, Ciaran Mullooly

Entschließungsantrag
Ziffer 27 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27b. Regionales Gleichgewicht, ländliche Gebiete, Inseln und Gebiete in äußerster Randlage
	Betont, dass die Wohnungskrise in der EU die Mitgliedstaaten nicht in gleicher Weise betrifft und regional sehr unterschiedlich ausfällt, weshalb die Bewältigung dieser regionalen Ungleichheiten in enger Zusammenarbeit mit den lokalen und regionalen Behörden sowie unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger erfolgen muss; betont, dass die Lebensqualität von entscheidender Bedeutung ist, um das wirtschaftliche Gedeihen aller Regionen sicherzustellen und eine Abwanderung von Fachkräften aufgrund fehlender

Chancen zu verhindern;

Or. en

Änderungsantrag 1384
Aodhán Ó Ríordáin, Andreas Schieder, Gabriele Bischoff, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Nora Mebarek, Isilda Gomes, Joanna Scheuring-Wielgus, Yannis Maniatis, Marko Vešligaj

Entschließungsantrag
Ziffer 27 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27b. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, gegen die Diskriminierung von obdachlosen Menschen vorzugehen; fordert die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte auf, die Überwachung von Hassverbrechen, Gewalt und sozialer Ausgrenzung gegen Obdachlose zu verbessern; fordert die Mitgliedstaaten auf, den Schutz von Menschen, die von Obdachlosigkeit betroffen sind, in die öffentliche Politik zu integrieren und Aporophobie in ihren Sicherheitsrahmen als Hassverbrechen einzustufen;

Or. en

Änderungsantrag 1385
Leila Chaibi, Irene Montero, Ilaria Salis, Martin Schirdewan, Manon Aubry, Arash Saeidi, Anthony Smith, Giorgos Georgiou, Estrella Galán, Damien Carême, Rima Hassan, Younous Omarjee, Marina Mesure, Catarina Martins, Emma Fourreau, Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 27 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27b. fordert die Kommission auf, geschlechtsspezifische Gewalt in die Wohnungspolitik der EU einzubeziehen

und dafür zu sorgen, dass bei der Finanzierung im Rahmen des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) und anderer Instrumente sicheren Wohnraumlösungen für Überlebende von Gewalt und Ausbeutung Vorrang eingeräumt wird; betont, dass langfristige, nicht vorübergehende Wohnraumlösungen erforderlich sind;

Or. en

Änderungsantrag 1386
Regina Doherty

Entschließungsantrag
Ziffer 27 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27b. fordert die Einrichtung eines speziellen Mechanismus zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit im Rahmen der gesamteuropäischen Investitionsplattform für erschwinglichen und nachhaltigen Wohnraum;

Or. en

Änderungsantrag 1387
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 27 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27c. fordert die Schaffung eines europäischen Rechtsrahmens für das Verbot von Zwangsräumungen, auch zu Renovierungszwecken, die nicht mit dem Recht, eine andere angemessene Wohnung angeboten zu bekommen, einhergehen, im Einklang mit den Menschenrechtsnormen und dem

Grundsatz, dass niemand durch eine Zwangsräumung in die Obdachlosigkeit fallen sollte; fordert ein EU-Verbot von Energieabschaltungen, welches das gesamte Jahr über für schutzbedürftige Verbraucher und Menschen, die von Energiearmut betroffen sind, gilt, sowie im Krisenfall – wie etwa der jüngsten COVID-19-Pandemie oder der Energiekrise – für alle Bürgerinnen und Bürger;

Or. en

Änderungsantrag 1388
Brigitte van den Berg, Barry Cowen, Martin Hojsík, Oihane Agirregoitia Martínez, Ciaran Mullooly

Entschließungsantrag
Ziffer 27 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27c. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, beispielsweise im Rahmen der Kohäsionspolitik Initiativen zur Wiederbelebung ländlicher Regionen umzusetzen, indem sie die Infrastruktur verbessern, Programme zur Entwicklung des Wohnungsbaus unterstützen und Maßnahmen fördern, die die Wiederbelebung des ländlichen Raums fördern und die Entwicklung von Kleinstädten unterstützen, um einzigartige Herausforderungen wie begrenzte Infrastruktur und wirtschaftliche Chancen anzugehen;

Or. en

Änderungsantrag 1389
Aodhán Ó Ríordáin, Andreas Schieder, Gabriele Bischoff, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Nora Mebarek, Isilda Gomes, Joanna Scheuring-Wielgus, Yannis Maniatis, Marko Vešligaj

Entschließungsantrag
Ziffer 27 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27c. erkennt die wesentliche Rolle von nichtstaatlichen Organisationen und Dienstleistern an vorderster Front bei der Bekämpfung von Obdachlosigkeit und der Unterstützung stabiler Wohnverhältnisse an; fordert die Mitgliedstaaten auf, für eine angemessene und nachhaltige Finanzierung des NRO-Sektors zu sorgen und faire Löhne, die Entwicklung der Arbeitskräfte und das Wohlergehen der Mitarbeiter zu unterstützen;

Or. en

Änderungsantrag 1390
Brigitte van den Berg, Martin Hojsík, Oihane Agirregoitia Martínez, Ciaran Mullooly

Entschließungsantrag
Ziffer 27 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27d. stellt fest, dass die besonderen Herausforderungen von Inseln und Gebieten in äußerster Randlage wie Insellage, Klima- und Tourismusdruck angegangen werden sollten, indem maßgeschneiderte Lösungen bereitgestellt, die Verwaltungsverfahren modernisiert und vereinfacht und Initiativen für privaten, öffentlichen und gemeinnützigen Wohnraum, menschenwürdige und erschwingliche Mieten entwickelt werden, wobei die zusätzlichen Kosten und ihre geografische Abgelegenheit zu berücksichtigen sind;

Or. en

Änderungsantrag 1391

Aodhán Ó Ríordáin, Andreas Schieder, Gabriele Bischoff, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Nora Mebarek, Isilda Gomes, Joanna Scheuring-Wielgus, Yannis Maniatis, Marko Vešligaj

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 20 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Inklusives Wohnen für Menschen mit Behinderungen

Or. en

Änderungsantrag 1392
Aodhán Ó Ríordáin, Andreas Schieder, Gabriele Bischoff, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Nora Mebarek, Isilda Gomes, Joanna Scheuring-Wielgus, Yannis Maniatis, Marko Vešligaj

Entschließungsantrag
Ziffer 27 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27d. fordert die vollständige Umsetzung der EU-Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021–2030, um barrierefreies und behindertengerechtes Wohnen für alle sicherzustellen; fordert eine Ausweitung der finanziellen Unterstützung für Anpassungsmaßnahmen im bestehenden Wohnungsbestand sowie die Einführung klarer Barrierefreiheitsanforderungen für sämtliche Neubauten, um Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben in barrierefreien, unterstützten Wohnformen innerhalb ihrer Gemeinschaften oder den Verbleib im eigenen Zuhause mit angemessener persönlicher Assistenz zu ermöglichen; fordert die Kommission auf, die Umsetzung der Leitinitiative für ein selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderungen in den Mitgliedstaaten zu überwachen und darüber Bericht zu erstatten sowie die

Durchsetzung zu verstärken, wenn die Fortschritte unzureichend sind;

Or. en

Änderungsantrag 1393
Aodhán Ó Ríordáin, Andreas Schieder, Gabriele Bischoff, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Nora Mebarek, Isilda Gomes, Joanna Scheuring-Wielgus, Yannis Maniatis, Marko Vešligaj

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 20 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Förderung eines gleichberechtigten und inklusiven Wohnraums für die LGBTQI+-Gemeinschaft

Or. en

Änderungsantrag 1394
Aodhán Ó Ríordáin, Andreas Schieder, Gabriele Bischoff, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Nora Mebarek, Isilda Gomes, Joanna Scheuring-Wielgus, Yannis Maniatis, Marko Vešligaj

Entschließungsantrag
Ziffer 27 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27e. fordert, dass im Einklang mit der Strategie der Kommission für die Gleichstellung von LGBTIQ+-Personen 2026-2030 die Ziele der Gleichstellung von LGBTIQ+-Personen in die nationale und regionale Wohnungspolitik einbezogen werden; fordert nachdrücklich, dass bei der EU-Mittelvergabe marginalisierten LGBTQI+-Gruppen im Rahmen von Sozialwohnungen und Notunterkünften Vorrang eingeräumt wird; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, innovative Wohnlösungen zu unterstützen

und zu fördern, die auf die Bedürfnisse von LGBTQI+-Personen, die von Obdachlosigkeit bedroht sind, zugeschnitten sind, einschließlich inklusiver Notunterkünfte, Übergangswohnungen für LGBTQI+-Jugendliche sowie genossenschaftlicher oder gemeinschaftlich getragener Modelle, und dies durch gezielte EU-Fördermittel und technische Unterstützung; fordert von der EU unterstützte Programme zum Kapazitätsaufbau und zur Schulung von Wohnbehörden und Dienstleistern auf allen Ebenen, um eine inklusive, diskriminierungsfreie und wirksame Erbringung von Dienstleistungen sicherzustellen; bekräftigt, dass das Recht auf angemessenen Wohnraum für alle gelten muss, unabhängig von sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität oder -ausdruck sowie geschlechtlichen Merkmalen;

Or. en

Änderungsantrag 1395
Aodhán Ó Ríordáin, Andreas Schieder, Gabriele Bischoff, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Nora Mebarek, Isilda Gomes, Joanna Scheuring-Wielgus, Yannis Maniatis, Marko Vešligaj

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 20 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Unterstützung für ältere Menschen

Or. en

Änderungsantrag 1396
Aodhán Ó Ríordáin, Andreas Schieder, Gabriele Bischoff, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Nora Mebarek, Isilda Gomes, Joanna Scheuring-Wielgus, Yannis Maniatis, Marko Vešligaj

Entschließungsantrag
Ziffer 27 f (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27f. fordert die Kommission, die Mitgliedstaaten und die lokalen Behörden auf, für sichere und altersgerechte Wohnungen zu sorgen und Renovierungsmaßnahmen zu unterstützen, da ältere Menschen zunehmend isoliert sind, Gesundheitsrisiken ausgesetzt sind und ihre Unabhängigkeit einbüßen;

Or. en

Änderungsantrag 1397
Aodhán Ó Ríordáin, Andreas Schieder, Gabriele Bischoff, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Nora Mebarek, Isilda Gomes, Joanna Scheuring-Wielgus, Yannis Maniatis, Marko Vešligaj

Entschließungsantrag
Ziffer 27 g (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27g. fordert die Einrichtung von EU-geförderten Programmen zur Förderung intergenerationaler Wohnmodelle, in deren Rahmen ältere Menschen mit Studierenden, Auszubildenden und Praktikanten zusammenleben, um Wohnkosten zu senken und die Solidarität zwischen den Generationen zu stärken; betont, dass solche Initiativen, die mit EU-Mitteln kofinanziert werden, den sozialen Zusammenhalt aktiv stärken, Ungleichheiten bekämpfen und widerstandsfähige, inklusive Gemeinschaften aufbauen sollten;

Or. en

Änderungsantrag 1398

Brigitte van den Berg, Barry Cowen, Martin Hojsík, Oihane Agirregoitia Martínez, Ciaran Mullooly

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Datenaustausch und ***-analyse***	Datenaustausch***, Transparenz*** und ***Analyse***

Or. en

Änderungsantrag 1399
Aodhán Ó Ríordáin, Andreas Schieder, Gabriele Bischoff, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Nora Mebarek, Isilda Gomes, Joanna Scheuring-Wielgus, Yannis Maniatis, Marko Vešligaj

Entschließungsantrag
Ziffer 27 h (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27h. fordert die Kommission und die nationalen Statistikämter auf, die Erhebung und Harmonisierung von Daten zu Wohngebäuden zu verstärken und dafür zu sorgen, dass die Aufschlüsselung mindestens auf NUTS-3-Ebene erfolgt; betont, dass die statistische Erfassung ausgeweitet werden muss, um Transaktionspreise und -volumina, Leerstandsquoten, Renovierungsraten, die Zusammensetzung des Mietwohnungsmarkts (Langzeit- vs. Kurzzeitvermietungen) sowie das Eigentumsvolumen nach Investorentyp einzubeziehen; betont, dass solche granularen und vergleichbaren Daten von wesentlicher Bedeutung sind, um eine wirksame Wohnungspolitik zu konzipieren, Herausforderungen in Bezug auf die Erschwinglichkeit von Wohnraum anzugehen und spekulative Dynamiken auf den Wohnungsmärkten zu verhindern;

Or. en

Änderungsantrag 1400
Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	fordert die Einrichtung einer „EU-Agentur für erschwinglichen, nachhaltigen und angemessenen Wohnraum“ als zentrale Anlaufstelle, um die Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu verbessern, politische und analytische Unterstützung bereitzustellen sowie den Austausch und die Anpassung bewährter Verfahren zu erleichtern, mit dem Ziel, dauerhafte Erschwinglichkeit, Nachhaltigkeit und Angemessenheit im Wohnungssektor sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 1401
Aodhán Ó Ríordáin, Andreas Schieder, Gabriele Bischoff, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Nora Mebarek, Isilda Gomes, Joanna Scheuring-Wielgus, Yannis Maniatis, Marko Vešligaj

Entschließungsantrag
Ziffer 27 i (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27i. fordert die Kommission auf, einen langfristigen institutionellen Rahmen zu schaffen, der die Wohnungspolitik koordiniert, relevante Daten sammelt, analysiert und überwacht und den Mitgliedstaaten sowie den regionalen und lokalen Behörden technische Hilfe und Leitlinien zur Verfügung stellt, Synergien und Verbindungen zwischen verschiedenen Institutionen, nationalen Ebenen und verschiedenen

	Finanzierungsquellen maximiert und den Kapazitätsaufbau auf allen Ebenen unterstützt; betont, dass dies durch die Einrichtung einer internen Dienststelle der Kommission, einer EU-Agentur oder eines anderen tragfähigen institutionellen Organs erfolgen könnte;

Or. en

Änderungsantrag 1402
Irmhild Boßdorf

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. fordert die Nutzung von Eurostat zur Erhebung, zur Analyse und zum Austausch von Wohnungsdaten über eine neu geschaffene spezielle digitale EU-Plattform für Echtzeit-Wohnungsdaten, um die Interoperabilität bestehender Datenquellen sicherzustellen und Doppelarbeit zu vermeiden; fordert die Kommission auf, einen jährlichen europäischen Wohnungsbericht auszuarbeiten, der einen systematischen und vergleichenden Überblick über die Wohnungsentwicklung in der gesamten EU bietet; fordert ergänzende regelmäßige Berichte über die Zuweisung und Verwendung von EU-Wohnungsfonds, um Transparenz, Rechenschaftspflicht und Effizienz bei der Bewältigung der Herausforderungen im Wohnungsbau sicherzustellen;	***entfällt***

Or. de

Änderungsantrag 1403
Brigitte van den Berg, Barry Cowen, Martin Hojsík, Oihane Agirregoitia Martínez

Entschließungsantrag

Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. fordert die Nutzung von Eurostat zur Erhebung, zur Analyse und zum Austausch von Wohnungsdaten über eine neu geschaffene spezielle digitale EU-Plattform für Echtzeit-Wohnungsdaten, um die Interoperabilität bestehender Datenquellen sicherzustellen und Doppelarbeit zu vermeiden; fordert die Kommission auf, einen jährlichen europäischen Wohnungsbericht auszuarbeiten, der einen systematischen und vergleichenden Überblick über die Wohnungsentwicklung in der gesamten EU bietet; fordert ergänzende regelmäßige Berichte über die Zuweisung und Verwendung von EU-Wohnungsfonds, um Transparenz, Rechenschaftspflicht und Effizienz bei der Bewältigung der Herausforderungen im Wohnungsbau sicherzustellen;	28. ***begrüßt die kürzlich erfolgte Verabschiedung der Verordnung über europäische Statistiken über Bevölkerung und Wohnen, die Eurostat bessere Möglichkeiten zur Erhebung von Daten über Wohnbedingungen und den Zugang zu Wohnraum in der gesamten EU bieten wird;*** fordert die Nutzung von Eurostat zur Erhebung, zur Analyse und zum Austausch von Wohnungsdaten über eine neu geschaffene spezielle digitale EU-Plattform für Echtzeit-Wohnungsdaten ***sowie zur Versorgung der Beobachtungsstelle für den Gebäudebestand mit zusätzlichen Informationen über die Qualität von Wohnungen und die Merkmale und den Betrieb technischer Gebäudesysteme, insbesondere in Bezug auf Brandschutz, Energieeffizienz und Luftqualität***, um die Interoperabilität bestehender Datenquellen sicherzustellen und Doppelarbeit zu vermeiden fordert die Kommission auf, einen jährlichen europäischen Wohnungsbericht auszuarbeiten, der einen systematischen und vergleichenden Überblick über die Wohnungsentwicklung in der gesamten EU bietet; fordert ergänzende regelmäßige Berichte über die Zuweisung und Verwendung von EU-Wohnungsfonds, um Transparenz, Rechenschaftspflicht und Effizienz bei der Bewältigung der Herausforderungen im Wohnungsbau sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 1404
Ciaran Mullooly

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. fordert die Nutzung von Eurostat zur Erhebung, zur Analyse und zum Austausch von Wohnungsdaten über eine neu geschaffene spezielle digitale EU-Plattform für Echtzeit-Wohnungsdaten, um die Interoperabilität bestehender Datenquellen sicherzustellen und Doppelarbeit zu vermeiden; fordert die Kommission auf, einen jährlichen europäischen Wohnungsbericht auszuarbeiten, der einen systematischen und vergleichenden Überblick über die Wohnungsentwicklung in der gesamten EU bietet; fordert ergänzende regelmäßige Berichte über die Zuweisung und Verwendung von EU-Wohnungsfonds, um Transparenz, Rechenschaftspflicht und Effizienz bei der Bewältigung der Herausforderungen im Wohnungsbau sicherzustellen;	28. fordert die Nutzung von Eurostat zur Erhebung, zur Analyse und zum Austausch von Wohnungsdaten über eine neu geschaffene spezielle digitale EU-Plattform für Echtzeit-Wohnungsdaten, um die Interoperabilität bestehender Datenquellen sicherzustellen und Doppelarbeit zu vermeiden; fordert die Kommission auf, einen jährlichen europäischen Wohnungsbericht auszuarbeiten, der einen systematischen und vergleichenden Überblick über die Wohnungsentwicklung in der gesamten EU bietet; fordert ergänzende regelmäßige Berichte über die Zuweisung und Verwendung von EU-Wohnungsfonds, um Transparenz, Rechenschaftspflicht und Effizienz bei der Bewältigung der Herausforderungen im Wohnungsbau sicherzustellen; ***fordert die Mitgliedstaaten auf, die Versorgungsunternehmen und die lokalen Gebietskörperschaften zu verpflichten, vierteljährliche Berichte über die Kapazitäten der Infrastruktur in Abstimmung mit Wohnbauprojekten vorzulegen; fordert die Mitgliedstaaten auf, leerstehende Wohnungen systematisch zu erfassen und Anreize für Eigentümer zu schaffen, leerstehende Wohnungen zu renovieren und zu vermieten;***

Or. en

Änderungsantrag 1405
Aodhán Ó Ríordáin, Andreas Schieder, Gabriele Bischoff, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Nora Mebarek, Isilda Gomes, Joanna Scheuring-Wielgus, Yannis Maniatis, Marko Vešligaj

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. fordert die Nutzung von Eurostat	28. fordert die Nutzung von Eurostat

zur Erhebung, zur Analyse und zum Austausch von Wohnungsdaten über eine neu geschaffene spezielle digitale EU-Plattform ***für Echtzeit-Wohnungsdaten, um die Interoperabilität bestehender Datenquellen sicherzustellen und Doppelarbeit zu vermeiden***; fordert die Kommission auf, einen jährlichen europäischen Wohnungsbericht auszuarbeiten, der einen systematischen und vergleichenden Überblick über die Wohnungsentwicklung in der gesamten EU bietet; fordert ergänzende regelmäßige Berichte über die Zuweisung und ***Verwendung von*** EU-Wohnungsfonds, um Transparenz, Rechenschaftspflicht und Effizienz bei der Bewältigung der Herausforderungen im Wohnungsbau sicherzustellen;	zur Erhebung, zur Analyse und zum Austausch von Wohnungsdaten ***auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene*** über eine neu geschaffene spezielle digitale EU-Plattform***, um eine evidenzbasierte Politikgestaltung zu unterstützen und die Transparenz zu verbessern***; fordert die Kommission auf, ***im Rahmen eines soliden und prägnanten Überwachungssystems*** einen jährlichen europäischen Wohnungsbericht auszuarbeiten, der einen systematischen und vergleichenden Überblick über die Wohnungsentwicklung in der gesamten EU bietet; ***ein solcher Bericht muss Daten über Erschwinglichkeit, Miet- und Preisentwicklungen, Eigentum an Grundstücken und Immobilien, Kündigungsschutz, Obdachlosigkeit und Ausgrenzung auf dem Wohnungsmarkt enthalten;*** fordert ergänzende regelmäßige Berichte über die Zuweisung und ***die Auswirkungen der*** EU-Wohnungsbaufonds, um Transparenz, Rechenschaftspflicht und Effizienz bei der Bewältigung der Herausforderungen im Wohnungsbau sicherzustellen ***und künftige Investitionen in Richtung integrativer Wohnungslösungen zu lenken***;

Or. en

Änderungsantrag 1406
Borja Giménez Larraz, Maravillas Abadía Jover

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. fordert die Nutzung von Eurostat zur Erhebung, zur Analyse und zum Austausch von Wohnungsdaten über eine neu geschaffene spezielle digitale EU-Plattform für Echtzeit-Wohnungsdaten, um die Interoperabilität bestehender	28. fordert die Nutzung von Eurostat zur Erhebung, zur Analyse und zum Austausch von Wohnungsdaten über eine neu geschaffene spezielle digitale EU-Plattform für Echtzeit-Wohnungsdaten, um die Interoperabilität bestehender

Datenquellen sicherzustellen und Doppelarbeit zu vermeiden; fordert die Kommission auf, einen jährlichen europäischen Wohnungsbericht auszuarbeiten, der einen systematischen und vergleichenden Überblick über die Wohnungsentwicklung in der gesamten EU bietet; fordert ergänzende regelmäßige Berichte über die Zuweisung und Verwendung von EU-Wohnungsfonds, um Transparenz, Rechenschaftspflicht und Effizienz bei der Bewältigung der Herausforderungen im Wohnungsbau sicherzustellen;	Datenquellen sicherzustellen und Doppelarbeit zu vermeiden; fordert die Kommission auf, einen jährlichen europäischen Wohnungsbericht auszuarbeiten, der einen systematischen und vergleichenden Überblick über die Wohnungsentwicklung in der gesamten EU bietet***, einschließlich einer Bewertung des Wohnungsbedarfs und der Entwicklung der Erschwinglichkeit von Wohnraum (d. h. der Wohnkosten und -preise)***; fordert ergänzende regelmäßige Berichte über die Zuweisung und Verwendung von EU-Wohnungsfonds, um Transparenz, Rechenschaftspflicht und Effizienz bei der Bewältigung der Herausforderungen im Wohnungsbau sicherzustellen;
	Or. es

Änderungsantrag 1407
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, David Casa, Markus Ferber, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. fordert die Nutzung von Eurostat zur Erhebung, zur Analyse und zum Austausch von Wohnungsdaten über eine neu geschaffene spezielle digitale EU-Plattform für Echtzeit-Wohnungsdaten, um die Interoperabilität bestehender Datenquellen sicherzustellen und Doppelarbeit zu vermeiden; fordert die Kommission auf, einen jährlichen europäischen Wohnungsbericht auszuarbeiten, der einen systematischen und vergleichenden Überblick über die Wohnungsentwicklung in der gesamten EU bietet; fordert ergänzende regelmäßige Berichte über die Zuweisung und Verwendung von EU-Wohnungsfonds, um Transparenz, Rechenschaftspflicht und	28. fordert die Nutzung von Eurostat zur Erhebung, zur Analyse und zum Austausch von Wohnungsdaten über eine neu geschaffene spezielle digitale EU-Plattform für Echtzeit-Wohnungsdaten, um die Interoperabilität bestehender Datenquellen sicherzustellen und Doppelarbeit zu vermeiden; fordert die Kommission auf, einen jährlichen europäischen Wohnungsbericht auszuarbeiten, der einen systematischen und vergleichenden Überblick über die Wohnungsentwicklung in der gesamten EU bietet; fordert ergänzende regelmäßige Berichte über die Zuweisung und Verwendung von EU-Wohnungsfonds, um Transparenz, Rechenschaftspflicht und

Effizienz bei der Bewältigung der Herausforderungen im Wohnungsbau sicherzustellen;	Effizienz bei der Bewältigung der Herausforderungen im Wohnungsbau sicherzustellen; ***fordert die Kommission auf, einen Jahresbericht über den EU-Wohnungsmarkt zu erstellen;***

Or. en

Änderungsantrag 1408
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, David Casa, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Marco Falcone, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. fordert die Nutzung von Eurostat zur Erhebung, zur Analyse und zum Austausch von Wohnungsdaten über eine neu geschaffene spezielle digitale EU-Plattform für Echtzeit-Wohnungsdaten, um die Interoperabilität bestehender Datenquellen sicherzustellen und Doppelarbeit zu vermeiden; fordert die Kommission auf, einen jährlichen europäischen Wohnungsbericht auszuarbeiten, der einen systematischen und vergleichenden Überblick über die Wohnungsentwicklung in der gesamten EU bietet; fordert ergänzende regelmäßige Berichte über die Zuweisung und Verwendung von EU-Wohnungsfonds, um Transparenz, Rechenschaftspflicht und Effizienz bei der Bewältigung der Herausforderungen im Wohnungsbau sicherzustellen;	28. ***besteht darauf, dass Marktinterventionen auf verlässliche Daten und Nachweise gestützt werden müssen;*** fordert die Nutzung von Eurostat zur Erhebung, zur Analyse und zum Austausch von Wohnungsdaten über eine neu geschaffene spezielle digitale EU-Plattform für Echtzeit-Wohnungsdaten, um die Interoperabilität bestehender Datenquellen sicherzustellen und Doppelarbeit zu vermeiden; fordert die Kommission auf, einen jährlichen europäischen Wohnungsbericht auszuarbeiten, der einen systematischen und vergleichenden Überblick über die Wohnungsentwicklung in der gesamten EU bietet; fordert ergänzende regelmäßige Berichte über die Zuweisung und Verwendung von EU-Wohnungsfonds, um Transparenz, Rechenschaftspflicht und Effizienz bei der Bewältigung der Herausforderungen im Wohnungsbau sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 1409
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, David Casa, Markus Ferber, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. fordert die Nutzung von Eurostat zur Erhebung, zur Analyse und zum Austausch von Wohnungsdaten über eine neu geschaffene spezielle digitale EU-Plattform für Echtzeit-Wohnungsdaten, um die Interoperabilität bestehender Datenquellen sicherzustellen und Doppelarbeit zu vermeiden; fordert die Kommission auf, einen jährlichen europäischen Wohnungsbericht auszuarbeiten, der einen systematischen und vergleichenden Überblick über die Wohnungsentwicklung in der gesamten EU bietet; fordert ergänzende regelmäßige Berichte über die Zuweisung und Verwendung von EU-Wohnungsfonds, um Transparenz, Rechenschaftspflicht und Effizienz bei der Bewältigung der Herausforderungen im Wohnungsbau sicherzustellen;	28. fordert die Nutzung von Eurostat zur Erhebung, zur Analyse und zum Austausch von Wohnungsdaten über eine neu geschaffene spezielle digitale EU-Plattform für Echtzeit-Wohnungsdaten, um die Interoperabilität bestehender Datenquellen sicherzustellen und Doppelarbeit zu vermeiden***; betont, wie wichtig transparente öffentliche Daten für die Gestaltung der Wohnungspolitik sind***; fordert die Kommission auf, einen jährlichen europäischen Wohnungsbericht auszuarbeiten, der einen systematischen und vergleichenden Überblick über die Wohnungsentwicklung in der gesamten EU bietet; fordert ergänzende regelmäßige Berichte über die Zuweisung und Verwendung von EU-Wohnungsfonds, um Transparenz, Rechenschaftspflicht und Effizienz bei der Bewältigung der Herausforderungen im Wohnungsbau sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 1410
Martin Hojsík, Brigitte van den Berg

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. fordert die Nutzung von Eurostat zur Erhebung, zur Analyse und zum Austausch von Wohnungsdaten über eine neu geschaffene spezielle digitale EU-	28. fordert die Nutzung von Eurostat zur Erhebung, zur Analyse und zum Austausch von Wohnungsdaten über eine neu geschaffene spezielle digitale EU-

Plattform für Echtzeit-Wohnungsdaten, um die Interoperabilität bestehender Datenquellen sicherzustellen und Doppelarbeit zu vermeiden; fordert die Kommission auf, einen jährlichen europäischen Wohnungsbericht auszuarbeiten, der einen systematischen und vergleichenden Überblick über die Wohnungsentwicklung in der gesamten EU bietet; fordert ergänzende regelmäßige Berichte über die Zuweisung und Verwendung von EU-Wohnungsfonds, um Transparenz, Rechenschaftspflicht und Effizienz bei der Bewältigung der Herausforderungen im Wohnungsbau sicherzustellen;

Plattform für Echtzeit-Wohnungsdaten, ***die Leerstände, Unterbelegung und Umwandlungspotenzial überwacht,*** um die Interoperabilität bestehender Datenquellen sicherzustellen und Doppelarbeit zu vermeiden; fordert die Kommission auf, einen jährlichen europäischen Wohnungsbericht auszuarbeiten, der einen systematischen und vergleichenden Überblick über die Wohnungsentwicklung in der gesamten EU bietet; fordert ergänzende regelmäßige Berichte über die Zuweisung und Verwendung von EU-Wohnungsfonds, um Transparenz, Rechenschaftspflicht und Effizienz bei der Bewältigung der Herausforderungen im Wohnungsbau sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 1411
Julie Rechagneux, Marie Dauchy, Anne-Sophie Frigout, France Jamet, Mathilde Androuët, Catherine Griset, György Hölvényi, Marie-Luce Brasier-Clain, Aleksandar Nikolic, Mélanie Disdier, Klara Dostalova, Rachel Blom

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. fordert die Nutzung von Eurostat zur Erhebung, zur Analyse und zum Austausch von Wohnungsdaten über eine neu geschaffene spezielle digitale EU-Plattform für Echtzeit-Wohnungsdaten, um die Interoperabilität bestehender Datenquellen sicherzustellen und Doppelarbeit zu vermeiden; fordert die Kommission auf, einen jährlichen europäischen Wohnungsbericht auszuarbeiten, der einen systematischen und vergleichenden Überblick über die Wohnungsentwicklung in der gesamten EU bietet; fordert ergänzende regelmäßige Berichte über die Zuweisung und Verwendung von EU-Wohnungsfonds, um	28. fordert die Nutzung von Eurostat zur Erhebung, zur Analyse und zum Austausch von Wohnungsdaten über eine neu geschaffene spezielle digitale EU-Plattform für Echtzeit-Wohnungsdaten, um die Interoperabilität bestehender Datenquellen sicherzustellen und Doppelarbeit zu vermeiden; fordert die Kommission auf, einen ***nicht verbindlichen*** jährlichen europäischen Wohnungsbericht auszuarbeiten, der einen systematischen und vergleichenden Überblick über die Wohnungsentwicklung in der gesamten EU bietet; fordert ergänzende regelmäßige***, nicht verbindliche*** Berichte über die Zuweisung

Transparenz, Rechenschaftspflicht und Effizienz bei der Bewältigung der Herausforderungen im Wohnungsbau sicherzustellen;	und Verwendung von EU-Wohnungsfonds, um Transparenz, Rechenschaftspflicht und Effizienz bei der Bewältigung der Herausforderungen im Wohnungsbau sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 1412
Klara Dostalova, Julie Rechagneux, Ondřej Knotek, Jaroslav Bžoch, Rachel Blom, Tomáš Kubín

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. fordert die Nutzung von Eurostat zur Erhebung, zur Analyse und zum Austausch von Wohnungsdaten über eine neu geschaffene spezielle digitale EU-Plattform für Echtzeit-Wohnungsdaten, um die Interoperabilität bestehender Datenquellen sicherzustellen und Doppelarbeit zu vermeiden; fordert die Kommission auf, einen jährlichen europäischen Wohnungsbericht auszuarbeiten, der einen systematischen und vergleichenden Überblick über die Wohnungsentwicklung in der gesamten EU bietet; fordert ***ergänzende regelmäßige Berichte über die Zuweisung und Verwendung von*** EU-Wohnungsfonds, ***um Transparenz,*** Rechenschaftspflicht ***und Effizienz bei der Bewältigung der Herausforderungen im Wohnungsbau sicherzustellen***;	28. fordert die Nutzung von Eurostat zur Erhebung, zur Analyse und zum Austausch von Wohnungsdaten über eine neu geschaffene spezielle digitale EU-Plattform für Echtzeit-Wohnungsdaten, um die Interoperabilität bestehender Datenquellen sicherzustellen und Doppelarbeit zu vermeiden; fordert die Kommission auf, einen jährlichen europäischen Wohnungsbericht auszuarbeiten, der einen systematischen und vergleichenden Überblick über die Wohnungsentwicklung in der gesamten EU bietet; fordert ***eine transparente Berichterstattung über die Verwendung von*** EU-Wohnungsfonds, ***die für Bürger und lokale Gebietskörperschaften zugänglich ist, um das Vertrauen und die*** Rechenschaftspflicht ***zu stärken, ohne übermäßigen Verwaltungsaufwand zu verursachen***;

Or. en

Änderungsantrag 1413
Martin Hojsík

Entschließungsantrag

Ziffer 28 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	28a. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Transparenz des Marktes für Grund und Boden zu verbessern und das Problem des Zugangs zu Land für sensible Gruppen wie Junglandwirte zu bewerten und anzugehen; fordert, das Pilotprojekt der EU-Landbeobachtungsstelle des Parlaments und seine Ergebnisse in vollem Umfang zu nutzen und darauf aufzubauen, insbesondere um Datenlücken im Zusammenhang mit der Kartierung von Lücken bei der Landüberwachung in den Mitgliedstaaten zu schließen, indem nationale Beobachtungsstellen konzipiert, der den Zugang zu neuen Daten über den Markt für Grund und Boden und entsprechenden Erwerb analysiert, ein harmonisiertes Konzept für die Landkontrolle und den Landzugang entwickelt, gemeinsame Methoden zum Vergleich der Preise (Mieten und Werte) entwickelt, Strategien analysiert und bewährte Verfahren zur Unterstützung des Zugangs junger Menschen zu Land und zur Überprüfung ausländischer Investitionen in diesem Bereich ermittelt werden;

Or. en

Änderungsantrag 1414
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Jagna Marczułajtis-Walczak, Daniel Buda, Niels Geuking, David Casa, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Inese Vaidere, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 28 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

28a. fordert einen auf Daten und Fakten gestützten Ansatz in der künftigen Politik zur Behebung des komplexen Wohnraummangels, z. B. eingehende Daten über das Angebot, einschließlich der Größe von Einheiten, die Verfügbarkeit und den Bedarf an sozialem und erschwinglichem Wohnraum, die Lücken bei Baumaterial und Arbeitskräften je Region und Mitgliedstaat, die Inkongruenz der Energieeffizienzanforderungen mit den geografischen Gegebenheiten und Nachhaltigkeitszielen oder Bauhindernisse für Bauherren;

Or. en

Änderungsantrag 1415
Leila Chaibi, Irene Montero, Ilaria Salis, Martin Schirdewan, Manon Aubry, Arash Saeidi, Anthony Smith, Giorgos Georgiou, Estrella Galán, Damien Carême, Rima Hassan, Younous Omarjee, Marina Mesure, Catarina Martins, Emma Fourreau, Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 28 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	28a. fordert Eurostat und die Kommission auf, aufgeschlüsselte Daten über die Konzentration des Wohnungseigentums, spekulative Transaktionen und leerstehende Wohnungen, einschließlich solcher, die sich im Besitz von Investmentfonds und Immobilienfirmen befinden, zu erheben und zu veröffentlichen, um die Transparenz zu erhöhen und eine faktengestützte Politik zur Eindämmung der Spekulation zu unterstützen;

Or. en

Änderungsantrag 1416

Klara Dostalova, Julie Rechagneux, Ondřej Knotek, Jaroslav Bžoch, Rachel Blom, Tomáš Kubín

Entschließungsantrag
Ziffer 28 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	28a. fordert Eurostat auf, in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten einen Mindestindikator für Erschwinglichkeit, Neubaudurchsatz, Genehmigungsdauer und Renovierungstiefe zu optimieren, um Vergleichbarkeit sicherzustellen und Doppelarbeit und Verwaltungsaufwand für die lokalen Gebietskörperschaften zu vermeiden;

Or. en

Änderungsantrag 1417
Oihane Agirregoitia Martínez

Entschließungsantrag
Ziffer 28 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	28a. hält es für notwendig, dass im Falle von Verzögerungen bei der Umsetzung von Wohnbauplänen die Baukosten so real und aktuell wie möglich sind und dass die zusätzlichen Kosten berücksichtigt werden, die sich aus der Insellage, der Abgelegenheit oder auch der doppelten Insellage ergeben;

Or. es

Änderungsantrag 1418
Brigitte van den Berg, Barry Cowen, Martin Hojsík, Oihane Agirregoitia Martínez, Ciaran Mullooly

Entschließungsantrag

Ziffer 28 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	28a. fordert die Kommission auf, im Rahmen der kürzlich angenommenen Verordnung über europäische Statistiken über Bevölkerung und Wohnen über den Zugang zu menschenwürdigem und erschwinglichem Wohnraum für Menschen mit Behinderungen neue Pilot- und Durchführbarkeitsstudien auf den Weg zu bringen;

Or. en

Änderungsantrag 1419
Brigitte van den Berg, Barry Cowen

Entschließungsantrag
Ziffer 28 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	28b. begrüßt die Klarheit in Bezug auf Kurzzeitvermietungen für Plattformen wie Airbnb, da sie es den örtlichen Gebietskörperschaften ermöglicht, ihre Wohnungspolitik besser zu entwickeln, mehr Transparenz im Bereich Kurzzeitvermietung zu schaffen und sicherzustellen, dass Wohnraum langfristig für die Bürger zugänglich bleibt;

Or. en

Änderungsantrag 1420
Leila Chaibi, Irene Montero, Ilaria Salis, Martin Schirdewan, Manon Aubry, Arash Saeidi, Anthony Smith, Giorgos Georgiou, Estrella Galán, Damien Carême, Rima Hassan, Younous Omarjee, Marina Mesure, Catarina Martins, Emma Fourreau, Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 28 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	28b. hält es für wesentlich, die Überwachungs- und Berichterstattungsmechanismen für Verletzungen von Wohnrechten in den Mitgliedstaaten zu verbessern, um die Transparenz und Rechenschaftspflicht zu verbessern;

Or. en

Änderungsantrag 1421
Brigitte van den Berg, Barry Cowen, Ciaran Mullooly

Entschließungsantrag
Ziffer 28 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	28c. betont, dass der Markt zwar ein effizienter Weg ist, um die Verantwortung der Staaten für den Zugang zu ausreichendem und angemessenem Wohnraum zu erfüllen, die Mitgliedstaaten jedoch über Instrumente verfügen sollten, um Marktversagen zu beheben, wenn es dazu kommen sollte; erkennt an, dass die EU einen Beitrag leisten kann, indem sie die Marktüberwachung verbessert und den Mitgliedstaaten gegebenenfalls Instrumente für eine bessere Kontrolle des wohnungsbezogenen Immobilienmarktes bereitstellt, einschließlich Transparenzanforderungen in überhitzten Märkten, insbesondere in Mitgliedstaaten, die mit missbräuchlichen spekulativen Praktiken konfrontiert sind, um die Markteffizienz zu erhöhen;

Or. en

Änderungsantrag 1422

Maria Ohisalo, Vicent Marzà Ibáñez, Marie Toussaint, Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. ***fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind;*** begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat[29], um die ***verbleibenden*** Probleme anzugehen; ***fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten;***	29. begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat[29], um die ***anhaltenden*** Probleme ***im Zusammenhang mit Kurzzeitvermietungen*** anzugehen;
[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.	[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.

Or. en

Änderungsantrag 1423

Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Daniel Buda, Niels Geuking, David Casa, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Marco Falcone, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat[29], um die verbleibenden Probleme anzugehen; fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten;	29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; ***ist der Ansicht, dass bestimmte Maßnahmen dazu beitragen könnten, städtischen Zentren ihre Wohnfunktion zurückzugeben und übermäßigen touristischen Druck auf Wohnraum zu verhindern, wobei diese Maßnahmen entweder aus einem notwendigen, angemessenen und verhältnismäßigen Lizenzierungssystem bestehen oder die Zustimmung der Nachbarschaftsgemeinschaft bzw. des Haupteigentümers erfordern könnten, um sicherzustellen, dass die Politik verhältnismäßig und auf die besonderen Umstände zugeschnitten ist;*** begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat[29], um die verbleibenden Probleme anzugehen; fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in

Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten;

[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.

[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.

Or. en

Änderungsantrag 1424
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Daniel Buda, Niels Geuking, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Marco Falcone, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat[29], um die verbleibenden Probleme anzugehen; fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der	29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat[29], um die verbleibenden Probleme anzugehen; fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der

Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten;

Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten; ***ist der Ansicht, dass das Ziel einer solchen Initiative darin bestehen sollte, ein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen der Entwicklung des Tourismus und der Erschwinglichkeit von Wohnraum sicherzustellen, und dass mit einer solchen Initiative gemeinsame Ziele auf Unionsebene festgelegt werden sollten, wobei den Mitgliedstaaten, Regionen und lokalen Gebietskörperschaften die Flexibilität eingeräumt werden sollte, Maßnahmen zu konzipieren und umzusetzen, die an ihre spezifischen territorialen Gegebenheiten und Wohnungsmärkte angepasst sind;***

[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.

[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.

Or. en

Änderungsantrag 1425
Andreas Schieder

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten ***sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands*** durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der	29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine ***umfassende,*** daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise ***und die Erschwinglichkeit, Verfügbarkeit von Wohnraum und den Kündigungsschutz*** sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten durchzuführen***, wobei besonderes Augenmerk auf die***

Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; begrüßt***,*** ***dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 eine*** rechtliche Initiative ***zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat[29], um die verbleibenden Probleme anzugehen***; fordert einen ausgewogenen Ansatz, ***bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger*** Tourismus ***mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die*** Verfügbarkeit ***von Wohnraum*** und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten;	***Auswirkungen auf den Bestand an Langzeitmietwohnungen und die Verdrängung von Mietern zu legen ist***; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; ***betont, dass die Wohnungspolitik unter Berücksichtigung des Urteils des EuGH (Cali Apartments) dem Recht auf angemessenen Wohnraum Vorrang gegenüber kommerziellen Interessen einräumen muss;*** begrüßt ***die*** rechtliche Initiative ***der Kommission zur Lösung der noch offenen Fragen***; fordert einen ausgewogenen Ansatz, ***der einen nachhaltigen*** Tourismus ***gewährleistet und die*** Verfügbarkeit***, Erschwinglichkeit*** und die Lebensfähigkeit***, insbesondere*** in historischen Stadtkernen***, sicherstellt***; ***fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, Grundsätze in die Stadtplanung zu integrieren, um Gentrifizierung, Touristifizierung, Verdrängung und Ausgrenzung von Wohnraum zu verhindern, die durch kurzfristigen Mietdruck verschärft werden;***
[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.	

Or. en

Änderungsantrag 1426
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Daniel Buda, Niels Geuking, David Casa, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat[29], um die verbleibenden Probleme anzugehen; fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten;	29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; ***weist darauf hin, dass in dem Urteil des EuGH festgestellt wurde, dass ein berechtigtes öffentliches Interesse an der Regulierung von Kurzzeitvermietungen auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene bestehen kann, sofern die ergriffenen Maßnahmen notwendig, angemessen und verhältnismäßig sind;*** begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat[29], um die verbleibenden Probleme anzugehen; fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten;
[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.	[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.
	Or. en

Änderungsantrag 1427
Klara Dostalova, Julie Rechagneux, Ondřej Knotek, Jaroslav Bžoch, Rachel Blom, Tomáš Kubín

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind***; begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025[29] eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat, um die verbleibenden Probleme anzugehen***; fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten;	29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen; ***betont, dass bei allen weiteren Maßnahmen die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten und der lokalen Gebietskörperschaften uneingeschränkt geachtet werden muss, die am besten in der Lage sind, Kurzzeitvermietungen entsprechend ihren spezifischen Bedürfnissen in den Bereichen Wohnraum und Tourismus zu regulieren;*** erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten; ***betont, dass die Regulierung verhältnismäßig sein muss, sich an große spekulative Betreiber richtet und kleine Vermieter und Familien, die ihre Häuser vermieten, nicht unverhältnismäßig belasten darf;***

[29] Europäische Kommission, „Rede von

Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.

Or. en

Änderungsantrag 1428
Borja Giménez Larraz, Maravillas Abadía Jover

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025[29] eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat, um die verbleibenden Probleme anzugehen; fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten;	29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025[29] eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat, um die verbleibenden Probleme anzugehen; ***fordert die Kommission jedoch auf, transparenter zu handeln und zusätzliche Informationen und Daten zu noch offenen Fragen sowie zur Angemessenheit der EU-Maßnahmen bereitzustellen;*** fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen

Stadtkernen zu erhalten;

[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.

[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.

Or. es

Änderungsantrag 1429
Ciaran Mullooly

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat[29], um die verbleibenden Probleme anzugehen; fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten;	29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat[29], um die verbleibenden Probleme anzugehen; fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten; ***fordert die Mitgliedstaaten auf, Register für den***

Erwerb mehrerer Immobilien durch ausländische Investoren einzurichten; fordert die Kommission auf, ihre Auswirkungen auf die Verfügbarkeit von Wohnraum zu überwachen, um die Markttransparenz zu verbessern und Spekulationen einzudämmen;

[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.

[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.

Or. en

Änderungsantrag 1430
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Daniel Buda, Niels Geuking, David Casa, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Marco Falcone, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat[29], um die	29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat[29], um die

verbleibenden Probleme anzugehen; fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten;

verbleibenden Probleme anzugehen; fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten; ***fordert koordinierte Regulierungsrahmen, in denen Tourismusaktivitäten und ihre positiven Auswirkungen auf die lokale Wirtschaft mit der Erhaltung der Verfügbarkeit von Wohnraum für Anwohner und strategische und wesentliche Arbeitskräfte in Einklang gebracht werden;***

[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.

[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.

Or. en

Änderungsantrag 1431
Borja Giménez Larraz, Maravillas Abadía Jover

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der	29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der

Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025[29] eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat, um die verbleibenden Probleme anzugehen; fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten;	Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; ***vertritt die Ansicht, dass mehr Daten benötigt werden, ist jedoch besorgt darüber, dass eine übermäßige Belastung die Verbreitung kleiner Unternehmen in diesem Sektor, z. B. nachhaltiger und ländlicher Tourismusunternehmen, behindern kann;*** begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025[29] eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat, um die verbleibenden Probleme anzugehen; fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten;
[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.	[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.

Or. es

Änderungsantrag 1432
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Daniel Buda, Niels Geuking, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Marco Falcone, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro-	29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro-

als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat[29], um die verbleibenden Probleme anzugehen; fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten;

[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.

als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; ***ist der Ansicht, dass künftige Maßnahmen zusammen mit lokalen Gebietskörperschaften, Verbänden und Vertretern von Immobilieneigentümern und des Tourismussektors erörtert werden sollten und keine Angst vor Tourismus schüren dürfen;*** begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat[29], um die verbleibenden Probleme anzugehen; fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten;

[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.

Or. en

Änderungsantrag 1433
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Daniel Buda, Niels Geuking, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Marco Falcone, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat[29], um die verbleibenden Probleme anzugehen; fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten;	29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; ***betont, dass in einigen Mitgliedstaaten die Regulierung von Kurzzeitvermietungen in die Zuständigkeit der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften fällt;*** begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat[29], um die verbleibenden Probleme anzugehen; fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten;
[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.	[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.

Or. en

Änderungsantrag 1434
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Daniel Buda, Niels Geuking, David Casa, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Inese Vaidere, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Marco Falcone, Rosa Estaràs Ferragut, Elena Nevado del Campo

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat[29], um die verbleibenden Probleme anzugehen; fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten;	29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; ***ist der Ansicht, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften am besten in der Lage sind, die erforderlichen Maßnahmen gezielt und kontextspezifisch festzulegen;*** begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat[29], um die verbleibenden Probleme anzugehen; fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten;
[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.	[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.

Or. en

Änderungsantrag 1435

Leila Chaibi, Irene Montero, Ilaria Salis, Martin Schirdewan, Manon Aubry, Arash Saeidi, Anthony Smith, Giorgos Georgiou, Estrella Galán, Damien Carême, Rima Hassan, Younous Omarjee, Marina Mesure, Catarina Martins, Emma Fourreau, Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise ***sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten*** sowie der Verfügbarkeit des ***bestehenden*** Wohnungsbestands durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität ***sowie die Herausforderungen*** an***, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind***; begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat[29], um die verbleibenden Probleme anzugehen; fordert ***einen ausgewogenen*** Ansatz, ***bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden***, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit ***in historischen Stadtkernen*** zu erhalten;	29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowie der Verfügbarkeit des ***vorhandenen*** Wohnungsbestands ***in Städten*** durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität ***aufgrund der mangelnden Zusammenarbeit der Plattformen für Kurzzeitmieten*** an; begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat[29], um die verbleibenden Probleme anzugehen; fordert ***einen ambitionierten*** Ansatz, ***um*** die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit ***in Städten*** zu erhalten;
[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.	[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.

Or. en

Änderungsantrag 1436
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Daniel Buda, Niels Geuking, David Casa, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Marco Falcone, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat[29], um die verbleibenden Probleme anzugehen; fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten;	29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen***; fordert die freiwillige Zusammenarbeit digitaler Plattformen bei der Datenerfassung und der Entfernung illegaler Angebote nachdrücklich an***; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat[29], um die verbleibenden Probleme anzugehen; fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten;
[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.	[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.

Änderungsantrag 1437
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Daniel Buda, Niels Geuking, David Casa, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat[29], um die verbleibenden Probleme anzugehen; fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten;	29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen; ***stellt fest, dass die Mitgliedstaaten bis zum 20. Mai 2026 Zeit haben, die Verordnung umzusetzen;*** erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat[29], um die verbleibenden Probleme anzugehen; fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten;
[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der	[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der

Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.

Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.

Or. en

Änderungsantrag 1438
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Daniel Buda, Niels Geuking, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Marco Falcone, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat[29], um die verbleibenden Probleme anzugehen; fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten;	29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen***; fordert die Behörden auf, Werbung für illegale Ferienwohnungen auf digitalen Plattformen entfernen zu lassen***; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat[29], um die verbleibenden Probleme anzugehen; fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten;

[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.

[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.

Or. en

Änderungsantrag 1439
Oihane Agirregoitia Martínez

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025[29] eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat, um die verbleibenden Probleme anzugehen; fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten;	29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025[29] eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat, um die verbleibenden Probleme anzugehen; fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit ***nicht nur*** in historischen Stadtkernen zu erhalten***, sondern in allen Gebieten, in denen die Immobilienmärkte aufgrund dieser***

	Aktivität angespannt sind;
[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.	[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.

Or. es

Änderungsantrag 1440
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Daniel Buda, Niels Geuking, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Marco Falcone, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat[29], um die verbleibenden Probleme anzugehen; fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen	29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen***, einschließlich der Auswirkungen von Plattformen zur Kurzzeitvermietung von Unterkünften auf die Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit von Wohnraum***; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat[29], um die verbleibenden Probleme anzugehen; fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei

Stadtkernen zu erhalten;

dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten;

---

[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.

[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.

Or. en

Änderungsantrag 1441
Aodhán Ó Ríordáin, Andreas Schieder, Gabriele Bischoff, Alicia Homs Ginel, Marit Maij, Nora Mebarek, Isilda Gomes, Joanna Scheuring-Wielgus, Yannis Maniatis, Marko Vešligaj

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. fordert die Kommission auf, ***nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten*** eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen***; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind***; begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat***[29]***, um die verbleibenden ***Probleme*** anzugehen;	29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine ***umfassende,*** daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen; begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat, um die verbleibenden ***Regelungslücken*** anzugehen; ***betont, dass diese Initiative der Erschwinglichkeit von Wohnraum, den Rechten der Bewohner und der sozialen Funktion von Wohnraum Vorrang einräumen muss;*** fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger

fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten;

Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten;

---

[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.

Or. en

Änderungsantrag 1442
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Daniel Buda, Niels Geuking, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat[29], um die verbleibenden Probleme anzugehen;	29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat[29], um die verbleibenden Probleme anzugehen;

fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten;

[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.

fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten; ***erinnert daran, dass Eurostat eine Definition des Begriffs „Beherbergungsbetriebe“ festgelegt hat;***

[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.

Or. en

Änderungsantrag 1443
Irmhild Boßdorf, Volker Schnurrbusch

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. fordert die Kommission auf, ***nach der vollständigen Umsetzung der*** Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten ***eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten*** sowie ***der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen***; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen ***Kleinstunternehmen und KMU*** bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; ***begrüßt, dass*** Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 ***eine*** rechtliche Initiative zur kurzfristigen	29. fordert die Kommission auf, ***die*** Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten ***kritisch zu überprüfen und die Eingriffe in den freien Markt*** sowie ***die unverhältnismäßigen Belastungen für private Eigentümer, Kleinstunternehmen und KMU zu beenden***; erkennt die ***erheblichen*** Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen ***insbesondere kleinere Anbieter*** bei der Erfüllung der ***umfangreichen*** Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; ***lehnt die von*** Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 ***angekündigte*** rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung ***als weiteren Schritt in Richtung Überregulierung entschieden ab***; fordert einen ***marktwirtschaftlich***

Vermietung ***angekündigt hat[29], um die verbleibenden Probleme anzugehen***; fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem ***Eigentumsverhältnisse*** und nachhaltiger Tourismus ***mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten;***

ausgewogenen Ansatz, bei dem ***Eigentumsrechte, unternehmerische Freiheit und freier Wettbewerb Vorrang haben*** und nachhaltiger Tourismus ***ohne staatliche Eingriffe ermöglicht wird.***

---

[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.

Or. de

Änderungsantrag 1444
Borja Giménez Larraz, Maravillas Abadía Jover

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025[29] eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat, um die verbleibenden Probleme anzugehen;	29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025[29] eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat, um die verbleibenden Probleme anzugehen;

fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem ***Eigentumsverhältnisse*** und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten;	fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem ***das Recht auf Privateigentum, Rechtssicherheit für Eigentümer*** und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten;
[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.	[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.
	Or. es

Änderungsantrag 1445
György Hölvényi, Pál Szekeres

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat[29], um die verbleibenden Probleme anzugehen; fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei	29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden ***und insbesondere dauerhaft leerstehenden*** Wohnungsbestands durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat[29], um die

dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten;

[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.

verbleibenden Probleme anzugehen; fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten;

[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.

Or. en

Änderungsantrag 1446
Julie Rechagneux, Marie Dauchy, Anne-Sophie Frigout, France Jamet, Mathilde Androuët, Catherine Griset, György Hölvényi, Marie-Luce Brasier-Clain, Aleksandar Nikolic, Mélanie Disdier, Klara Dostalova, Rachel Blom

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen Vermietung angekündigt hat[29], um die	29. fordert die Kommission auf, nach der vollständigen Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1018 über Kurzzeitmieten eine daten- und evidenzbasierte***, unverbindliche*** Folgenabschätzung der Auswirkungen von Kurzzeitmieten auf die Immobilienpreise sowohl auf den Makro- als auch auf den Mikroimmobilienmärkten sowie der Verfügbarkeit des bestehenden Wohnungsbestands durchzuführen; erkennt die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Systeminteroperabilität sowie die Herausforderungen an, mit denen Kleinstunternehmen und KMU bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung konfrontiert sind; begrüßt, dass Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im September 2025 eine rechtliche Initiative zur kurzfristigen

verbleibenden Probleme anzugehen; fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten;

[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.

Vermietung angekündigt hat[29], um die verbleibenden Probleme anzugehen; fordert einen ausgewogenen Ansatz, bei dem Eigentumsverhältnisse und nachhaltiger Tourismus mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Lebensfähigkeit in historischen Stadtkernen zu erhalten;

[29] Europäische Kommission, „Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2025“, Website der Europäischen Kommission, 10. September 2025.

Or. en

Änderungsantrag 1447
Borja Giménez Larraz, Dirk Gotink, Nikolina Brnjac, Daniel Buda, Niels Geuking, Markus Ferber, Sebastião Bugalho, Maravillas Abadía Jover, Regina Doherty, Isabelle Le Callennec, Alma Ezcurra Almansa, Rosa Estaràs Ferragut

Entschließungsantrag
Ziffer 29 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	29a. fordert die Kommission auf, eine Methodik für die Erhebung und Verarbeitung von Wohnungsdaten zu erarbeiten und eine Reihe gemeinsamer Indikatoren sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene festzulegen, die für die Politikgestaltung relevant sind, eine Überwachung im Laufe der Zeit ermöglichen und Vergleichbarkeit zwischen den Mitgliedstaaten sicherstellen; fordert die Kommission auf, die Lebenshaltungskosten und die wirtschaftliche Lage bei den Wohnungsindikatoren zu berücksichtigen, unter anderem durch die Kombination von Daten aus dem Produzentenpreisindex (CPPI), dem Baukostenindikator (CCI) und dem Gesamtpreisniveauindex (HFCE);

fordert, dass die Ausgaben für Wohnraum bei der Messung der Lebenshaltungskosten, der Kaufkraft der Bürger und ihres allgemeinen Wohlergehens berücksichtigt werden; fordert, dass selbst genutztes Wohneigentum in den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) aufgenommen wird, um die tatsächlichen Wohnkosten in der Inflationsstatistik besser widerzuspiegeln;

Or. en

Änderungsantrag 1448
Oihane Agirregoitia Martínez

Entschließungsantrag
Ziffer 29 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	29a. fordert die Förderung innovativer Technologien wie der Nutzung künstlicher Intelligenz und datengestützter Methoden, um theoretische Berechnungen von Ausweisen über die Gesamtenergieeffizienz durch gemessene Leistungsdaten zu ersetzen, was dazu beitragen würde, den Gebäudebestand abzubilden, die Belastung der Energieauditoren zu verringern und gleichzeitig das Vertrauen der Öffentlichkeit zu stärken und das Risiko öffentlicher Investitionen zu verringern;

Or. es

Änderungsantrag 1449
Leila Chaibi, Irene Montero, Ilaria Salis, Martin Schirdewan, Manon Aubry, Arash Saeidi, Anthony Smith, Giorgos Georgiou, Estrella Galán, Damien Carême, Rima Hassan, Younous Omarjee, Marina Mesure, Catarina Martins, Emma Fourreau, Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 29 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	29a. fordert die Kommission auf, die Umsetzung der Verordnung (EU) 2024/1028 über Kurzzeitvermietungen zu stärken, indem sie den Gemeinden größere Befugnisse zur Beschränkung oder zum Verbot der Kurzzeitvermietung in Gebieten mit Wohnstress einräumt, und sicherzustellen, dass Plattformen wie Airbnb und Booking verpflichtet sind, detaillierte Daten über Listungen, Eigentumsverhältnisse und Einnahmen auszutauschen, um groß angelegte spekulative Aktivitäten zu verhindern;

Or. en

Änderungsantrag 1450
Klara Dostalova, Julie Rechagneux, Ondřej Knotek, Jaroslav Bžoch, Rachel Blom, Tomáš Kubín

Entschließungsantrag
Ziffer 29 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	29a. fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass bei den Haushaltsvorschriften der EU der langfristig positiven sozialen Rendite von Investitionen in erschwinglichen Wohnraum gebührend Rechnung getragen wird, und fordert nachdrücklich, dass wohnungsbezogene Investitionen im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts flexibel behandelt werden;

Or. en

Änderungsantrag 1451
Ciaran Mullooly

Entschließungsantrag
Ziffer 29 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	29a. hält es für dringend geboten, die Umwandlung unbebauter und unzureichend genutzter Gewerbeimmobilien in Wohnimmobilien zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 1452
Klara Dostalova, Julie Rechagneux, Ondřej Knotek, Jaroslav Bžoch, Rachel Blom, Tomáš Kubín

Entschließungsantrag
Ziffer 29 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	29b. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, einen strukturierten Mechanismus für den Austausch bewährter Verfahren im Wohnungswesen einzurichten, einschließlich einer Datenbank erfolgreicher Projekte, regelmäßiger Foren und technischer Unterstützung für lokale Gebietskörperschaften; fordert die Kommission zudem auf, einen freiwilligen, schlanken Mechanismus für den systematischen Austausch bewährter Praktiken zwischen Mitgliedstaaten, Regionen und Gemeinden einzurichten (einschließlich eines durchsuchbaren Archivs erfolgreicher Projekte, Muster-Checklisten für Genehmigungen und standardisierter Ausschreibungsvorlagen) und gezielte technische Unterstützung für kleine Gemeinden bereitzustellen, um erprobte Lösungen im Bereich des bezahlbaren Wohnraums zu verbreiten;

Or. en

Änderungsantrag 1453
Leila Chaibi, Irene Montero, Ilaria Salis, Martin Schirdewan, Manon Aubry, Arash Saeidi, Anthony Smith, Giorgos Georgiou, Estrella Galán, Damien Carême, Rima Hassan, Younous Omarjee, Marina Mesure, Catarina Martins, Emma Fourreau, Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 29 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	29b. fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, Mechanismen zur Rückforderung freier oder unzureichend genutzter Wohnungen einzurichten und diese in Sozialwohnungen umzuwandeln, wobei die Zuweisung an schutzbedürftige Gruppen, einschließlich Frauen, die vor Gewalt flüchten müssen, einkommensschwache Haushalte und junge Familien, Vorrang hat; betont, dass der spekulativen Anhäufung leerstehender Wohnungen durch Steuer- und Regulierungsmaßnahmen ein Ende bereitet werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 1454
Ciaran Mullooly

Entschließungsantrag
Ziffer 29 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	29b. fordert die Mitgliedstaaten auf, Wasser- und Abwassersysteme über freiwillige Bürgergruppen zu finanzieren, wenn es keine staatlichen Alternativen gibt;

Or. en

Änderungsantrag 1455
Leila Chaibi, Irene Montero, Ilaria Salis, Martin Schirdewan, Manon Aubry, Arash Saeidi, Anthony Smith, Giorgos Georgiou, Estrella Galán, Damien Carême, Rima Hassan, Younous Omarjee, Marina Mesure, Catarina Martins, Emma Fourreau, Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 29 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	29c. fordert die Einrichtung einer EU-Beobachtungsstelle für Wohnungswesen für soziale Gerechtigkeit, um die Auswirkungen von spekulativen Investitionen, Kurzzeitvermietungen und Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt zu überwachen; betont die Erhebung aufgeschlüsselter Daten nach Geschlecht, sozioökonomischem Status und Migrationshintergrund, um die Wirksamkeit der Maßnahmen und den Schutz der am stärksten gefährdeten Gruppen sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 1456
Klara Dostalova, Julie Rechagneux, Ondřej Knotek, Jaroslav Bžoch, Rachel Blom, Tomáš Kubín

Entschließungsantrag
Ziffer 29 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	29c. betont die Verbindung zwischen Wohnraum und Sicherheit und unterstreicht, dass illegaler Besetzung und der Bildung von Ghettos entgegengewirkt und Maßnahmen gefördert werden müssen, die sichere und von Zusammenhalt geprägte Gemeinschaften fördern;

Or. en